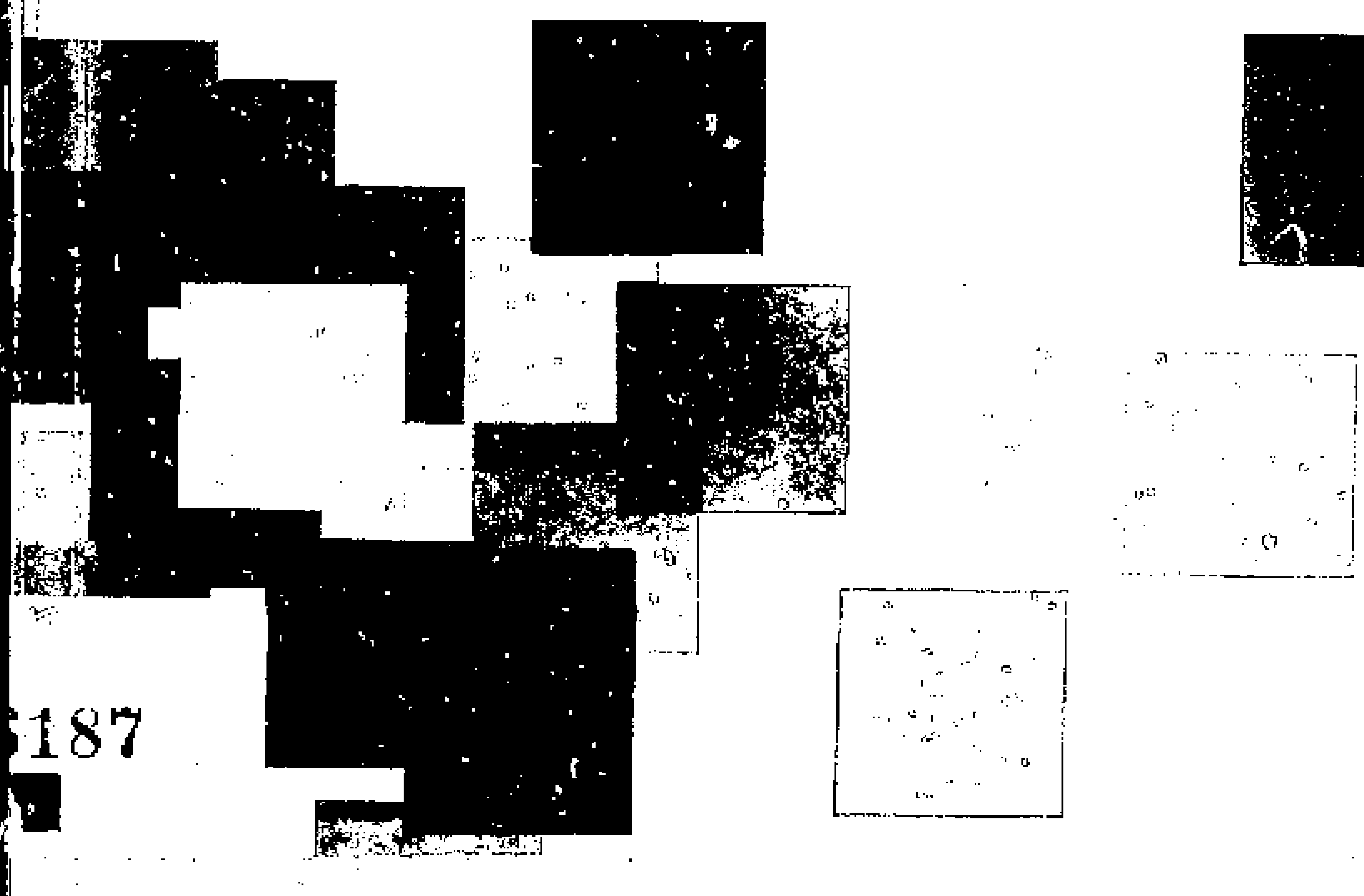
DIN 19 051

Bemerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD von Fritz Sänger



187

FRITZ SÄNGER

Soziale Demokratie

BEMERKUNGEN
ZUM GRUNDSATZPROGRAMM
DER SPD

VERLAG
J. H. W. DIETZ NACHF. GMBH
HANNOVER

Die Original-Fotos wurden uns freundlicherweise vom
Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
zur Verfügung gestellt.

3. erweiterte Auflage

Copyright 1960 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH · Hannover
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck — auch auszugsweise —
nur mit Genehmigung des Verlages
Umschlagentwurf: Dieter Herzig
Satz und Druck:
Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH
Buch- und Offsetdruck
Printed in Germany 1964

PV 613

Vorwort

Diese Bemerkungen zu dem in Bad Godesberg am 15. November 1959 von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossenen Grundsatzprogramm sind eine freie Äußerung des Verfassers und erheben nicht den Anspruch, das Programm verbindlich zu kommentieren oder auszudeuten. Der einzig gültige Kommentar wird von der politischen Wirklichkeit gegeben werden, von dem Verhalten der SPD und ihrer verantwortlichen Politiker, von den Abgeordneten im Bundestag, in den Landtagen, Gemeindevertretungen und von den Beauftragten oder Mitgliedern der Partei, die im öffentlichen Leben wirken, von ihren Anträgen und Entscheidungen. Denn nur beständige und mutig zugreifende Tätigkeit der Sozialdemokraten wird Schritt für Schritt sozialistische Wirklichkeit schaffen.

Wenn man, wie der Verfasser, über vier Jahrzehnte dieser Partei angehört, sich ihr und ihrem Schicksal in guten und in bösen Zeiten zugehörig gefühlt hat und fühlt, wenn man das Vorrecht hatte, einigen Einblick in die Werkstatt des politischen Geschehens dort nehmen zu können und das Verständnis oder gar die Freundschaft führender Männer und Frauen dieser Gemeinschaft zu erfahren, dann wird wohl die in diesen Bemerkungen sichtbar werdende eigene Position jener nicht fern sein, die im allgemeinen von der Partei eingenommen wird. Es ist mindestens wahrscheinlich, daß die wesentlichen Bestandteile des Fundamentes, auf dem das Programm der SPD 1959 entstand, zuverlässig erkannt wurden.

Die SPD ist eine politische Willens- und Aktions- und keine Weltanschauungsgemeinschaft. Sie bietet Raum für *Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen,* sie ist *die Partei der Freiheit des Geistes.* Ihr Programm bindet den, der es anerkennt und der sich frei entscheidet, dieser Partei zugehören zu wollen und in ihr und gemeinsam mit den vielen tausend Mitgliedern der SPD politische Arbeit zu leisten, die von jedem Bürger eines Landes erwartet werden muß, das eine freiheitlich-demokratische Grundordnung hat.

Parteien sind, das Wort sagt es, Teile. Das Ganze ist das Volk. Für das deutsche Volk ist dieses Programm erdacht, erarbeitet, im eigentlichen Sinne des Wortes ist es in der ein Jahrhundert alten Geschichte der SPD und durch die Opfer, die die Partei für ihre Überzeugung in großer Zahl gebracht hat, erlitten. Es wäre darum allein sinnvoll, wenn das Programm als ein Beitrag zur gemeinsamen Arbeit für das Ganze, für das deutsche Volk, gelesen, gewertet und angenommen werden würde. Wenn dann diese Bemerkungen helfen könnten, es in den Zusammenhang der Wirklichkeit unserer Zeit zu stellen, so wären sie angebracht. Ich wünsche, es ist so.

Wedel (Holstein), März 1960 — Fritz Sänger

Zur zweiten Auflage

Die politische Wirkung der Manifestation sozialistischer Prinzipien, wie sie im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgesprochen wurden, ist in den zwei Jahren unübersehbar deutlich geworden, die seit dem Beschluß von Godesberg (15. November 1959) bisher vergangen sind. Das Programm hat eine rege Aussprache entfacht, die im Inland und im Ausland geführt wurde. Es ist Anlaß zu Streitgesprächen zwischen gesellschaftlichen Kräften geworden, die sich in vergangenen Jahrzehnten nur selten an ernsthaften und von Voreingenommenheit freien Aussprachen beteiligt haben. Zum Schaden einer gesunden politischen und sozialen Entwicklung in Deutschland, aber auch zum Schaden aller Beteiligten waren in der Vergangenheit sozialdemokratische Gesichtspunkte vielen Menschen, die nicht über den eigenen Gartenzaun zu schauen gelernt hatten, nur feindliche Ideen und Zielsetzungen, so sehr alle Schichten des Volkes an den Erfolgen sozialdemokratischer Politik im Reiche, in Ländern und Gemeinden Anteil und auch Vorteil hatten.

Man ist jetzt aufmerksam geworden. Die verantwortungsbewußte, opferreiche Haltung der SPD, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches die Nation vor dem Chaos bewahrte, die energische Abwehr des Kommunismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die zunächst und vor allem von der SPD in allen Zonen des besetzten Deutschlands geleistet wurde, und dann die sorgfältige Analyse und mutige Respektierung der gesellschaftlichen Tatsachen, die sich zu Beginn der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zeigten — das alles überzeugt ständig wachsende Kreise von der Notwendigkeit, sich mit dieser Partei und ihrem Wollen und Tun zu beschäftigen.

In anderen Ländern haben Parteien, die ihre politischen Ziele und ihr Wirken an gleichen oder ähnlichen Grundauffassungen des freiheitlichen Sozialismus orientieren, kurz vor oder bald nach den Beschlüssen von Bad Godesberg Programme ähnlichen und zum Teil sogar gleichen Inhalts beschlossen. Das sollte als ein Beweis dafür

genommen werden, daß die Ideen der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit des Individuums, der Würde des Menschen und der unmittelbaren und allgemeinen Verantwortung jedes Bürgers für das Schicksal des Landes und der Völker als Wegweiser in eine bessere Zukunft des Rechtes, des Friedens und der Wohlfahrt aller Menschen gewertet werden, daß die Zeiten der Demonstrationen und der Deklamationen vorüber sind und die Notwendigkeit praktischer und greifbarer Folgerungen erkannt wurde.

In den Jahrzehnten, in denen es darum ging, die primitiven Rechte der Menschen in den neu entstandenen Fabriken anzuerkennen: einen gesicherten Arbeitsplatz, ausreichenden Lohn, Hilfe in Krankheit und Alter, eine menschenwürdige Behausung für die Arbeitenden und ihre Familien, besonders für die Jugend — in diesen Jahrzehnten entstand aus sozialistischen Ideen ein sozialistisches Programm und durch die sich bildende Partei eine sozialdemokratische Politik, aus der Not dieser Menschen, nicht aber aus intellektuellen Phantasien.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die von den sozialistischen Parteien immer wieder vorgenommenen Überprüfungen neuer gesellschaftspolitischer Tatsachen zusammenfielen mit entsprechenden Überlegungen anderer Faktoren der Gesellschaft, so 1891 (Erfurter Programm), so 1925 (Heidelberger Programm) und so auch 1959 (Programm von Bad Godesberg), als jeweils im gleichen Jahr oder wenig später sozialkritische Untersuchungen und Lehrmeinungen angestellt und mitgeteilt wurden, die nicht minder durch neue Tatsachen angeregt oder gar erzwungen worden waren. Die Sozialenzykliken der Katholischen Kirche entstanden oder wurden verkündet 1891, 1931 und 1961.

Die ökonomisch-technische „erste Revolution" im 19. Jahrhundert hatte die Programme im Ton ihrer Sprache, in der Entschiedenheit der Ziele und in der Auswahl der Forderungen bestimmt. Der Zusammenbruch der europäischen Ordnung am Ende des Ersten Weltkrieges beeinflußte die nächsten Untersuchungen und ihre Ergebnisse. Die Veränderungen des Weltbildes, das bis 1945 bestanden hatte und dann ein Chaos bot, ehe sich die Blöcke formierten und Afrika und Asien den weißen Völkern das Ende jeder Vormacht abtrotzten, regten die Besinnung auf die Grundrechte der Menschen und der Völker nachdrücklicher als je vorher und in einer so verbindlichen Form an, daß die Ideen der Freiheit und des Rechtes nun ihren Niederschlag in realen Aussagen fanden, die in neuen Gesetzen und für immer neue Gebiete des gemeinsamen Lebens der Menschen festgehalten wurden.

Wie konnte eine politische Partei, die aus dem Volke und seinen Nöten entstanden war und ihm in ihrem eigenen Schicksal in allen Phasen des Geschehens verbunden blieb, wie konnte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands anders handeln! Die Ausgestoßenen und „Geächteten" von einst, die sich ihr Los nicht gesucht hatten, der

vierte Stand, das Proletariat des 19. Jahrhunderts, hat in langen, schweren Kämpfen formal die Rechte erstritten, die den Vätern vorenthalten worden waren. Mit dem Dreiklassenwahlrecht fiel 1918 eine besonders sichtbare Ungerechtigkeit. Die Arbeiter sind Staatsbürger geworden. Die notwendige Integration der Arbeiter in die Nation ist fortgeschritten, aber noch nicht beendet. In der Wirklichkeit des Alltags ist ihnen noch keinesfalls volle Gerechtigkeit widerfahren. Sie zu verwirklichen ist die SPD weiter bemüht. Das Godesberger Programm ist der Ausdruck der Staatsgesinnung und des Bekenntnisses der SPD zur Gerechtigkeit, Würde und Freiheit des Menschen und der Völker und zeigt die Wege zum Ziel — in den Möglichkeiten und nach den Kräften der Gegenwart.

Es ist darum nützlich, daß die Zeitgenossen dieses Programm kennen und daß sie wissen, welchen Geist es atmet. Der Versuch der Erläuterung des Programms, der hier nun in zweiter Auflage des Buches unternommen wird, ist im wesentlichen unverändert so beibehalten worden, wie er in der ersten Auflage niedergeschrieben wurde, die noch unter dem allgemeinen Titel des Grundsatzprogramms erschien. Ich möchte mit diesen Bemerkungen zu einer historischen Arbeit meiner politischen Freunde helfen, daß immer mehr Menschen aus allen Kreisen und Schichten unseres Volkes zu der Einsicht geführt werden, daß der Weg der Sozialdemokratischen Partei bedingt war und bleibt durch die Tatsachen der Wirklichkeit, in der wir leben, und ich möchte, daß sie verstehen, daß dies der sicherste und natürliche Weg ist, auf dem der Friede bewahrt und auf dem Wohlfahrt und Gerechtigkeit für alle erreicht werden können.

Wedel (Holstein), Februar 1962 — Fritz Sänger

Zur dritten Auflage

Nahezu fünf Jahre sind seit der Verabschiedung des „Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vergangen, das am 15. November 1959 in Bad Godesberg von einem außerordentlichen Parteitag der SPD mit der großen Mehrheit von 324 gegen 16 Stimmen beschlossen wurde. Keine andere politische Partei in der Bundesrepublik ist bisher über Diskussionen für ein umfassendes und gültiges politisches Programm hinausgelangt. Sie leben von der Hand in den Mund, und ihr Weg ist deshalb zwangsläufig unübersichtlich und gewunden.

Zwei Parteitage der Sozialdemokraten haben nach der Feststellung des Grundsatzprogramms zu seiner Verwirklichung wichtige Beschlüsse gefaßt: in Hannover (21. bis 25. November 1960) und in Köln (26. bis 30. Mai 1962). Zur Zeit der Herstellung dieser dritten Auflage steht der Parteitag in Karlsruhe (23. bis 28. November 1964) bevor. Diese Auflage übernimmt deshalb die wichtigsten Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln im Anhang, und Verweise auf sie finden sich im Text. Die SPD hat außerdem in einer Reihe von Kundgebungen zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen der Politik Stellung genommen und ihre Meinung geäußert. Am 7. und 8. Oktober 1960 erörterte ein Kongreß in Bad Godesberg das Thema „Junge Generation und Macht"*. In Wiesbaden stand am 28. und 29. Oktober 1960 das Problem „Kultur und Politik in unserer Zeit"* zur Erörterung. Die Deutschland-Frage war das Thema des Treffens der Sozialdemokraten am 11. und 12. August 1961 in Nürnberg. In Berlin wurden am 19. bis 21. Oktober 1962 auf dem Kongreß „Deutsche Gemeinschaftsaufgaben" praktische Aufgaben für die politische Arbeit in den nächsten Jahren gestellt. Am 29. und 30. August 1963 fand in Hamburg die weithin beachtete „Kulturpolitische Konferenz der SPD" unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung"* statt. In Essen hat vom 3. bis zum 5. Oktober 1963 auf einer wirtschaftspolitischen Tagung das

* Dokumentation, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover

Thema „Stabilität und Aufstieg" gründliche Untersuchungen ermöglicht.* Ein „Bundeskongreß", der am 14. Dezember 1963 in Bad Godesberg tagte, analysierte die weltpolitische Lage und die Position der Bundesrepublik in der Weltpolitik nach dem Tode des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des ersten Präsidenten der Bundesrepublik, Theodor Heuss, und wies zugleich auf die Aufgaben für 1964 hin, die sich einer damals neugebildeten Bundesregierung stellten. Parteivorstand und Parteirat haben in einer Reihe von Beschlüssen (zur Entwicklungshilfe, zur Sozialpolitik, zur Europapolitik — um nur einige zu nennen) die schwierige Aufgabe zu erfüllen unternommen, jene programmatischen Grundsätze des Programms von Godesberg in die Wirklichkeit unserer Tage zu übertragen. Das am 25. April 1961 von dem als Kanzlerkandidat aufgestellten Regierenden Bürgermeister von Berlin und heutigen Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, auf einem außerordentlichen Kongreß in Bonn verkündete Regierungsprogramm der SPD enthielt die nächsten Ziele, die aus dem Grundsatzprogramm hergeleitet in einer Regierungszeit von vier Jahren zu erfüllen gewesen wären. Die SPD hätte dieses Programm mit Energie in Angriff genommen, wenn sie damals die Mehrheit im Bundestag errungen hätte, und sie hätte mit jedem Koalitionspartner darum gerungen, so viele Einzelaufgaben wie möglich aus dem Gesamtkomplex der Pflichten und Verpflichtungen gemeinsam zu lösen. Das ist klare, überschaubare Politik, gesichert im Ziel und gebunden an nicht veräußerliche Grundsätze.

Die Wähler in der Bundesrepublik Deutschland haben dieser Arbeit in einem bemerkenswert großen Umfange und in beständiger Entscheidung in wachsendem Maße zugestimmt. Als im Sommer dieses Jahres die Bundesversammlung in Berlin zusammentrat, die den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen hat, spiegelte sich in ihrer Zusammensetzung das Ergebnis der Tätigkeit der SPD: 42,7 Prozent der Mitglieder der Bundesversammlung waren sozialdemokratische Abgeordnete (445 von insgesamt 1042 Mitgliedern). Eine ähnlich starke oder gar stärkere sozialdemokratische Gruppe hatte es bisher in keiner Bundesversammlung gegeben, auch vor 1933 in keinem Deutschen Reichstag. Es ist Tatsache geworden, daß die Sozialdemokratie im Bund und in den Ländern zusammen heute die an Wählern stärkste Partei ist (bisher letztes Ergebnis: 12 439 100 Wähler gegen 12 011 750 der CDU).

Als das Grundsatzprogramm beschlossen wurde, war das der erste Schritt zu einer neuen Wirklichkeit. Ist sie einmal gesichert, so wird der immer lebendige Geist strebender Menschen aus jenen Grundsätzen von Godesberg und der ihnen gewidmeten politischen Arbeit, aus den Erfolgen und den Fehlentwicklungen, aus Erfahrungen, Erkenntnissen und neuen Ideen ein abermals neues Bild der Hoffnungen und Wünsche, der Notwendigkeiten und Pflichten zeichnen, die dann aufgebrochen

sein werden. Ein neues Programm wird erkennbare und greifbare Ziele nennen. Ob ein politisches Programm gültig ist oder nur ein Produkt der Phantasie, des Intellekts, der Taktik oder Spekulation, das entscheidet schließlich und souverän das Ja oder das Nein des Volkes, für das die politische Arbeit zu leisten ist.

Die deutsche Sozialdemokratie, die vor einem Jahrhundert aus den Nöten und Hoffnungen der Ärmsten des Volkes, der vom Schicksal Verdrängten, geboren wurde, ist eine Partei des ganzen Volkes geworden, denn sie ist diesem Volke stets ein Garant der Freiheit und des gleichen Rechtes für alle Menschen gewesen. Die Erfolge, die von den Sozialdemokraten in Gemeinden, Kreisen, Ländern und im Reich und in der Bundesrepublik errungen wurden, verpflichten sie. Das Godesberger Programm leitet ihr Tun, es führt sie einen guten Weg.

Wedel, Juli 1964

Fritz Sänger

Am 15. November 1959 haben 324 gewählte Vertreter der Orts-, Kreis- und Bezirksvereine der SPD in der Bundesrepublik *ja* zu dem Entwurf für ein *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* gesagt, und nur sechzehn Delegierte der über 600 000 Parteimitglieder lehnten ihn ab. Die Abstimmung erfolgte auf einem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg, der dazu einberufen worden war, über den in jahrelanger Aussprache erarbeiteten Entwurf endgültig zu beschließen. Die deutschen Sozialdemokraten, so sagte der verstorbene Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, nach Annahme der Vorlage, haben sich *in diesem Programm eine politische und geistige Grundlage gegeben, die uns ein großes Stück auf dem Wege voranführt, in diesem Volke als die Partei des Volkes den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung unserer Zukunft zu gewinnen.*

Mit bis dahin nicht gekannter Eindringlichkeit hallte das Echo auf dieses Programm aus dem Inland und Ausland zurück. Es waren Stimmen zu hören, die den Eindruck erweckten, als habe man sich nun zum ersten Male ernsthaft mit der Sozialdemokratie und ihrem Wollen und Denken befaßt und als entdecke man eine ganz neue Möglichkeit, diese so oft nur über die Schulter beachteten oder ablehnend behandelten Sozialisten als Partner zu betrachten. Die Polemik gegen die Sozialdemokratie und ihre Politik war in der Vergangenheit nicht selten der Art, daß völlige Unkenntnis und absolute Negation an der Stelle von Wissen und Willen zur Sachlichkeit gestanden haben. Noch keine Äußerung der SPD hatte jedenfalls einen solchen Widerhall erzeugt wie dieses Programm 1959, und dazu einen so positiven Widerhall. Jenseits aller Wünsche und Hoffnungen, die sich mit jedem Versuch einer Klärung verbinden, kann dies als Tatsache festgestellt werden.

Wandel der Wirklichkeit

Das Programm von Godesberg trat an die Stelle des 1925 in Heidelberg beschlossenen Programms. Fünfunddreißig Jahre waren seit jenen langen und gründlichen Aussprachen vergangen, in denen die deutschen Sozialdemokraten nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in der jungen Republik einen neuen Weg suchten, der zu alten Zielen führen sollte. Die veränderte politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Wirklichkeit hatte auch damals eine Analyse der neuen Gegenwart erforderlich gemacht und dazu gezwungen, in vergangener Zeit bewährte Grundsätze auf ihre Gültigkeit in einer veränderten Welt zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu überdenken.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 war die Wirklichkeit nicht minder verändert. Die Diktatur des Nationalsozialismus, der Krieg, die völlige Niederlage hatten die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Tatsachen oft nahezu in das Gegenteil dessen verkehrt, was vorher gültig war. Die Umwertung aller Werte, die in Deutschland seit 1933 eingetreten war, zeitigte noch immer Folgen. Was galt nun wirklich? Was hatte sich bewährt? Was war entwertet? Die Welt, die für die meisten Deutschen länger als ein Jahrzehnt nahezu verschlossen war und in die sie nach dem Willen der alles lenkenden, alles beherrschenden Regierung des Diktators nur durch blinde Fenster schauen durften, drang mit überwältigender Vielfalt in das erstarrte, ausgehungerte, verzweifelte Volk herein, das die Trümmer seiner Häuser wegzuräumen begann, aber noch nicht wußte, was nun werden könnte.

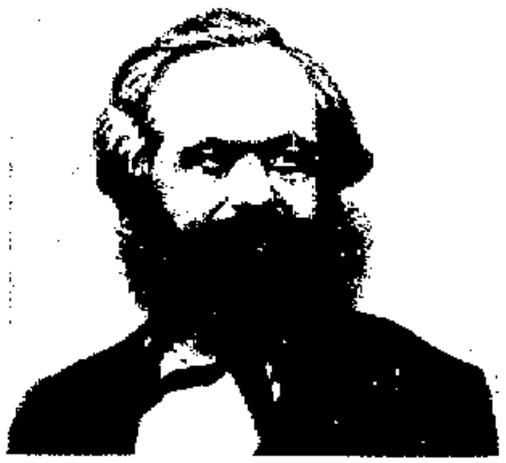
Großartige Technik, die nicht der Zerstörung, sondern dem Wohlbehagen und der Verbesserung der Lebensbedingungen diente, breitete sich schnell aus. So wenig auch nur eine große Minderheit an dem erhöhten Lebensstandard beständig teilhaben konnte, so sehr wurde in allen Menschen die Hoffnung lebendig, einmal und bald auch so leben zu können: in Ruhe, in Sicherheit, mit der Gewißheit des Aufstiegs. Eine Internationalität der Beziehungen, des Austausches von Wissen und Produktion,

wurde so selbstverständlich wie nie zuvor und beeinflußte nicht nur die Erwägungen und Entscheidungen der Manager, sondern auch die Einsichten und Hoffnungen derer, die das Produkt erzeugen, der Arbeiter und Angestellten, und beeinflußte die Wirtschaft und die Wissenschaft. Für alle könnte diese Welt, die so viele Chancen für Willensstärke, für kraftvolle Unternehmungslust, für Arbeitsfreude und Lebensgenuß zu bieten schien, an jedem Tage schöner werden, wenn — ja wenn es gelänge, das *neue Beginnen* in den Dienst der Menschen und ihres friedlichen Zusammenlebens jenseits von sozialer Schichtung, von politischen Grenzen, von religiösen Unterschiedlichkeiten und von biologischen Rassenmerkmalen zu stellen.

Diese Ziele der sozialistischen Bewegung, vor einem Jahrhundert aufgestellt, hatten ihre Gültigkeit behalten; sie hatten sogar neuen Wert bekommen, und es galt nun, die Thesen in Einzelpläne aufzulösen, die für die täglichen politischen Aufgaben angewendet werden können.

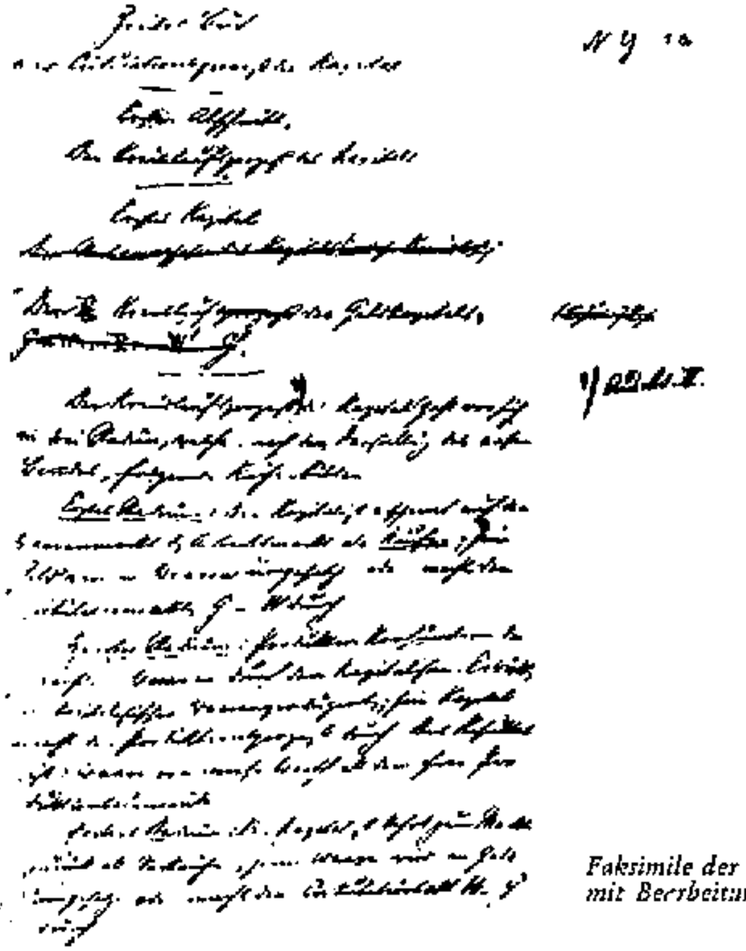
Von selbst erhob sich die Frage: War es noch möglich, auf den alten, bekannten Wegen zu den *Zielen der Sozialisten* zu gelangen? Zu den gleichen Zielen, wie sie die bedrückten, bedrohten und weitgehend rechtlosen Menschen vor mehr als hundert Jahren als Leitbild ihrer Hoffnungen für sich und für ihre Kinder erdacht hatten, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle Menschen!

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches war die Sozialdemokratie in Deutschland aus einer betont oppositionellen, den Obrigkeits- und Klassenstaat unerbittlich bekämpfenden Bewegung zur staatstragenden Partei geworden. Sie war in der Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem Widersinn der Gesellschaftsstruktur entstanden und darum in Opposition zum Staate getreten, und zwar zu der bestehenden Form und zur Regierungsmethode. Die Umstände und das Verhalten der Gesellschaft erzwangen diese Position. In Jahrzehnten harten politischen Kampfes hat dann die Sozialdemokratie erreicht, daß viele ihrer Forderungen anerkannt und manche verwirklicht wurden. Nun stand sie nach dem Kriege von 1914/1918, nach den Wirren der staatlichen Umbildung und gegenüber Entbehrungen, Hunger und Not, die das Volk auszuhalten hatte, vor der Aufgabe, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Das konnte nur in den Formen der Evolution geschehen; konstruktive revolutionäre Kräfte waren im deutschen Volke nur in geringer Minderheit spürbar. Die politischen Kräfte, die der deutschen Sozialdemokratie für eine Neuordnung der Gesellschaft nach demokratischen Grundsätzen zur Verfügung standen, zogen ihr, wenn sie sie mit den Kräften ihrer politischen Gegner rechts und links verglich, zu enge Grenzen. In 171 Monaten parlamentarischer Regierung im Deutschen Reich haben Sozialdemokraten nur in 36 Monaten an der Spitze der Reichsregierung gestanden, und niemals hatten sie die Mehrheit im Parlament oder in einer der Reichsregierungen der Weimarer Republik.



Karl Marx (1818—1883)

Friedrich Engels (1820—1895)



Faksimile der Handschrift von Karl Marx mit Bearbeitungen durch Friedrich Engels

Berliner Wählerversammlung um 1865 (Nach einem zeitgenössischen Holzschnitt)

Ferdinand Lassalle (1825—1864)

Wilhelm Liebknecht (1826—1900)

Getreu ihren ständigen Hoffnungen, eine *Gesellschaft* ohne Klassenvorrechte, also der Gerechtigkeit, eine Gesellschaft in Wohlstand und Freiheit zu bilden, bemühten sich die deutschen Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkriege wie nun nach dem Zweiten, die Bedingungen eines erfolgreichen politischen Kampfes zu erkunden und zu bestimmen. Neue Kräfte, aus den Massen des Volkes aufsteigend, suchten Wege zu ungehinderter sozialer Entwicklung, zu freier politischer Bewegung, und ihre individuellen Träger wurden sich ihrer Würde als Mensch bewußt, die so lange und so gründlich unterdrückt worden war. Sie rangen um Anerkennung ihrer geistigen und moralischen Potenzen auch jenseits der Traditionen und der formalen Vorschriften. Die Idee von der Volksherrschaft war in der ersten Republik nur schwächlich verwirklicht worden. Aber sie hatte begonnen, die Massen zu durchdringen und erkennbare Formen zu entwickeln. Betriebsräte, Schulreform, Kommunaldemokratie, Parlamentarismus waren äußere Kennzeichen eines neuen Anfangs zur *Demokratisierung* des Landes und des Volkes, das sich bisher unter einer funkelnden Kaiserkrone oft zufrieden und gar beglückt und geborgen gebeugt hatte und nun unter die eigene Verantwortung trat, um sein Schicksal selbst zu bestimmen. Vielfach war es überfordert, und mancher aus der Vergangenheit wirkende Einfluß war stärker als die neue Zeit und der junge Glaube. Das war auch nach 1945 nicht anders.

Das Heidelberger Programm der SPD sollte nach dem Ersten Weltkrieg unter den Bedingungen *neuer Tatsachen* in Politik und Gesellschaft den besten Weg für die praktische politische Arbeit vorzeichnen. Die Partei konnte sich nun nicht mehr nur auflehnen, sie mußte gestalten, und das hieß vorsorgen, erwägen, planen. Daß das Programm 1925 dennoch befangen blieb in der Programmatik, in Denkformen und Denkinhalt der einst ausschließlich oppositionellen Sozialdemokratie, ist aus der politischen und wirtschaftlichen und auch aus der internationalen Situation jener Jahrzehnte leicht zu erklären.

In dem ersten, dem grundsätzlichen Teil des Heidelberger Programms rechtfertigt die Partei die neuen Wege, die nun beschritten werden sollten, mit folgendem Satz:

> *Wenn sie ihrem Programm diese neue Form gab, so wollte sie damit nicht sagen, sie höre auf zu sein, was sie bisher gewesen ist. Sie bleibt bei ihrem Wesen, ihren Grundsätzen und Zielen dieselbe, die sie nun bald zwei Menschenalter lang ist: die Partei des um seine vollständige, politische wie ökonomische Befreiung ringenden arbeitenden Volkes.*

Wie das Heidelberger Programm *auf den Schultern des Erfurter Programms von 1891* stand (es waren 34 Jahre vergangen, wie von 1925 bis 1959), so schließt das Godesberger an das von Heidelberg an. Jener zitierte Satz könnte mit der geringen Änderung, daß nicht nur zwei, sondern fast drei Menschenalter vergangen seien, auch im Godesberger Programm stehen; er hat heute die gleiche Gültigkeit wie damals.

Wenn eine politische Partei *die Zukunft der Nation verkörpern will* — das Heidelberger Programm formuliert es so —, wenn sie *nicht eine ferne, nebelhafte, sondern die nächste Zukunft* darstellen will, dann muß sie sich selbst darüber klar sein und anderen darüber Klarheit geben, welche Schritte sie in diese nächste Zukunft zu tun gedenkt, wohin und in welchem Tempo sie glaubt gehen zu können. Für eine politische Partei, die Macht erstrebt und ihre Aussichten und ihren Willen durchsetzen will, ist in einer Demokratie kein Raum für Deklamationen und für hohles Pathos; sie steht in der Verpflichtung zu nüchterner, praktischer Arbeit, die unter den gegebenen Umständen zu leisten ist. Sie muß wissen: *leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen* (Schiller, Wallensteins Tod). Die demokratische Staatsverfassung ist mit demokratischem Leben zu erfüllen, ein hochgemutes Denken in greifbare und haltbare Wirklichkeit umzusetzen. Die deutsche Sozialdemokratie will mit ihrem neuen Programm der Wirklichkeit *dieser Zeit* gerecht werden und sie nach ihrem Willen, nach ihren Hoffnungen, Erkenntnissen und Idealen umformen — für die Menschen, denen sie Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand bringen möchte, heute wie einst und immer.

Von alten Sozialisten und auch von Gegnern, sogar von politischen Gegnern der Rechten, ist den Sozialdemokraten 1925 wie 1959 teils schmerzvoll, teils höhnisch vorgeworfen worden, sie hätten ihre Geschichte verleugnet und hätten jene Generationen nachträglich politisch heimatlos werden lassen, die unter den Lehren des *Kommunistischen Manifestes* von Karl Marx und Friedrich Engels den Kampf um die Gerechtigkeit, um die Freiheit und für das Wohlergehen aller Menschen begonnen und die ihn opfervoll und mit wachsenden Erfolgen geführt hatten.

Schon die Tatsache, daß dem *Manifest der Kommunistischen Partei,* wie der Titel lautet und das 1848 entstanden war, alsbald und in langer Reihe andere sozialistische Manifestationen und darunter dann eigentlich politische und für den Tageskampf erdachte und geprägte Programme gefolgt waren, sollte dartun, daß die Sozialdemokraten keine revolutionäre Tat begingen, als sie auch 1959 das unternahmen, was ihnen in jeder Phase der politischen Entwicklung in Deutschland nützlich und zweckmäßig erschienen war: sie prüften die Situation in ihrer Zeit, sie analysierten die Bedingungen ihres politischen Kampfes, sie ermaßen die Kräfte des Gegners und die Chancen, die ihnen geboten schienen — kurz, sie mühten sich um eine im richtigen Sinne des Wortes politische Klärung der Position, von der aus die Arbeit mit Erfolg fortgesetzt werden kann.

In der Vorrede zur deutschen Ausgabe ihres Manifestes hatten Marx und Engels am 24. Juni 1872 geschrieben:

> *Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und wird deshalb durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende von Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. Dieser Passus würde heute in vieler Beziehung anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten 25 Jahren ... ist heute dieses Programm stellenweise veraltet.*

Mit diesem für Marx und Engels selbstverständlichen Bekenntnis zur Anpassung des politischen Kampfes an die jeweilige Wirklichkeit, an die *geschichtlich vorliegenden Umstände,* die *überall und jederzeit* bestimmend sein müssen für die politische Arbeit, war nicht nur eine Aussage über die Taktik, sondern ausdrücklich und besonders auch über die Prinzipien ihres Programms gemacht worden. Es war zu einer Zeit entstanden, die noch vor einer *immensen Fortentwicklung der großen Industrie* gelegen war, wie sie meinten, einer Entwicklung, die dann das Programm bereits 1872 *stellenweise veraltet* erscheinen ließ. Was würde heute zu schreiben sein, nachdem nicht nur fünfundzwanzig, sondern einhundertdreizehn Jahre seit Entstehung des ersten Programms der Arbeiterbewegung vergangen sind, Jahre und Jahrzehnte, in denen in der Tat die Industrie, die Technik und die Wissenschaft Fortschritte von im Vergleich zu den damaligen Ereignissen unfaßbarem Ausmaß getan haben!

Marx und Engels haben auch in späteren Vorreden zu anderen Ausgaben des Manifestes diese Auffassung von der notwendigen Beachtung der veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse immer von neuem wiederholt. Für sie blieb es, wie sie 1872 schrieben: *Indes, das Manifest ist ein geschichtliches Dokument, an dem zu ändern wir uns nicht mehr das Recht zuschreiben.* Was diese beiden Urväter des Kommunistischen Manifestes nicht mehr glaubten tun zu dürfen, das sollten dann auch andere, die weniger Legitimation als sie besitzen, unterlassen haben. Die historische Schrift dieses Dokumentes ist gegeben und ist zu begreifen aus der Zeit, in der sie entstand und für die sie niedergeschrieben wurde. Sie war nie als Dogma gemeint, sie konnte nicht als Dogma gemeint sein, weil Marx sich sonst selbst widersprochen haben würde. Nach der Niederschrift setzte die *immense Fortentwicklung* stürmisch und unaufhaltsam ein. Ihr war Rechnung zu tragen, und Marx und Engels trugen ihr Rechnung.

Vielleicht haben die einen und die anderen, die jeweils in ihrer Zeit und unter den ihnen bekannten Bedingungen neue Analysen vornahmen und neue Gedanken dem alten Ziele widmeten, geirrt und haben Programme entstehen lassen, die der Verpflichtung vor der Menschheit nicht gerecht wurden, die doch die Bewegung der

Sozialisten verbindlich eingegangen war. Das ist heute nur noch schwer zu untersuchen, und es wäre kaum sinnvoll, dies Unternehmen zu beginnen, da doch die sozialistischen Parteien in allen Ländern abermals in einem harten Kampf um die Anerkennung der wichtigsten Prinzipien ihres Wollens stehen. Was immer aber an programmatischer Proklamation in die Völker gerufen wurde, es blieb bei jenem *durchgehenden Grundgedanken des Manifestes,* wie Engels 1883 (28. Juni, Vorred zur deutschen Ausgabe) schrieb,

> *daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Gesellschaftsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche.*

In welcher Form auch immer die sozialen Kämpfe ausgefochten wurden, die sozialistische Bewegung verfolgte stets das gleiche Ziel,

> *die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.*

Die *noch rohe, unbehauene, rein instinktive Art Kommunismus,* wie Engels am 30. Januar 1888 in der Vorrede zur englischen Ausgabe des Manifestes die ersten *utopischen* Vorstellungen beschrieb, sollte und mußte überwunden werden, *von Stufe zu Stufe.*

☆

Das Programm einer politischen Partei muß zu den Menschen sprechen, die in dieser Zeit leben. Es muß sie in Sprache und Begriffen in ihrer Vorstellungswelt antreffen, ihnen in den anerkannten Werten und in ihrer Wertordnung vertraut begegnen. Neue Erfahrungen treten auf — und die Deutschen haben wahrlich neue Erfahrungen in den Jahren der Zwangsherrschaft zu sammeln gehabt, die der Nationalsozialismus über sie und über einen großen Teil der Welt ausübte. Ein Teil des deutschen Volkes sammelt sie heute noch und sehr gegen seinen Willen unter der Zwangsherrschaft der Kommunisten. Die Sozialisten haben unter harten Opfern ertragen müssen, daß viele der Erfolge, die aus den Mühen der sozialistischen Bewegung zum Nutzen aller Menschen in der gesetzlichen Ordnung des Staates verankert waren, mit leichter Hand und unter jeglicher Mißachtung von Recht und Gesetz beseitigt wurden.
Durch ihre in Jahrzehnten geleistete Arbeit hatte die Partei immer wieder selbst die Voraussetzung dafür geschaffen, daß sie sich ein neues Programm für die dann folgende Zeit erarbeiten mußte. Indem sie Schritt um Schritt Teilziele erreichte, änderte sie die gesellschaftliche Lage, und die Folge mußte sein, daß von Zeit zu Zeit ein neues Programm diese Veränderung in Betracht zog. So armselig das Leben für die meisten Menschen blieb, so gering die Rationen am Tisch des Lebens für sie waren —

die Masse der Menschen lebte dennoch nicht mehr und lebte am allerwenigsten nach der Befreiung von der Diktatur des Nationalsozialismus in einem Bewußtsein proletarischer Verbundenheit oder in nackter Not oder in Absonderung oder Rechtlosigkeit. Nun, im Gefühl der neuen Freiheit, so wenig es in der Besatzungszeit oft auch aufkommen wollte, entwickelte sich das Bewußtsein des Mitbürgers und es breitete sich aus, des Bürgers, dem ein freies Wort mindestens durch den Stimmzettel bei der Wahl möglich war. Zunächst stand nur dieses Blättchen Papier für einen durchaus empfundenen neuen Wert. Später trat das vermeintliche *Wunder der Wirtschaft* hinzu, indem sich mit der Konjunktur auch die materielle und arbeitsrechtliche Unabhängigkeit der Arbeitenden besserte. *Die Änderung in der Bewußtseinslage* ist dem politischen Kampf der Sozialdemokratie und ihrem beharrlichen Ringen um Freiheit, Gerechtigkeit und besseres Leben zu verdanken. Denn sie und keine andere heute tätige politische Partei hat schon im vergangenen Jahrhundert für freie Wahlen aller Menschen, für Menschenwürde, besonders im Arbeitsrecht, für internationale brüderliche Hilfe, für die direkte und sofortige Beteiligung der Arbeitnehmer am gemeinsam erarbeiteten Gewinn gekämpft, zu einer Zeit, in der das sogenannte Bürgertum, wieder politisch inaktiv geworden, eben errungene Rechte nur zu genießen trachtete. An dem Tage, an dem ein neues Programm verabschiedet wird, beginnt die Entwicklung, die zu einem neuen Programm führen wird. Aus den erwirkten Ereignissen und aus den feststellbaren Tatsachen sind ständig die Folgerungen zu ziehen. Sobald die Sozialdemokraten nach 1945 wieder frei miteinander sprechen und ihren politischen Willen formen und ausdrücken konnten, begann darum auch der Ruf nach einem Programm, daß *dieser* Zeit und allen bisher gesammelten Erkenntnissen gerecht werden sollte.
Die ersten Gespräche über die Frage, ob das Heidelberger Programm noch Gültigkeit habe, wurden schon 1945 geführt. Überall in Deutschland waren die Kräfte rege, sobald die Gewalthaber von einst, Gestapo und ihre Helfer, verschwunden waren. Die Kameradschaft und Solidarität der Sozialdemokraten zeigte sich in jenen ersten Tagen und Wochen in oft ergreifender Weise so lebendig wie je vorher. Was in den Jahren der verschwiegenen Zusammenkünfte gefragt und gewagt, was in den Konzentrationslagern heimlich erörtert, verworfen, geglaubt und erhofft wurde, was in der Emigration in freier Aussprache sichere Gewißheit geworden war — jetzt brach es durch: Wir können nicht wieder dort anfangen, wo wir einmal haben aufhören müssen! Es muß ein neues Beginnen geben! Keine andere politische Gruppierung in Deutschland hatte damals eine so übersichtliche Geschichte, und keine Partei mußte Beziehungen zu ihrer Tradition so genau und so sorgfältig prüfen wie die SPD.
In seinen ersten Reden, die Kurt Schumacher öffentlich hielt, sprach er stets von dem *Neubau,* nicht nur von dem Wiederaufbau Deutschlands. Er nahm die Begründung

für die Unterscheidung aus den Erfahrungen, die in der Weimarer Zeit, während des Zusammenbruches der ersten deutschen Republik und in der Zeit der Gewaltherrschaft gesammelt worden waren. Aber er analysierte auch die Gegenwart, in der die gestaltenden Kräfte im Chaos zu verharren schienen und doch von dem ersten Tage an wirksam waren, an dem in den Gemeinden, in den Kreisen und alten Provinzen begonnen wurde, Trümmer zu räumen, Ordnung zu schaffen, Recht zu setzen, Leitung und Führung zu gewinnen. Damals waren es in erster Linie, und ganz überwiegend wieder wie 1919, Sozialdemokraten, die als Bürgermeister und Landräte, als Beauftragte, Verwaltungs- und Behördenchefs oder in welcher Eigenschaft immer nüchterne und praktische Arbeit leisteten und den Weg für ein neues Deutschland freimachten. Ein erkennbares Wirken einer Bundesregierung gab es erst fünf Jahre nach dem Beginn des Wiederaufbaues Deutschlands. Das Fundament legte das Volk in eigener Verantwortung und Initiative, Tatsachen, die immer mehr in Vergessenheit geraten, je weiter wir uns zeitlich von jenen Jahren und Vorgängen entfernen. Heute sind politische Manipulanten am Werke, die große Mühe aufwenden für die Darstellung, das Werk des Wiederaufbaues in der Bundesrepublik sei das Werk einer Partei, ja, eines einzelnen Mannes oder weniger mit ihm. Sie ahnen nicht einmal, welchen Schaden für das Ansehen und die Wertung der Bundesrepublik sie mit solcher Behauptung im Auslande anrichten. Das Erstehen des neuen, eines anderen, freien, demokratischen Deutschlands ist die Folge des Willens der Massen in Deutschland, ihrer Einsicht, daß die Freiheit der Mutterboden des Wohlstandes und des Friedens ist.

Nach dem Zusammenbruch

Auf den ersten Parteitagen der deutschen Sozialdemokraten, die nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft wieder stattfanden, war kaum Zeit und Gelegenheit für Grundsatzdebatten. Sie schienen immer wieder zu entstehen, aber die Probleme des Tages waren drängender. Es zeigte sich sehr bald, daß ein Neubau Deutschlands und die Existenz eines selbständigen deutschen Staatsgebildes infolge des militärischen Ausganges des Krieges und der neuen weltpolitischen Situation mit den Siegermächten noch erst im Prinzip ausgehandelt werden mußten.

Als unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht im Osten des Landes Sozialdemokraten und Kommunisten zwangsweise zu einer Partei verschmolzen werden sollten, wehrten sich die Sozialdemokraten vor allem der zunächst betroffenen sowjetischen Besatzungsgebiete dagegen, aber auch die SPD in den westlichen Besatzungszonen leistete entschiedenen Widerstand. Von niemand wurde sie unterstützt, obwohl durchaus eine allgemeine politische Schützenhilfe möglich gewesen wäre. Vielleicht erhofften sich die einen oder anderen aus dieser Aktion der Besatzungsmacht im Osten gegen die Sozialdemokraten die Beseitigung eines auch im Westen unbequemen Gegners — blind, wie solche Politiker nun einmal sind, die nur in den Grenzen der eigenen Partei denken und nicht das Schicksal der Nation zu sehen vermögen. Die Sozialdemokratie als Fundament der demokratischen Existenz Deutschlands erscheint ihnen unheimlich. In diesem ersten Kampf gegen den Totalitarismus nach Hitlers Tod haben die Sozialdemokraten noch in den Anfängen ihrer neuen Organisation durch ihren Widerstand, der leider nur einen Teilerfolg brachte, dennoch eine entscheidende Schlacht für Deutschland gewonnen, deren Bedeutung erst von der Geschichte richtig gewürdigt werden wird. Es hat seinen politischen Sinn, daß nur die SPD und keine andere politische Partei den unstillbaren Zorn der Sowjets auf sich gezogen hat und dann im Besatzungsgebiet der Sowjets und danach in der Deutschen Demokratischen Republik der SED verboten wurde. Sie blieb dort allein und bis auf den heutigen

Tag verboten, denn sie ist und war immer im Kampf gegen Gewaltherrschaft die wirksamste und zäheste Kraft. Ihre Gegner wissen das, die Gegner auf beiden Seiten. Die SPD hat mit ihrem opferreichen Widerstand gegen den Kommunismus für die Bundesrepublik und für ein freies Deutschland eine Vorleistung erbracht, für die alle anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik noch einen Ausgleich schuldig sind. Diese Schuldsumme erhöht jene, die seit 1933 ansteht, als allein die Sozialdemokraten Hitler die gesetzliche Ermächtigung für seine Politik der Verbrechen versagten.

Eine andere Gefahr, welche die Tätigkeit der SPD über die vordringlichen lokalen Aufgaben in Gemeinden und Ländern hinaus sofort lebhafter in Anspruch nahm, als nach außen erkennbar wurde, war die Tatsache der sehr engen, oft gefährlich intimen Beziehungen gewisser politischer Kreise und Persönlichkeiten in Westdeutschland zu westlichen Nachbarn. Auch hier trat die SPD in ihrem Kampf um die Erhaltung des Reichsgebietes nicht auf Neuland. Sie hatte auch nach dem Ersten Weltkrieg ähnlichen Gefahren begegnen müssen. *Mindestens zwei der drei westlichen Alliierten,* so schrieb der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, im Vorwort zum Aktionsprogramm seiner Partei im Juli 1952, hätten noch 1949 den Rheinbund gewollt, als sich aus den westlichen Teilen des einstigen Reiches die Bundesrepublik zu bilden begann. Ein Rheinbund aber wäre das Ende eines selbständigen und freien Deutschlands gewesen, das die Sozialdemokraten durch ihre mühevolle Kleinarbeit in den Gemeinden und Kreisen gerade wieder auf eine sichere Grundlage zu stellen begonnen hatten.

✠

Den deutschen Sozialdemokraten stand ein neues Deutschland vor Augen:

> *Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben.*

Das Aktionsprogramm, in Form und Inhalt noch entscheidend von dem im gleichen Jahre (20. August) gestorbenen Kurt Schumacher beeinflußt, wurde auf dem Parteitag der SPD 1952 in Dortmund einstimmig verabschiedet. Zum zweiten Male in einer Generation, so schrieb Schumacher damals,

> *hat der deutsche Arbeiter die Trümmerberge wegräumen müssen, die eine wahnwitzige Machtpolitik hinterließ. Die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler mußten immer wieder mit vorbildlicher Leistung das Ansehen der deutschen Volkes zurückerobern, das durch nationalistischen Größenwahn verspielt worden war.*

Der Standort, von dem aus ein neues politisches Programm für Deutschland gedacht und geformt werden mußte, war durch solche Erfahrungen gekennzeichnet:

> *Jede politische Arbeit muß darauf gerichtet werden, daß Totalitarismus, Diktatur in jeglicher Spielart, in einem neuen Deutschland keine Möglichkeit zur Verwirklichung bekommen darf;*
> *der deutsche Nationalismus muß endgültig vernichtet werden, und ein weltoffener Patriotismus, die Liebe zum Volk und Vaterland, soll die Menschen in diesem Lande erfüllen;*
> *die Einheit des Landes und der Nation ist zu bewahren und vor allen kultur-egoistischen und pseudopolitischen Träumereien an fremden Kaminen zu schützen.*

Demokratie, Mitbestimmung aller Bürger in allen Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft, praktische Anwendung der Begriffe der Menschenwürde und des Menschenrechtes in allen Äußerungen des öffentlichen Lebens in Staat, Wirtschaft und Kultur, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit in Krankheit und Alter — das waren die Grundgedanken, von denen das Aktionsprogramm der SPD 1952 ausging und die auch im Programm von 1959 ihren grundsätzlichen Unterbau bekommen haben.

Nahezu alle Elemente des Grundsatzprogramms klangen bereits im *Dortmunder Aktionsprogramm* an. Es wurde 1954 durch Beschluß des Parteitages in Berlin in einzelnen Abschnitten noch stärker auf die Bedürfnisse der praktischen Arbeit zugeschnitten, was für ein Aktionsprogramm immer notwendig ist. In seinem Wesen blieb es unverändert und war vor allem durch die neu vorangestellte Präambel das Leitbild bis zum Programm von Godesberg 1959. Der Unterschied zwischen Aktions- oder Wahlprogramm auf der einen und Grundsatzprogramm auf der anderen Seite machte es erforderlich, daß manche Themen, die in dem für den Tageskampf geschaffenen Programm behandelt wurden, in den Prinzipienerklärungen nicht wiederkehrten, die das Grundsatzprogramm enthalten muß. Und dieser Unterschied ist auch umgekehrt zu beachten, wie schließlich das Regierungsprogramm der SPD ausweist, das im April 1961 zu Beginn des Kampfes um den neuen, vierten Bundestag aufgestellt wurde und das auf dem Fundament des Grundsatzprogramms für die Dauer eines vierjährigen Regierungsabschnittes die möglichen und nötigen nächsten Schritte verzeichnete.

Das Aktionsprogramm von 1952 und 1954 leistete für die praktische und politische Arbeit und auch für grundsätzliche Entscheidungen, die im Bundestag und in den Landtagen oder Gemeindeparlamenten, die aber auch für die Gesamtpartei in zunehmender Zahl und wachsender Bedeutung erforderlich wurden, beachtliche und will-

kommene Hilfe. Aber es war eben nur für die unmittelbare politische Tagesarbeit bestimmt und bot nicht das Fundament, das eine nun hundertjährige politische Partei im Bewußtsein ihrer Geschichte und der Bedeutung ihrer umfassenden Aufgabe sich in dieser Gegenwart und in einer neuen Wirklichkeit wünschen muß, wenn sie nicht von der Hand in den Mund leben will.

Die Diskussion um ein Grundsatzprogramm ging darum weiter. Derselbe Berliner Parteitag, der das Aktionsprogramm nochmals behandelt hatte, beauftragte 1954 den Parteivorstand den Entwurf für ein *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* auszuarbeiten und vorzulegen; ein besonderer Parteitag solle es dann nach gründlicher Erörterung in der ganzen Parteiorganisation verabschieden.

Das Mitglied des Parteivorstandes, Willi Eichler, unterzog sich vor allem der Aufgabe, den Entwurf vorzubereiten. Im Mai 1958 legte er das Ergebnis der Arbeit vor, über deren Organisation er berichtete:

> *Diesem Auftrag folgend, ernannte der Parteivorstand eine Kommission von 34 Mitgliedern, die, unterstützt durch Berater und Gutachter auf einer Reihe von Sondergebieten, in etwa 40 Sitzungen, vor allem in Unterausschüssen, den Entwurf eines Grundsatzprogramms fertigstellte.*

Der Parteivorstand unterbreitete diesen Entwurf dem ordentlichen Parteitag in Stuttgart, der im Mai 1958 stattfand und der nach ausführlicher Aussprache beschloß:

> *Der Entwurf des Grundsatzprogramms wird spätestens im Jahre 1960 verabschiedet. Parteivorstand und Parteirat werden beauftragt, Anfang 1959 zu entscheiden, ob ein außerordentlicher Parteitag im Jahre 1959 zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms einzuberufen ist.*

Gleich nach dem Stuttgarter Beschluß wurde die Arbeit in einer Broschüre der Mitgliedschaft der SPD zu allgemeiner Aussprache vorgelegt. Es darf aus eigener Beobachtung gesagt werden, die sich auf die Entstehung des Heidelberger Programms von 1925 und des Godesberger Programms von 1959 erstreckt, daß die Teilnahme der Mitglieder der SPD an dieser jüngsten Aussprache über ein neues Grundsatzprogramm außerordentlich rege und initiativreich war. In Bezirks-, Unterbezirks-, Kreis- und kleinsten Ortsvereinen sind die Aussprachen geführt worden; Arbeitsgemeinschaften und kleine Diskussionsgruppen, die sich vorübergehend bildeten und die Diskussionen in Einzelthemen fortsetzten und ausweiteten, haben ihre Beiträge geleistet. Eine solche bemerkenswert rege Teilnahme an dieser im ganzen doch spröden und theoretischen Aufgabe ist wohl nur aus dem lebhaften Willen zu erklären, der Partei zu einer entscheidenden Position in der Bundesrepublik zu verhelfen und den Kurs der verantwortlichen Politik neu zu bestimmen.

Dem Parteivorstand gingen ungewöhnlich zahlreiche Anträge, Anregungen, Hinweise, allgemeine Äußerungen und Anmerkungen zu, die wiederum in mehrmonatiger Arbeit

in Kommissionen, im Parteivorstand und in einer kleinen Redaktionsgruppe zu einer endgültigen Fassung eines Programm-Entwurfes verarbeitet wurden, der schließlich am 10. September 1959 in der Wochenzeitung der SPD, *Vorwärts*, veröffentlicht worden ist.

Nun hatte die Mitgliedschaft nochmals Gelegenheit, zu der letzten Fassung Stellung zu nehmen, und auch die Öffentlichkeit erhielt Kenntnis von einem Dokument, das noch im Stadium der Vorbereitung war, dessen politische Bedeutung aber sogleich erkannt und in Kommentaren gewürdigt wurde. Welche andere politische Partei in Deutschland übt in gleicher Weise Publizität und läßt sich hinter die Kulissen ihrer internen Diskussionen schauen?

Wieder gingen Anträge beim Parteivorstand ein, so daß dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg, der seine dreitägigen Arbeiten zum Grundsatzprogramm am 13. November 1959 mit einer Einführungsrede des Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer aufnahm, schließlich 258 Anträge vorlagen, zu denen noch einige während des Parteitages hinzukamen, und dem außerdem eine Drucksache auf 32 Seiten Kenntnis von allgemeinen Empfehlungen und Anregungen gab, die aus dem Kreis der Mitglieder und von solchen nicht der Partei angehörenden Persönlichkeiten, vielfach von jungen Akademikern, eingegangen waren, die von dem Entwurf zur Mitarbeit angeregt wurden — eine bewundernswürdige Tatsache. Es ist nahezu undenkbar, wie eine Vorbereitung für eine Beschlußfassung noch vollkommener hätte sein können. Drei Tage, am 13., 14. und 15. November 1959, befaßten sich die 340 stimmberechtigten und 54 Gast-Delegierten des außerordentlichen Parteitages mit dem Entwurf und den Anträgen, ehe sie dann in den Nachmittagsstunden des 15. November endgültig beschlossen: 324 sagten ja, 16 sagten nein, niemand enthielt sich der Stimme.

✲

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich mit diesem Programm das Fundament gemauert, von dem aus sie den politischen Kampf in dieser Zeit führen kann und will. Sie sicherte diesem Kampf ein festes Fundament, weil sie nach einer so breit angelegten, in Jahren geführten, immer wieder zusammengefaßten und neu begonnenen Aussprache gewiß sein kann, daß die große, sehr große Mehrheit ihrer Mitglieder das Gedankengut und die Forderungen dieses Programms trägt. Das ist für die Politik der Partei, für die Männer und Frauen, die sie in täglicher Arbeit zu verwirklichen trachten, eine befriedigende Voraussetzung ihres Tuns und Anlaß genug zu der Hoffnung, daß alle Mühe auch lohnt.

Es ist die Auffassung auch kritischer Beobachter des politischen Geschehens in unserem Lande, daß die SPD um so befriedigter sein kann, als auch die — zustimmende oder

ablehnende – Beschäftigung der nicht zur Parteiorganisation gehörenden Öffentlichkeit mit dieser Programmarbeit die Gewißheit vermittelt hat, daß das Grundsatzprogramm nicht von einem Standpunkt außerhalb der Wirklichkeit und nur in vagen Illusionen bemüht ist, diese gegenwärtige und sich immer verändernde Welt aus den Angeln zu heben. Dieses Parteiprogramm geht vielmehr von dieser Gegenwart und ihrem Sein aus und ist für sie bestimmt.

Mehr als die Hälfte der Delegierten, welche die Beschlüsse in Godesberg faßten, war bis zu 50 Jahre alt und fast die Hälfte zwischen 31 und 50 Jahre, wobei die Waage sich mehr den jüngeren als den älteren Jahrgängen zuneigte. Auch das ist ein Indiz für die zu erwartende Nüchternheit, mit der versucht werden wird, dieses Programm in eine greifbare und lebensnahe Wirklichkeit umzusetzen. Die Sozialdemokraten spüren aus dem Verhalten ihrer politischen Gegner, daß die Vorbedingungen des politischen Erfolges für die SPD nun gegeben sind.

Nahezu gleichzeitig mit den deutschen Sozialdemokraten haben auch die sozialistischen Parteien in anderen europäischen Ländern ihre politischen Programme überprüft. Die österreichische Bruderpartei hatte am 14. Mai 1958 ebenfalls auf einem außerordentlichen Parteitag ein neues Programm beschlossen. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz war im Spätsommer 1959 mit ihren Beschlüssen den deutschen Sozialdemokraten vorangegangen, und die Partei der Arbeit in Holland erhob am gleichen Tage wie die SPD einen lange diskutierten Entwurf zum Beschluß. Überall haben die gleichen Probleme zur Aussprache gestanden. In anderen Parteien der sozialistischen Bewegung in Europa und in der Welt stehen sie weiter zur Erörterung, bis auch dort neue Programme einer neuen Gegenwart gerecht werden. Die Prinzipien der Sozialistischen Internationale, die am 3. Juli 1951 in Frankfurt am Main beschlossen wurden, haben in vielen Ländern den Sozialisten neue Anregungen gegeben. Es ist unverkennbar, daß überall, unbeschadet der Übereinstimmung im Grundsätzlichen, die politischen und gesellschaftlichen, auch die geschichtlichen und geographischen Besonderheiten jedes Landes den Ausschlag für Inhalt und Form der neuen Programme geben.

Mit dem Wandel der politischen und gesellschaftlichen Tatsachen wandeln sich auch Aufgaben und Methoden der politischen Arbeit und die Bedingungen, unter denen eine Einflußnahme auf das politische Geschehen möglich ist. Neuen Wirklichkeiten paßt sich selbst die Sprache an, Begriffe ändern ihren Inhalt und ihren Wert und Worte ihr Gewicht; sie werden bedeutungsvoller oder abgegriffen und nichtssagend. Diesem unausweichlichen Umstand haben alle politischen Parteien, vor allem aber die am stärksten historisch verankerten sozialdemokratischen Bewegungen in allen Ländern immer wieder Rechnung zu tragen, wenn anders sie nicht im Pathos einer leeren Deklamation ersticken und darauf verzichten wollen, wirksam zu sein.

Grundlagen der politischen Arbeit

Das Stichwort von der „zweiten industriellen Revolution", das von der Sozialdemokratischen Partei bald nach Kriegsende in die beginnende Diskussion geworfen wurde, ging der Arbeit für das neue Programm voran. Es war allgemein akzeptiert worden, von der öffentlichen Meinung, von den politischen Gegnern, von der Wissenschaft. In den Jahrzehnten der ersten industriellen Entwicklung, von der Mitte des 19. Jahrhunderts an bis etwa in die Mitte unseres Jahrhunderts, wandelten sich die Grundlagen der politischen Arbeit von der Tatsache her, daß ein völlig mittel- und rechtloses Proletariat um seine nackte Existenz mit denen zu ringen beginnen mußte, die das Eigentum nicht nur besaßen, sondern auch rücksichtslos für sich nutzten. Schritt um Schritt gewann der Mensch gegenüber dem Proletarier die ihm zukommende Position. Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften und in bescheidenem Maße auch kleine bürgerliche Vereinigungen der allgemeinen Wohlfahrt hatten allmählich sich steigernde Erfolge. Es war kein freies Spiel der gesellschaftsbildenden Kräfte, das zu Fortschritten führte, aber es war doch spürbar, daß die Kräfte sich regten.

In einem Gedenkartikel an die Juni-Kämpfer der Pariser Kommune hatte Karl Marx 1848 geschrieben, daß *die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt* werden sollten, *nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden* dürften. Sie müßten vielmehr *zum freien Kampf und darin zur Lösung kommen*. Diese grundsätzliche Forderung nach der demokratischen Methode stand durch die Jahrzehnte in immer wiederholtem Gegensatz zu einer – oft mißverstandenen, oft mißdeuteten – taktischen Forderung nach der Diktatur des Proletariats. Die deutschen Sozialdemokraten jedoch haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ihnen der *demokratische Sozialismus* Hoffnung und Ziel der politischen Arbeit war und geblieben ist. Das hat das neue Programm von Godesberg nun abermals bestätigt. Es hat die Demokratie als *die allgemeine Staats- und Lebensordnung* bezeichnet, für die die deutsche Sozialdemokratie auch künftig zu streiten gewillt ist.

Zugleich grenzte das Programm dieses Prinzip der demokratischen Form und des demokratischen Inhalts des gesamten Lebens in Staat und Gesellschaft scharf ab gegen *jede Diktatur, jede Art totalitärer und autoritärer Herrschaft*. Der massive, brutale Eingriff einer unverhüllten, eindeutig gewollten und genau überlegten Diktatur hatte in Deutschland fast anderthalb Jahrzehnte das freie Spiel der Kräfte unterbunden und eine Lösung im Wettbewerb der gesellschaftsbildenden Faktoren unmöglich gemacht. Aus dieser Erfahrung war die Lehre zu ziehen, und vieles, was in dem Godesberger Programm steht und wie es dort steht, ist aus dieser bitteren Belehrung zu erklären.

Die Freiheit der Persönlichkeit in der Idee und in der Wirklichkeit, wie sie in der Gegenwart der Bundesrepublik gegeben ist, läßt oft keine freie Bewegungsmöglichkeit in Wort und Tat zu, die der Bürger in der Demokratie jedoch braucht, um des Landes und um seiner eigenen Souveränität willen. Das Recht ist vielfach noch keine Gerechtigkeit, vor allem nicht im Sinne der sozialen Idee. Der Friede, den der Mensch braucht wie das tägliche Brot, ist ohne Sicherheit und in ständiger Gefahr. In dem Widerspruch dieser Zeit, wie die Präambel des neuen Programms sagt, und der Hoffnung, die sie dem Menschen für sein Leben bietet, kann nur der Mensch selber entscheiden, was zu tun ist und was geschehen wird. Dieser entschiedene und kompromißlose *Appell an den Menschen*, an seine Einsicht, seinen Willen, seine Vernunft und an seinen Glauben, findet sich in allen Teilen des Programms und besonders auch dort wieder, wo die praktischen politischen Handlungen erörtert werden, die nötig erscheinen, um eine bessere Gesellschaft zu formen:

> *Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit.*

Das ist ein hochgemuter Idealismus, der sich in diesen Prinzipien bekundet. Aber es ist zugleich auch eine durchaus nüchterne Feststellung der einzigen Möglichkeiten, die für eine gesunde Politik gegeben sind. Der *Unverstand der Massen* von einst, wie ein sozialistisches Kampflied sagte, muß der Einsicht weichen, wenn der Fortschritt Erfolg haben will. Das ist die größte Aufgabe, eine pädagogische Verpflichtung, welche die SPD mit diesen Sätzen eingegangen ist. Es wird genug geben, die dieser Sätze wegen spotten, ein Maßstab mehr, die Moral der politischen Haltung zuverlässig zu prüfen. Für Sozialisten kann es keine größere Pflicht geben als die, dem Menschen zu nützen, ihn, seine Würde, seinen Anspruch auf volle Geltung und damit auf Selbstverantwortung durchzusetzen, wo immer in den Lebensäußerungen der Gesellschaft, im Staat, in der Wirtschaft, in der kulturellen Tätigkeit, in der sozialen Hilfeleistung Mitwirkung und Mitbestimmung möglich sind. Befehl und Gehorsam wären die Gegensätze dieser Prinzipien. Unter ihrer Herrschaft wachsen Untertanen auf, nicht aber Staatsbürger. Der moderne Staat der großen Zahlen von Menschen, die ihn

bilden und für die er die Form des Zusammenlebens darstellen muß, kann nicht ohne den Bürger existieren, der ihn aus seinem Willen und in seiner Haltung trägt.

Dieser Bürger braucht die *Freiheit* der persönlichen Entfaltung, damit er als dienendes Glied verantwortlich mitbestimmen kann. Das sozialdemokratische Programm hat diesen Grundwert der Freiheit als ersten genannt. Freiheit der Einzelpersönlichkeit ist aber nur denkbar, wenn sich der einzelne zugleich und für jede Handlung oder Unterlassung der Tatsache bewußt ist, daß er Glied der *Gesellschaft* ist und nicht für sich leben kann.

Wie kann aber eine Gesellschaft, ein Staat, eine Nation frei sein, wenn nicht der einzelne sich seiner Freiheit bewußt sein kann! Das muß für alle Menschen im Staate gelten, nicht nur für solche, die sich Freiheit durch materielle Unabhängigkeit leisten können. Nicht nur wer reich ist, soll frei sein können, sondern ungeschmälert auch der, den das Schicksal nicht mit irdischen Gütern gesegnet hat.

Der Mensch, der die Freiheit will, muß die *Verantwortung* nehmen. Das ist eines der vorausgesetzten Prinzipien, auf denen dieses Programm in seinen Grundwerten aufbaut. Freiheit ist nicht Schrankenlosigkeit. Die Grenzen für den einzelnen setzt die Gesellschaft; im Ausgleich der Interessen ist der Schlüssel zu finden. Das Allgemeininteresse geht dem Einzelinteresse voran. Es war, was hier am Rande vermerkt sein soll, kein Gedankengut der Nationalsozialisten, daß *Gemeinnutz vor Eigennutz* gehe, sondern dieser Gedanke wurde von Hugo Preuss gedacht und ausgesprochen, und zwar in der Frühzeit der demokratischen Formgebung nach dem Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit dem Entwurf für eine Reichsverfassung 1919 in Berlin. Da Hugo Preuss Jude war und die Nazis das natürlich wußten und dennoch sein Ideengut benutzten, wird auch mit diesem Beispiel ein Beweis für die Unwahrhaftigkeit dieser Gedankenwelt gegeben, die irgendwie zusammengestohlen wurde, gleichgültig von wem, gleichgültig aus welchem Zusammenhang genommen – gerade wie man die Sätze glaubte nutzen zu können.

Mit der Forderung nach Selbstverantwortung und Mitbestimmung des einzelnen in Staat und Gesellschaft wendet sich die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik zugleich gegen jeden Führungsanspruch einer sogenannten Auslese oder einer wie immer gebildeten Gruppe oder Schicht. Indem der Mensch in den Mittelpunkt der Aufgaben, der Pflichten und der Rechte tritt, widerspricht dieses Programm auch der Behauptung, eine sozialistische Partei diene aus ihrem Wesen der Vermassung. Daß die Zahl der Menschen wächst, daß mithin die *Masse* massenhafter wird, ist ein natürliches Ereignis. Die Sozialdemokratie aber will das *Individuum* durch Einsicht und Rechtsposition, durch Erkenntnis und Gesellschaftsordnung zu voller Entfaltung der eigenen Kräfte und Fähigkeiten führen. Das ist wohl der einzige Weg, die Masse zu gliedern und zu organischer Funktion anzuregen, sie also vor dem Schicksal zu

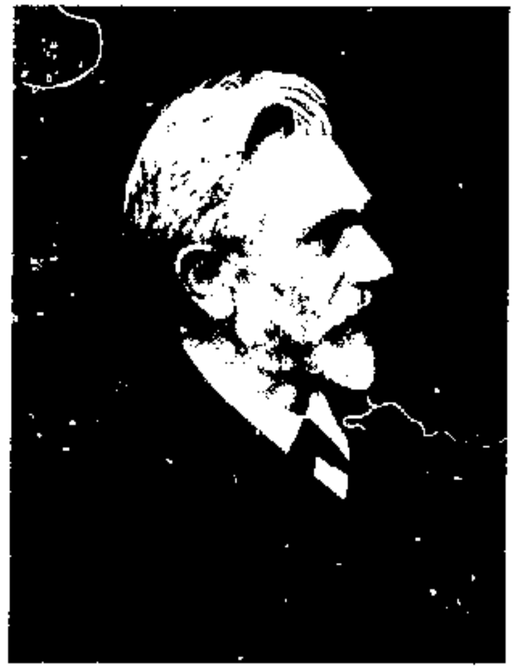
bewahren, nur Objekt unkontrollierten Führungswillens zu sein. In dem 1952 bereits beschlossenen Aktionsprogramm der SPD stand ein Satz, der 1959 wieder von neuem bestätigt wurde, wenn er auch in dieser Form nicht ausdrücklich beschlossen worden ist:

> *Eine neue Gesellschaft, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, fällt uns nicht durch einen gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte zwangsläufig in den Schoß. Nur durch zielklares und verantwortungsbewußtes Handeln können wir uns eine bessere Gesellschaft erkämpfen.*

In diesem Sinne hat das Godesberger Programm die Trennung zwischen Sozialismus und *Liberalismus* deutlich vollzogen, und es wäre eine Mißachtung von Gegebenheiten, wenn behauptet würde, es gäbe keine wesentlichen Unterschiede. Die Freiheit des Menschen allein schafft keine Gerechtigkeit der sozialen Tatsachen. Es wird immer nötig sein, daß die Rechte der Menschen errungen werden. Sie werden niemals freiwillig geboten werden, solange es noch Gruppen und Schichten gibt, die sie als individuelle Rechte beanspruchen. Die Sozialdemokraten müssen in diesem Staate und unter den obwaltenden Umständen die Ordnung errichten, die Freiheit und Gerechtigkeit gewährt und sichert.

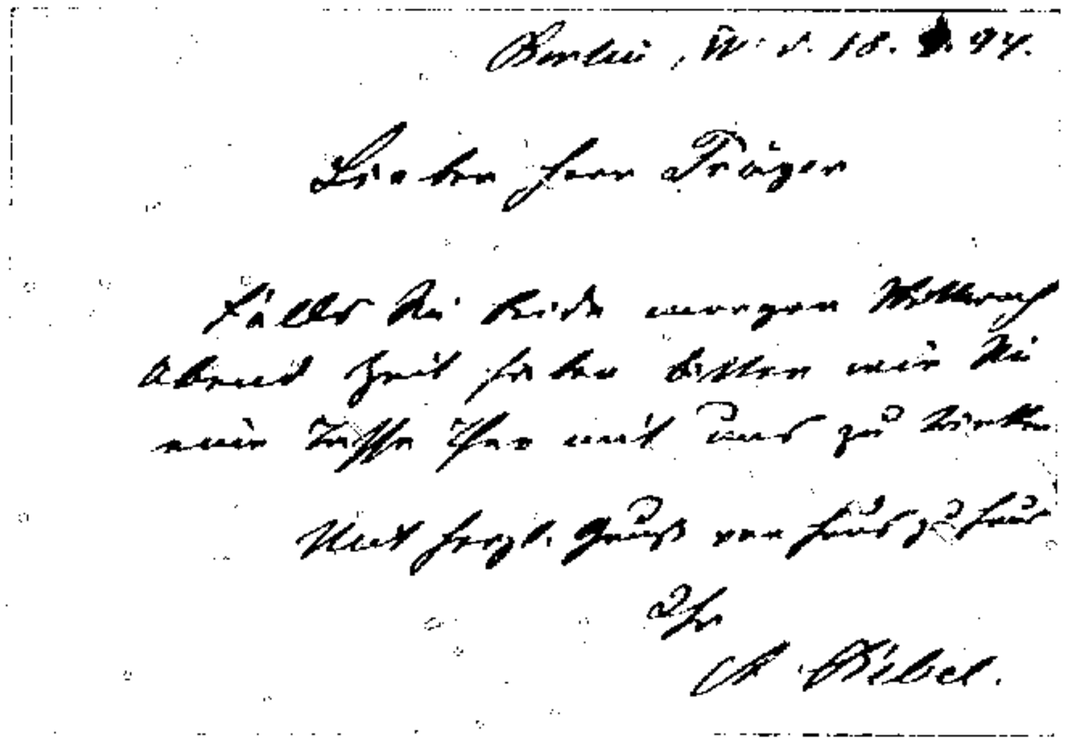
Das Programm nennt neben der Freiheit und Gerechtigkeit als den tragenden Säulen des sozialistischen Wollens die *Solidarität*. Sie ist gemeint als die tätige Nächstenliebe, und das Wort will aufrufen, nicht nur zu bekennen und zu wünschen, daß dem Nächsten im eigenen Lande und in anderen Ländern und Erdteilen geholfen werde, sondern die Hilfe unmittelbar und sogleich zu beginnen und dann zu vollenden. Das Bekenntnis der Sozialisten zur internationalen Verbundenheit und Brüderlichkeit ist eine nüchterne Verpflichtung zu praktischer politischer Arbeit: Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik, Innenpolitik jeder Art und nicht minder die Außenpolitik erhalten damit eine Direktive, die im Verlaufe des Programms genauer gekennzeichnet wird. Sie wird als ein Grundwert genannt, das heißt, sie ist unveräußerlich und kann nicht Gegenstand eines Kompromisses oder der Taktik sein.

Diese Gedankengänge haben bereits nahe an bekannte biblische und christliche Begriffe herangeführt, sie erworben, benutzt und in einem hohen Sinne unserer Zeit gemäß ausgedeutet. Es ist entschieden und unbestreitbar, daß die *Wurzeln des Gedankengutes* der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Politik nicht zuletzt ebenso *in der christlichen Ethik* liegen wie im Humanismus und seiner weltumspannenden und befreienden Idee und in den Lehren (und Schulen) der klassischen Philosophie der Antike und der europäischen Vergangenheit. Die Sozialdemokraten sind in den letzten Jahrzehnten aus allen Lagern der geistigen Welt zusammengeströmt, weil die Partei immer weniger eine Weltanschauungsgemeinschaft bleiben konnte, zu der sie in den ersten Jahrzehnten ihrer Arbeit geworden war, als ihre Anhänger von Egoismus und Kurzsichtigkeit, von Voreingenommenheit und Mangel an Humanität aus



August Bebel (1840–1913)

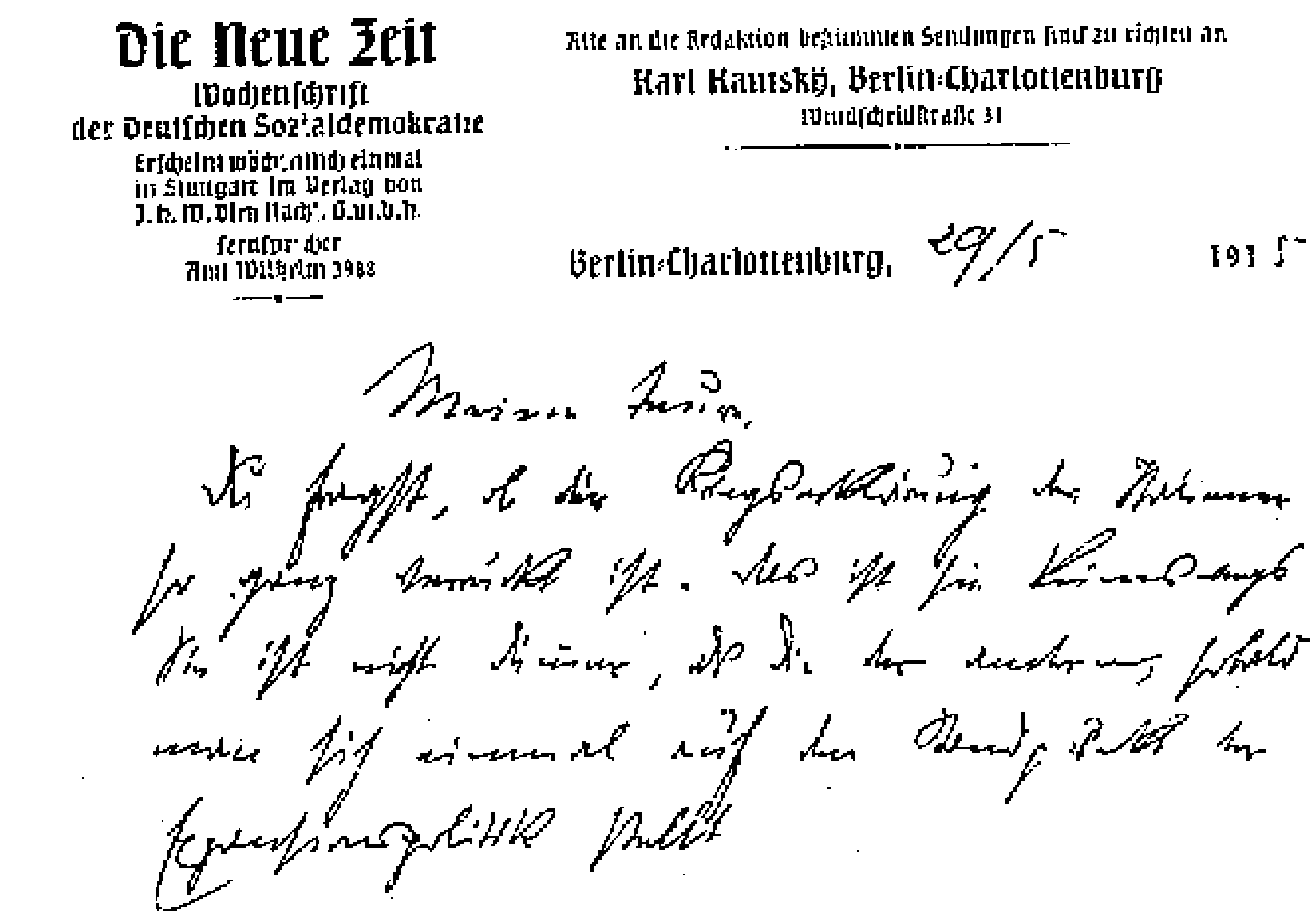
Friedrich Ebert (1870–1925)



Bebels Handschrift

Karl Kautsky (1854–1938)

Eduard Bernstein (1850–1923)



Handschriftprobe Karl Kautskys

einer Gesellschaft ausgestoßen waren, die glaubte, sie allein trage den Staat und bilde die Nation. Tatsächlich übte sie nur Herrschaft aus, weil sie Besitz hatte (oder zu haben meinte).

Im Kampf gegen Blindheit und Überheblichkeit wurde die SPD eine politische Gemeinschaft, eben eine Partei, ein Teil eines Ganzen, der Deutschen in diesem Lande. Die Aufgabe der politischen Partei ist nicht gleich der einer Kirche oder Weltanschauungsgemeinschaft. Die Parteiarbeit ist darauf gerichtet, in dieser Zeit unseres Lebens und Wirkens *alle Dinge zum Besten zu kehren.* Darum ist der Satz im Godesberger Programm nichts anderes als selbstverständlich, daß die SPD *keine letzten Wahrheiten verkünden* wolle. Das ist Aufgabe der Kirchen, der Religionsgemeinschaften. *Aus Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen,* so sagt das Programm, *über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben,* verbleibt die SPD in ihrem, dem weltlichen, dem politischen Bereich, in dem Willen zur Gestaltung der staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und aller gesellschaftlichen Aufgaben, die erfüllt werden müssen, um das Leben der Menschen hier auf der Erde lebenswert zu machen. Wie wäre zu übersehen, daß die Lehren der christlichen Religion das Bild der Hoffnungen und Wünsche, die Grundsätze des Wollens und Tuns ganz wesentlich mitgeformt haben!

Das will die SPD unter *Freiheit des Geistes* verstanden wissen: Menschen aus allen Glaubens- und Denkrichtungen sollen in ihren Reihen die Möglichkeiten zur tagespolitischen Mitarbeit finden, indem sie sich zu gemeinsamen sittlichen Grundwerten bekennen und gleiche politische Ziele verfolgen, die aus diesen Grundwerten abgeleitet werden. Wenn man diese Gedankengänge fortsetzt, Freiheit zu fordern, sie jedoch der Verantwortung für die Gemeinschaft der Menschen zu unterstellen, Gerechtigkeit als Ordnung in Politik, Recht, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu voller und uneingeschränkter Geltung zu bringen, Solidarität als tätige Nächstenliebe zu verwirklichen und diese Prinzipien ohne Ansehen allen Menschen aufzuerlegen, woher sie auch kommen mögen, aus welcher Schicht und aus welcher Religionsgemeinschaft — wenn diese Reihe der Gedanken sich von selbst im Schwung hoffnungsfrohen Glaubens fortsetzt, so muß sie zu der höchsten Forderung gelangen: sich selbst den Gesetzen zu unterstellen, die als Grundwerte des Sozialismus gelten sollen. Der Satz des Programms

> *Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren*

ist Ausdruck einer Aufrichtigkeit der *Gesinnung,* die nichts weiß von Vorrecht, Diktatur, Herrschaft oder Herrschsucht. Wer eine dauernde Aufgabe vor sich sieht, einen nie endenden Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit, wer sich selbst auffordert, Diener zu bleiben und sich unter diesen Prinzipien zu bewähren, der hat begriffen und will

aber auch begreiflich machen, daß Politik mehr ist als Taktik. Er weiß in Demut, daß er ein Ritter sein muß, wenn er kämpft und ein Samariter, wenn der Kampf beendet ist. In dieser Zeit nach den ersten Wahlkämpfen in der Bundesrepublik und in Kenntnis der von den politischen Gegnern der SPD angewandten Methoden mutet eine solche hohe Gesinnung fast irreal an. Sie ist indessen die Voraussetzung des dauerhaften Erfolges.

Die Anerkennung, daß die Impulse der sozialdemokratischen Politik in unserer Zeit nicht nur oder nicht einmal in erster Linie aus der marxistischen *Wirtschaftsanalyse* herzuleiten sind, sondern daß Christentum, Humanismus und philosophische Lehren mannigfacher Art ihren Anteil haben, ist keinesfalls so neu, wie heute vielfach angenommen wird. Ende des vergangenen Jahrhunderts findet sich in Kommentaren und theoretischen Arbeiten über den Sozialismus die gleiche Feststellung. Sie konnte aber damals aus einem heute unbegreiflichen Unverständnis und Mangel an Realsinn, den die Gegner der Sozialisten bewiesen, keine unmittelbare Bedeutung gewinnen. Wie wäre die deutsche Politik verlaufen, wenn das Bürgertum frühzeitig mehr Klugheit, größere Nüchternheit und Sinn für die reale Bedeutung der christlichen Lehren bewiesen hätte! Für die Sozialisten mußte es, weil die Gegner nicht begriffen, um was es ging, zuerst auf die Sammlung der Entrechteten und Bevormundeten ankommen. Es ist kaum noch irgendwo bestritten, daß die Wirtschaftsanalyse allein, mag sie aus marxistischer oder liberaler oder anderer Methode und Grundhaltung erfolgen, nicht mehr ausreicht, um eine politische Konzeption zu begründen. Der Marxismus als Methode und als Lehre wird seinen Wert behalten und wird helfen können, die Wahrheit zu erkennen oder ihr näherzukommen. Aber er mußte neben sich andere Faktoren dulden. Die Wirklichkeit zwingt dazu, jede Chance zu nutzen, um Wege zu finden, das Zusammenleben der Menschen vernünftig, sinnvoll, lebenswert, hoffnungsträchtig zu formen. Wichtiger als Lehren ist das Leben selbst, der Wille zum besseren Leben, die Pflicht, Menschenwürde zu wahren, Wohlstand auszubreiten, Frieden zu halten und für diese Ziele brauchbare politische Maßnahmen zu erdenken und zu treffen.

Es gibt in der modernen Sozialdemokratischen Partei in Deutschland und auch in anderen Ländern *kein Monopol* für eine Mitgliedschaft, auch nicht für die Motive, aus denen ein Mensch sich zu den politischen Zielen bekennen kann und auch kein Monopol für die Entwicklung, die diese Parteien zu nehmen haben. Das alles ist dem freien Spiel der Kräfte überlassen, die die Gesellschaft formen, und in jeder Epoche der Geschichte wird die Idee des Sozialismus, werden die unveränderlichen Ideen der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Menschen ihre besonderen und eigenartigen Ausdrucksformen finden; so war es bisher, und so wird es auch künftig sein.

Aus der Tatsache, daß der Katalog der Grundwerte des Sozialismus, der das Programm statt einer Analyse der Gegenwart einleitet, die Zustimmung weiter Kreise auch außerhalb der Sozialdemokratischen Partei gefunden hat, ist hier und dort gefolgert worden, daß mithin dieses Programm sich wenig von politischen Konzeptionen anderer Parteien unterscheide. Wenn dem so ist, so wäre dies nur ein Beweis dafür, daß die Ideen der Sozialisten sich auch anderen Ortes durchgesetzt hätten, deren Siegeszug in der Geistesgeschichte ohnehin viel zu selten verfolgt wird. Wenn man auch nur Art und Häufigkeit der Verwendung des Wortes Sozialismus heute und einst vergleicht, von gründlicheren Untersuchungen ganz abgesehen, wird erkennbar, welchen praktischen Nutzen man sich in anderen Lagern von einem Mantel verspricht, der die Kennzeichen des Sozialismus trägt. Zu viele Parteien, die eine Anleihe (mehr oder weniger offenherzig) bei der Gedankenwelt des Sozialismus vorgenommen haben, sind längst in ihre alte und vergehende Welt zurückgekehrt und schwingen die Fahnen mit der von ihnen verwaschenen roten Farbe nur noch, wenn an vermeintlichen Festtagen die Massen zu Szenen gelockt werden sollen. Beschwerte Vergangenheit und soziologische Bindungen in der Gegenwart erlauben ihnen keinen Fortschritt in der Gesinnung, wie sie die Grundwerte des Programms der SPD fordern. Die Sozialdemokraten aber wenden sich mit ihren politischen Zielen unmittelbar den freien Menschen in unserer Zeit zu, die bereit und willens sind, die Aufgaben zu lösen, die unsere Gegenwart stellt, die sich nicht von Dogmen oder Vorurteilen binden oder beeinflussen lassen. Die Partei bezeugte mit dem Katalog der Grundwerte, daß diese noch nicht greifbare Wirklichkeit sind, noch nicht geltendes moralisches oder manifestiertes Recht. In diesem Katalog wurde das Bild einer besseren Zukunft sichtbar. Eine sozialistische Gesellschaft wird diese *Grundwerte in der praktischen Politik verwirklichen*. Das ist der Glaube und die Überzeugung der Sozialdemokraten. Der Verzicht auf theoretische Untersuchungen und Erörterungen war kein Verzicht auf eine Analyse, die vielmehr in den kurzen Thesen des Abschnittes über die Grundwerte scharf, äußerst zugespitzt und eindeutig vorgenommen wurde.

Die Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft ergaben sich dann von selbst. Sie basieren auf dem Bekenntnis zur Menschenwürde, zur persönlichen Freiheit, zu Gerechtigkeit, zur Staats- und Lebensform der Demokratie. In dem Satz

> *Sozialismus wird nur durch Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt,*

spricht das Programm besonders pointiert aus, daß es für die Sozialdemokraten keine Trennung sozialistischer Gedankengänge von dem Prinzip der in der Demokratie gegebenen Freiheit und Verantwortung geben kann.

Solche Grundsätze offenbaren die unüberbrückbare Kluft, die zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem *Kommunismus* besteht. Alle Voraussetzungen der Freiheit fehlen in einem Lande, das von einer Partei beherrscht wird und in dem es keine Opposition gibt, man mag die Dinge dialektisch drehen und wenden wie man will, und die menschliche Phantasie ist unerschöpflich im Erfinden von Scheinbildern. Reale Voraussetzung der Demokratie ist die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die zulässige Äußerung der Meinung in aller Offenheit, die Mitwirkung der Bürger des Landes am Zustandekommen einer Regierung. Nicht die eine oder die andere Bedingung kann als Ersatz anerkannt werden, auch nicht eine teilweise Gültigkeit oder eine Konstruktion des Notstandes, der angeblich zu vorübergehendem Verzicht auf volle Geltung der Grundrechte zwingt. Mit eben dieser These haben Staatsphilosophen versucht, den Nationalsozialismus als eine legitime Form staatlichen Lebens auf dem Wege zur Demokratie *(was dem Volke nützt)* zu rechtfertigen, und nicht anders haben sowjetische Politiker und Publizisten, durch Hinweise auf Terror, Unfreiheit und fürchterliches Geschehen in die Enge getrieben, die Sowjetherrschaft in der UdSSR als eine notwendige Stufe zur Befreiung der Menschen bezeichnet. Am Ende werde die Demokratie folgen.

Die historischen Tatsachen sind nicht minder kraß und beweiskräftig für Unvereinbarkeit von Sozialismus und Kommunismus: Eine Revolution ohne Gnade zerbrach Gesetze, Ordnung und Struktur der Gesellschaft im Zarenreich, wobei hier gewiß nicht ein Wort der Verteidigung dieser einstigen Zustände auch nur gedacht wird. Die Konstruktion eines neuen Rußlands, einer neuen staatlichen Ordnung, einer klassenlosen Gesellschaft war im Chaos der Zerstörungen, nach den gegenrevolutionären Versuchen und ausländischen Interventionen unerreichbar, weil eine einzige Partei es durchsetzte, daß ihr Wille allein Geltung b. .am, daß ohne freies Spiel der Kräfte, jedoch unter Zwang und Gewalt der Weg eingeschlagen wurde, den sie für richtig und nützlich hielt. Die „Opfer" auf diesem Wege waren ungezählte Menschen, die physisch und seelisch zugrunde gingen. Das Programm der SPD meint diese Tatsachen, wenn es in äußerster Kürze feststellt:

> *Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn sie mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht.*

Die totalitäre Herrschaft des *Nationalsozialismus* in Deutschland hat einen ähnlich gewaltsamen Weg mit Strömen von Blut gekennzeichnet, mit Entwürdigung der Menschen, mit Verfolgung, Qualen und Tod, ohne Rechtsanspruch und ohne Willen zu Gerechtigkeit. Weder ein System der Autokratie noch Unterdrückung, Zerstörungen, Not oder Mangel hatten die Terrormaßnahmen Hitlers erzwungen. Sie waren allein Ausfluß des Willens zur Vernichtung.

Es ist der Weg der deutschen Sozialdemokraten zu jeder Stunde ihres politischen Wirkens gewesen, daß sie von den Gegebenheiten ausgehen und diese wandeln wollen. Das ist der schwierigere, weitaus mühsamere Weg, der die Fähigkeit und moralische und sachliche Bereitschaft zum Kompromiß verlangt. Es ist dem, der ihn beschreitet, nicht erlaubt, das Recht mit Füßen zu treten, die Freiheit der Menschen einzuschränken, die Gewalt an die Stelle der Gerechtigkeit zu setzen, Vorrechte zu schaffen, um Vorrechte zu beseitigen, mit Zwang zu ertrotzen, was in gelenkter Entwicklung erreicht werden muß. Die außerordentliche Schwierigkeit der politischen Aufgabe, welche die deutschen Sozialdemokraten in unserer Gegenwart zu erfüllen haben, entsteht entscheidend aus der Tatsache, daß die SPD entschlossen ist, bestehende Formen und Einrichtungen, überkommene Rechtsgrundsätze und Gebräuche nur nach einsichtigem Verständnis einer Mehrheit der Menschen in diesem Staate umzuwandeln, neue Formen zu entwickeln und neue Prinzipien des Rechtes erst anzuwenden, wenn sie in das Rechtsbewußtsein der Menschen gehoben werden konnten, für die und für deren Wohlergehen sie erdacht wurden.

Der *Mensch*, sein Leben, seine Freiheit, seine Würde, ist und bleibt das Ziel der sozialdemokratischen Arbeit. Das *System* und seine Berechtigung sind das Ziel des Kommunismus. Ihm ist der Mensch Objekt des politischen Handelns und Wollens.

Es wäre eine Illusion zu glauben, daß der Kommunismus sein missionarisches Ziel aufgeben könnte, die ganze Welt nach seiner Lehre umzugestalten. Das ist nicht zu erwarten. Da er aber wohl ein Drittel der Menschheit dieser Erde in seinem Machtbereich hat, also eine vorhandene Tatsache ist, müssen und wollen auch die Menschen, die anderen politischen Glaubenssätzen anhängen, mit ihm leben und auskommen. Es ist eine Ordnung zu errichten, in der diese und jene miteinander friedlich leben. Die Grenzen ihres Tuns müssen sie sich gegenseitig abstecken und müssen das im *Einvernehmen miteinander* tun. Das ist die politische Aufgabe in diesem Bereich. Sie wird fortgesetztes Handeln fordern. Sie setzt eine ständige Beobachtung, beharrlich guten Willen zum Ausgleich und g. .dlige Bemühungen um wenigstens für eine gewisse Zeit gültige Lösungen voraus. Immer wird die Erhaltung und die Sicherung des Friedens das Ziel der aktuellen politischen Gespräche und Verhandlungen sein müssen. Was in dem Bemühen um Koexistenz auch geschehen mag, stets muß das Prinzip gelten, daß keine Macht, keine Partei eine Alleinherrschaft ausüben darf. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen dem System des Kommunismus und der fortschrittlichen Welt des demokratischen Sozialismus.

Das Machtstreben einer Partei, das zu autoritärer Herrschaft oder zur Diktatur führt, findet eine Parallele in dem nicht minder *gefährlichen Machtstreben* der zwar kleinen, aber energisch und initiativreich geführten *Partei der Wirtschaftsherren.* Es kann in diesem Zusammenhang noch ununtersucht bleiben, ob die Eigentümer, die Besitzer oder die führenden und verantwortlichen Manager der großen wirtschaftlichen Machtzentren gemeint sind – oder alle gemeinsam, gewiß auch manche nicht, die den Sinn des Wirtschaftens nämlich nicht in der Machtkonzentration und Machtentfaltung sehen. Wo das Geld die Chance erhält, Macht zu gewinnen, wird das Recht gefährdet. Eine sogenannte Ordnung, die es ermöglicht, daß Menschen durch materiellen Druck genötigt werden können (unkontrollierte Entscheidung über den Arbeitsplatz, über Arbeitslohn, über Arbeitsrechte), gerät unter die Botmäßigkeit der Mächtigen. Die freie Persönlichkeit und ihre soziale Sicherheit müssen garantiert sein, und wo sie mißachtet und gar unterdrückt werden, ist das Ende des demokratischen Staates abzusehen. Darum haben die Sozialdemokraten in rechter Würdigung dieser Zusammenhänge eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung zu fordern, die den Menschen in seinen natürlichen Rechten achtet und respektiert, ihn nicht ausnutzt und unterdrückt, indem sie ihn in Furcht vor der Existenz setzt. Eine unkontrollierte Teilmacht in einem Staate wird immer der Versuchung anheimgegeben sein, sich zur Gesamtmacht aufzuschwingen. Aber nicht sie, nicht dieser Teil des Ganzen, nicht die Interessengruppe und schon gar nicht ein Interessentenklüngel sind die fruchtbare Zelle staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, sondern der Mensch ist es, seine Familie um ihn und er in ihr, die Nation, der er sich widmet und in der und für die er lebt – und auch der Wirtschaftsbetrieb, in dem er arbeitet. Die Positionswerte sind unterschiedlich. Eine vernünftige und wirksame Kontrolle soll und kann sie ständig miteinander in Beziehung bringen und den Menschen zur Wirtschaft, die Wirtschaft zum Staate, den Staat zur Gesellschaft in das für alle gesunde Verhältnis bringen.

Das ist gewiß schwieriger getan als geschrieben. Eine künstliche Konstruktion, die ein totalitäres System entwerfen und aufstellen kann, ist schneller erdacht und aufgebaut. Ob das dann auch organisch, die Teile verbindend und befruchtend, sein wird, muß füglich und stark bezweifelt werden. Im demokratischen Staate aber muß das Interesse der Gesamtheit, also aller Bürger, über dem *Einzelinteresse* stehen. Die Erfahrung macht deutlich, daß ein solcher Grundsatz notfalls mit sehr klaren Maßnahmen in die Praxis umgesetzt werden muß. Denn nicht ungern werden Ideale der menschlichen Zusammenarbeit gefeiert, wird vom *treuen Mitarbeiter* gesprochen, der indessen nur einseitig ein treuer Arbeiter ist und bleibt, was ihm nicht lange nach dem freundlichen Schulterschlag wieder bewußt wird. Wo indessen soziale Gesinnung und Haltung sich mit würdevoller Menschlichkeit vereinen, ist ein festes Fundament erfolgreicher Arbeit vorhanden. Wir meinen das nicht ideologisch, sondern im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse durchaus materiell in finanzieller und in arbeitsrechtlicher Beziehung und auch im Blick auf die notwendige Entwicklung unserer Wirtschaft in allen ihren Zweigen zur Demokratie.

Mitarbeit und Mitbestimmung der Menschen in Staat und Wirtschaft ist um so nutzvoller und für den Bestand der Demokratie segensreicher, wenn gründliche *Bildung*, ausreichendes allgemeines und befriedigendes fachliches Wissen und Können und wenn ein fester *Charakter* das Tun der Bürger des Staates qualifizieren. Alle sozialdemokratischen Programme haben seit hundert Jahren und mithin lange, bevor eine andere politische Partei überhaupt begann, sich mit den notwendigen Plänen der Entwicklung der Nation zu beschäftigen, dem Kapitel Schule und Bildung eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Schließlich empfanden es die Männer und Frauen, die in harter, unerhört kraftfordernder Arbeit in Abend- und allzu wenigen Feierstunden Wissen und Bildung selbst oder in Arbeiterkursen der Partei und der Gewerkschaften weit über das Schulwissen hinaus erworben hatten, am allerdringlichsten, was nötig war und ist, um der Jugend ein besseres Los zu bieten, als sie es selbst gezogen hatten. Auch von einem höheren Standort aus haben es die aufstrebenden und in größere Arbeitsaufgaben in Gemeinden, Staat und Wirtschaft hineinwachsenden Sozialdemokraten niemals verstanden, warum der Staat und warum die damals maßgeblichen und bestimmenden Schichten der Gesellschaft nicht längst in früheren Jahrzehnten aus dem Reservoir des gesamten Volkes geschöpft haben, um die Leistung der Deutschen im Wettbewerb mit anderen Völkern in der Welt zu erhöhen. Unendlich viele Begabungen und Hochbegabungen kamen nie zur Entwicklung, weil sie keinen Zugang zu den Bildungsstätten bekamen, der ihnen aus materiellen Gründen und wegen ihrer Herkunft aus der Arbeiterschaft oder aus anderen Kreisen der Minderbemittelten verschlossen blieb. Daß die Vorrechte auch gehütet wurden, weil sie möglicherweise einen Schutz vor den aufgeklärten Massen einer neuen sozialen Schicht boten, war eine zusätzliche bittere Erkenntnis, die viele Sozialdemokraten nicht nur der älteren Generation jedoch gewinnen mußten, weil sie ihnen nachdrücklich und sehr real vermittelt wurde. Noch zu einer Zeit, in der die jungen Völker in Asien und Afrika längst aus den Schulen der Missionare herauswachsen und ihre begabten Söhne die Hohen Schulen Europas und Amerikas und nun auch der Sowjetunion in steigender Zahl aufsuchen, muß in Deutschland, im Herzen des Abendlandes, um die Beseitigung der Vorrechte im Zugang zu den Bildungseinrichtungen gekämpft werden. Weit mehr als in vergangenen Jahrhunderten und Jahrzehnten sind zu den *Gütern der Kultur,* die einst nahezu allein Bestandteile der Bildung der Menschen waren, die *Effektiven der Wirtschaft* getreten, und die *Imponderabilien der Politik* müssen heute mehr denn je gesicherter Besitz einer gebildeten Persönlichkeit sein. Wie weit sind wir noch vom Ziel entfernt! Aber ohne *politische Bildung,* welche die soziale,

ökonomische, staatliche, rechtliche, technische und gesellschaftliche Wirklichkeit erfaßt, wird der Bürger im demokratischen Staat und in der demokratisierten Wirtschaft weder seinen Standort bestimmen noch seine Lage verbessern und auch nicht die gleichen Aufgaben für sein Land und sein Volk erfüllen können. Sie sei ein *wesentliches Ziel aller Erziehung in unserer Zeit*, sagt das Programm der Sozialdemokraten von der politischen Bildung. Sie ist in der Tat untrennbar neben die überkommenen Bildungsziele getreten, vielleicht weniger als Neuheit, jedoch in ihrer Bedeutung dringlicher und gewichtiger als jemals, seit *Gertrud ihre Kinder lehrt* (Pestalozzi).
Der demokratische Staat, in der Sicht, die der Sozialismus in diesem Programm der SPD darbietet, ist entscheidend auf den Menschen und seine Bewährung unter den Gesetzen der Sitte und Moral und als Staatsbürger angewiesen. *Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern*, heißt es in dem Programm. Wieder tritt der Mensch in den Vordergrund, der die Sicherung übernehmen muß. In Gesinnung, Haltung und Handlungsweise, in Bildung, Sitte und politischer Willensäußerung muß der Bürger Demokrat, zugleich Handelnder sein und Bürge für die Güte seiner Tat, die der Gesellschaft nützt, indem sie dem Staate nützlich ist. Ein solcher demokratischer Staatsbürger könnte aber nicht leben und wirken ohne den Schutz und die Förderung staatlicher Organe und einer gleichartigen Gesinnung und Haltung des Staates, die sich in Administration und Verantwortung, in Legislative und Exekutive erweisen.

Der Staat

Es hätte nahegelegen, daß die Sozialdemokraten an der Spitze des Kapitels ihres neuen Programms, das sich mit der staatlichen Ordnung beschäftigt, ein deutliches Wort zu der Tatsache gesagt hätten, daß zweimal in der deutschen Geschichte, die viele der Lebenden mit beobachtet haben, Sozialisten, die Partei der Sozialdemokraten durch ihre führenden Männer und Frauen, durch ihre Organisation und politische Einsicht den Staat gerettet und wieder aufgebaut haben. Zweimal, nicht nur nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918. Die Tat Friedrich Eberts und seiner politischen Helfer, mögen sie unmittelbar neben oder weiter entfernt gestanden haben, wird nun, nach mehr als vier Jahrzehnten, nahezu gebührend auch von denen anerkannt, die selbst oder deren Geistesverwandte zu Lebzeiten der Weimarer Republik anders sprachen. Was nach 1945 geschehen ist, bedarf wohl noch eines längeren Zeitraumes der Läuterung, um entsprechend gewürdigt zu werden. Einstweilen bemühen sich noch Berufene und Unberufene heftig darum, das Verdienst an der materiellen und geistigen, innen- und außenpolitischen Trümmerräumung sich zuzuschreiben. Je mehr sie versäumen zu erkennen und auch Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, daß die Trümmer der Häuser noch die geringste Mühe geboten haben, die Trümmer der Hoffart und der Illusion um so größere, desto früher wird es deutlich werden, daß der neue Staat der Deutschen in einem Europa, in einer Welt des Friedens nur von demokratischen Sozialisten geschaffen werden kann und wird
Es beginnt wieder bei dem einzelnen *Menschen. Die Sozialdemokratische Partei lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke*, sagt das Programm und will damit aussprechen, daß sie sich an alle Schichten und alle Gruppen und Kreise wendet, indem sie das Fundament ihrer staatsphilosophischen, staatsrechtlichen, die Wirklichkeit einer staatlichen Ordnung vollkommen umschreibenden Auffassung ausspricht:

> *Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorgegeben.*

Es beginnt beim Menschen. Er steht vor dem Staate, und zwar nicht in einer Rangordnung der Bedeutungen, sondern weil es ohne den Menschen keinen Staat gäbe. Ein Staat, wie immer er beschaffen sein mag, hat nach solcher im sozialdemokratischen Programm manifestierten Auffassung keine Verfügungsmöglichkeit und auch keine Gewalt über den Menschen. Er hat ihm zu dienen, nicht über ihn zu verfügen. Er kann und darf ihn nicht töten. Da viele Menschen in einem Staate beieinander und miteinander leben, ist diesem Organismus der menschlichen Gesellschaft nach der freien Vereinbarung der Menschen zusätzlich die Pflicht auferlegt, die innere Gesetzlichkeit des Zusammenlebens der Menschen zu erforschen und danach die äußeren Gesetze zu erlassen, die dieses Leben der Menschen, ihre Würde und ihr Gewissen schützen und bewahren. Aber das ist, wie Dr. Adolf Arndt auf dem Parteitag in Godesberg zu diesem Kapitel des Programms sagte, keine *Prozeßordnung wertneutraler Art.* Unter der Mitwirkung der Bürger des Staates in der Demokratie werden vielmehr Gesetze und staatliche Führung und Obhut wiederum der Haltung der Menschen Ausdruck geben, die die letzte Bestimmung über ihre Ordnung selbst zu treffen haben, in der sie leben wollen. Nur so funktioniert die Demokratie und wird der Staat ein lebendiger, sich entwickelnder, dynamischer Organismus sein und bleiben.

Die Sozialdemokraten betrachten den Staat nicht mehr als ihren Gegner, wie ihre Väter es Jahrzehnte hindurch tun mußten, weil dieser Staat sie bekämpfte und ihnen das Lebensrecht und die Menschenwürde vorenthielt. Die Arbeit der Sozialisten in den vergangenen hundert Jahren der Geschichte ihrer Bewegung hat Begriff und Inhalt des Wortes Staat merklich verändert. Er wurde ein *Volksstaat.* Die Wirklichkeit der staatlichen Organisation und Funktion begann sich von dem Prinzip zu lösen, daß allein die Obrigkeit Aufgaben und Zweck der Maßnahmen zu bestimmen hat, und entwickelt sich nach der demokratischen Sinngebung, unter der Kontrolle frei gewählter Bürgerdelegationen Selbstverantwortung zu fördern, Ordnung unter allgemeinem Recht zu erhalten, Wohlfahrt und Freiheit zu gewähren, soweit alle, und alle in gleichem Maße, daran teilhaben können. Die Vervollkommnung der Demokratie im Staate und in seinen Organen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die die SPD erkennt und vor sich sieht. Der Staat erscheint in diesem Sinne immer von neuem als Aufgabe der politischen Arbeit der Partei. Was immer sie aber fordert, wo immer sie in einzelnen Fragen Kritik an dem Staate und seinen Einrichtungen und Maßnahmen übt, wo sie andere Formen oder andere Inhalte oder beides erstrebt — stets geschieht es um des Staates und seines Ausbaues willen, zum Nutzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in der die Gesellschaft im Staate leben will.

Ein Ja zum Staate der Demokraten ist ein Nein zum totalitären Staat und zur *Autokratie.* Es gibt keine Brücke hinüber und herüber und keinen Verzicht auf Zeit. Das Bekenntnis zur Demokratie, das die SPD in ihrem Godesberger Programm abermals und unbedingt ausgesprochen hat, ist eine Kampfansage gegen eine Scheindemokratie, gegen eine Handhabung der Staatsführung, die sich demokratisch nennt, aber im praktischen Ablauf des täglichen Geschehens nur noch formalen Bezug zu parlamentarischer Mitwirkung hat. Wo das Bewußtsein der ständigen unmittelbaren Verantwortung der Regierung und vor allem auch des verantwortlichen Regierungschefs vor der Volksvertretung fehlt, wo es nicht greifbar für die Bürger des Landes wird, ist die Axt an die Wurzel des demokratischen Lebens und Wollens und der Institution selbst gelegt. Was danach kommt, das könnte nur das Chaos sein. Die SPD hat Anlaß gesehen, in ihrem Godesberger Programm nicht nur eindeutig gegen Totalitarismus und Diktatur Stellung zu nehmen, wie sie es stets in ihrer Geschichte theoretisch und praktisch — und praktisch häufiger und nachdrücklicher als theoretisch — getan hat, sondern auch ausdrücklich autoritäre, selbstherrliche, getarnt demokratische Methoden der Regierungsführung zu kennzeichnen, zu brandmarken und abzulehnen. Sie weiß und das deutsche Volk weiß es mit den Sozialdemokraten, wohin die Selbstherrlichkeit eines autoritär bestimmenden einzelnen führt. Die ersten zehn Jahre der Bundesrepublik Deutschland haben Lehren genug erteilt, daß es nötig ist, sorgsam darauf zu achten, daß nicht durch Akte der Verwaltung oder durch unmittelbaren Eingriff einzelne Menschen als Staatsbürger oder ganze Gruppen als Gemeinschaften verschiedener Bindung in ihrer Freiheit beeinträchtigt werden, daß sie nicht unter dem Druck von Furcht oder Existenzangst auf freie Aussage und freie Entscheidung verzichten. Bürger kann man nur im Bewußtsein der uneingeschränkten Gültigkeit des Rechtes sein. Die Macht der Mächtigen bedarf immer der schärfsten Kontrolle, und keine Macht darf in der Demokratie größer sein als die des Parlaments. Die Gefahr der faschistischen Entartung ist stets und in unserem Lande immer noch und auch neu gegeben — eine doppelt große und lebensbedrohende Gefahr. Die Aktivierung demokratischer Organisationen erscheint als eine Chance zum Schutze der Demokratie, die sorgfältig geprüft und erwogen und mutig genutzt werden muß.

Es hat seinen Sinn, daß in dem Programm der SPD nicht nur die Staatsgewalt vom Volke her betont wird, nicht nur die Verantwortlichkeit der Regierung vor dem *Parlament,* sondern daß es dort heißt, die Regierung sei *jederzeit* verantwortlich und bedürfe *ständig* des Vertrauens der Volksvertretung. Die Anerkennung des Bundestages, eines Parlaments allgemein, als des obersten Organs der demokratischen

Ordnung, ist ein weit mehr als nur formales Erfordernis, es ist notwendig für den Bestand der Demokratie in Deutschland. Reformen im Hause des Parlaments sind keine Voraussetzungen für sein erhöhtes Ansehen im Volke. Demokraten, die berechtigt sind, sich so zu nennen, müssen wissen, daß sie eine Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie eine Volksvertretung einsetzen und wählen: sie setzen damit die höchste Autorität im Lande ein, eine *königliche Kommission des Volkes*. Es ist die Aufgabe in der parlamentarischen Demokratie, daß die Idee der Mitverantwortung und Mitbestimmung aller Bürger sich durchsetzt, im Staate, in der Wirtschaft und in allen Formen des gemeinsamen Lebens. Von dem Bewußtsein des Menschen, Mitträger der Entscheidungen zu sein, lebt der *Staatsbürger* und lebt die Demokratie. Die Bürger lassen sich durch den Abgeordneten vertreten, der seinerseits zusammen mit seinen politischen Freunden als Mehrheit eine Regierung einsetzt. Er ist der Mittelsmann und zieht die Regierung zur Verantwortung, wie er seinen Wählern zu berichten und sich ihnen zu stellen hat. In dieser Doppelfunktion ist ein Abgeordneter wohl das hervorragendste Glied in der Kette der Helfer für das demokratische Leben. Der Bürger, der von seiner Regierung nicht untertänig als von seiner Obrigkeit, aber auch nicht hämisch als von einer exklusiven Gruppe Bevorrechtigter oder von Gegnern oder Feinden spricht, sondern selbstbewußt die Regierung als ihm über das Parlament her verantwortlich betrachtet, leistet in solcher Haltung einen großen Dienst für sein Land. Nur darf es nicht bei der Deklamation verbleiben; erst im ständigen Kontakt mit dem Abgeordneten seines Wahlkreises (nicht nur seiner Partei) verwirklicht sich, wenn der Bürger will, sein Einfluß. Das Maß hat er selbst zu bestimmen.

Dem legitimen, notwendigen Weg vom Bürger zum Parlament und zur Regierung verläuft, wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen, ein anderer nicht parallel, sondern störend quer, der Weg, den Gruppen und Klubs, *Verbände* und jene vielen großen und kleinen Verbindungen emsig beschreiten, die jeweils als *Union der festen Hand* ihre Interessen zu wahren und zu vertreten wissen, bis in die höchste Instanz. Auch diese und vor allem diese illegitimen, pseudo-demokratischen Einflußnahmen sind zu unterbinden. Die Demokratie gilt in allen Räumen des gemeinsamen Lebens der Nation, und in diesem Sinne gibt es keinen *(vor-parlamentarischen)*, in dem nicht auch wir, das ganze Volk, erwartungs- und hoffnungsvoll leben. Es gehört zur Verantwortlichkeit des Parlaments, wie auch das sozialdemokratische Programm sie sieht, daß es sich jenen rührigen Interessenten gegenüber durchsetzt, wo immer sie wirksam werden.

Indem das Programm die hervorragende und unbestreitbare Position des Parlamentes in der Demokratie betont, macht es die Abhängigkeit der *Regierung* von der Volksvertretung deutlich. Auch das ist eine Forderung und leider keine Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Hinter der Bestimmung des Grundgesetzes, Artikel 65,

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung

hat sich eine Praxis herausgebildet, die eine in ihren Einzelpersonen vielfach schwächliche Regierung noch unterstützt hat, daß nämlich die gewollte Form der politischen Führung zur Wirklichkeit der Ressort-Verwaltung gewandelt wurde, daß eine helfende Mitwirkung der Minister in Rede und Gegenrede, in Widerstand und Ringen um die bessere Lösung kaum spürbar geworden ist (und wo sie es wurde, fehlte es nicht an peinlichen Abschlüssen eines solchen Vorganges). Ein schwaches Kabinett aber ist eine Gefahr für die Demokratie, und auch unter dem geltenden Grundgesetz kann eine Regierung stark sein und braucht nicht unterwürfig zu scheinen. Das Staatsvolk hat wenig Vorbild gehabt. Entschlossenheit und Festigkeit am Fernsehschirm sind kein Ersatz für politisches Wirken am verantwortlichen hohen Platze. Das Verhältnis Minister und Untertan, das auch zu den Erfahrungen der Nachkriegszeit gehört, ist tödlich für die Demokratie. Nur mit Schmerz ist festzustellen, daß es seit Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zur Stunde kaum einmal einen offiziellen Akt der Regierung zur Belebung demokratischer Freudigkeit und Aktivität gegeben hat, der über vorgeschriebenes Recht und manifestierte Gesetzlichkeit hinausging. Die Demokratie ist aber angewiesen auf die ungeschriebenen Gesetze des Miteinander im guten Willen, auf Fairness im Denken und Handeln, sie ist *Lebenshaltung zu jeder Stunde* (Dr. Adolf Arndt, Parteitag in Godesberg).*

Für die Sozialdemokratie ist sie, wie Waldemar von Knoeringen, der Stellvertreter des Vorsitzenden der SPD, in Godesberg sagte, *ein Wert an sich*, und es bleibe das Ziel der sozialdemokratischen Politik *die Verwirklichung der Demokratie auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Tätigkeit.* Alle guten und nützlichen Gesetze, so meinte Knoeringen, seien ohne Wirkung und Tragfähigkeit, *wenn wir nicht imstande sind, das demokratische Bewußtsein dieses Volkes zu heben.* Der Pädagoge der Arbeitsschulidee, Georg Kerschensteiner, hat einmal zu Zeiten der Weimarer Republik den denkwürdigen Satz geschrieben: *Eine demokratische Staatsverfassung verlangt eine aristokratische Seelenverfassung*, ein hohes Wort mit einem nahezu unermeßlichen Auftrag an alle, die an verantwortlicher Stelle im politischen Leben des neuen Deutschlands stehen. Immer von neuem sind wir in unserem Lande der Gefahr ausgesetzt, in gründlicher Erfüllung vorgeschriebener Pflichten zwar die formalen Bedingungen demokratischen Verfassungsrechtes zu erfüllen — und bleiben dennoch

* Auch für die zweite und nun dritte Auflage dieser Bemerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD konnten leider keine Striche in diesem Abschnitt gemacht werden; seine Aussagen blieben alles in allem gültig, auch nachdem eine neue Bundesregierung gebildet wurde.

Schuldige vor der Idee des Gesetzes. Eine demokratische Verfassung zu schaffen, ist ein politischer Willensakt, aber in einer demokratischen Verfassung zu sein, ist ein Erfolg der Bildung und des historischen Bewußtseins.

✲

Das Godesberger Programm der Sozialdemokratie enthält die Feststellung, daß die SPD *zum Grundgesetz der Bundesrepublik steht.* Das ist ein Ja zu der demokratisch-freiheitlichen Tendenz des *Grundgesetzes,* es kann aber, wenn man die Reden zu Rate zieht, die auf dem Godesberger Parteitag auch von den Befürwortern dieses Satzes gehalten wurden, nicht als ein unbedingtes Bekenntnis zu allen Einzelheiten des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949 ausgedeutet werden. Insbesondere hat Dr. Adolf Arndt unterschieden zwischen diesem Staat, *wie er ist* und *wie er sein soll.* Er sagte in Godesberg.

> *Wir brauchen eine Offenheit des Staates zum Ziele der demokratischen Überwindung der Klassen. Wir brauchen eine Offenheit des Staates für die Freiheit des Geistes und die Freiheit des Glaubens.*

Das Grundgesetz als demokratische Verfassung bietet viele Voraussetzungen für eine in diesem Sinne zu leistende politische Arbeit, es bringt aber keinesfalls die Erfüllung. Noch sind nicht einmal alle Zusagen, die das Grundgesetz für die Ausgestaltung der Bundesrepublik im freiheitlichen Sinne gibt, verwirklicht.

Auch Verfassungsfragen sind Machtfragen, dieses Wort Lassalles gilt heute wie ehedem, und die Regierungskoalition in der Bundesrepublik, die durch ihre Politik und Maßnahmen die Bestimmungen des Grundgesetzes realisieren soll, weiß um die Anwendung der *Macht.* Es erscheint oft um so merkwürdiger und unwahrhaftiger in der Argumentation, wenn der Vorwurf erhoben wird, eine Partei wolle *Macht* gewinnen. Wozu arbeitet sie sonst? Soweit die Sozialdemokraten angesprochen sind, würde nach der Geschichte und dem bisherigen Verhalten der Partei bei den allzu seltenen Möglichkeiten einer Regierungsführung im Reiche ihre Beteiligung an der Macht bedeuten, daß dann eine legitime und lebendige Aktivität demokratischer Kräfte beginnt. Allerdings, die Sozialdemokraten erstreben diese Macht, und sie rechnen dabei auf die wachsende Unterstützung immer größerer Massen von Anhängern der Demokratie. Bisher haben sie seit Bestehen der Bundesrepublik ihre politische Mitarbeit im Bund als *Opposition* zur Regierung geleistet. Es war eine überaus schwierige Tätigkeit, die dennoch erfolgreich gewesen ist. Es wird kein Gesetz für eine Klärung der Position einer parlamentarischen Opposition geben können und niemand wird es erwarten. Das Verhalten einer Regierung zu ihrer Opposition kann als ein Prüfstein dafür angesehen werden, wie reif das demokratische Leben in einem Staate ist. *Regierung*

und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang, sagt das Godesberger Programm zu dieser wichtigen, bei uns zulande jedoch noch wenig bedachten Frage. Beide, Opposition und Regierung, tragen Verantwortung für den Staat – die Sozialdemokraten bekennen dies ausdrücklich und handeln danach. Eine Regierung muß sich bewußt sein, daß sie *auf Zeit* gewählt ist, daß sie abgelöst werden kann. Was immer sie tut oder unterläßt – ihr Gegner und wahrscheinlicher Nachfolger in der politischen Führung des Staates hat es *auszubaden,* hat die Folgen zu tragen. Wie selten beachten wir Ursache und Folgen und wie gut wären wir oft beraten, wenn wir diesen Zusammenhang besser berücksichtigten! Wenn Regierung und Opposition indessen nur miteinander sprechen, um diese Tatsache melden zu können, jedoch weder etwas von Bedeutung erörtern, noch miteinander diskutieren, so ist ein solcher *Empfang der Opposition* nichts als eine Täuschung der Öffentlichkeit darüber, es sei eine gute demokratische Handlungsweise geübt worden. Das politische Gespräch ist auch nach den Jahren der Zwangsherrschaft in unserem Lande, in denen es keine Auseinandersetzung männlich-offener Art gegeben hat, nicht wieder aufgelebt, weder das der Politiker noch das der Presse untereinander, die es einmal besonders gepflegt hat. Das unterblieb zum Schaden des Ausbaus der Institutionen der jungen Demokratie. Regierung und Opposition verlieren nichts von ihrer Souveränität, wenn sie miteinander auch hinter verschlossenen Türen sprechen, solange sie sich ihrer Verantwortung vor dem Volke bewußt sind. Das Grundgesetz hat hierzu keine Bestimmung getroffen. Die Wirklichkeit und der gute Wille sollten es vervollständigen.

✲

Die Sozialdemokratie hat das Grundgesetz von seiner Errichtung an niemals als die Verfassung für Deutschland angesehen, sondern sich auch hier streng an die Tatsache gehalten, daß die Bundesrepublik ein Teil des Ganzen ist und daß *das gesamte deutsche Volk aufgefordert bleibt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden* (Präambel zum Grundgesetz). Aus dieser Einstellung hat das Grundsatzprogramm der SPD im ersten Absatz des Kapitels über die staatliche Ordnung gesagt, daß die Partei im Sinne des Grundgesetzes handele, indem sie *die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit* erstrebe. Die *Wiedervereinigung* aller Teile Deutschlands ist ein wichtiges, zur Zeit der Entstehung des Godesberger Programms das wichtigste Ziel sozialdemokratischer politischer Arbeit, und die Reden, die zum Programm gehalten wurden und die Zustimmung des Parteitages ohne Einschränkung fanden, haben keinen Zweifel über seine Bedeutung gelassen. Die SPD ist überzeugt davon, daß *die Spaltung Deutschlands den Frieden bedroht.* Ihre Sprecher haben es von allen Pulten herab immer und immer wieder gesagt, häufiger,

leidenschaftlicher als vieles andere. Die Überwindung der Spaltung wird von der Partei als *lebensnotwendig für das deutsche Volk* angesehen. Es heißt in dem Programm:

> *Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können.*

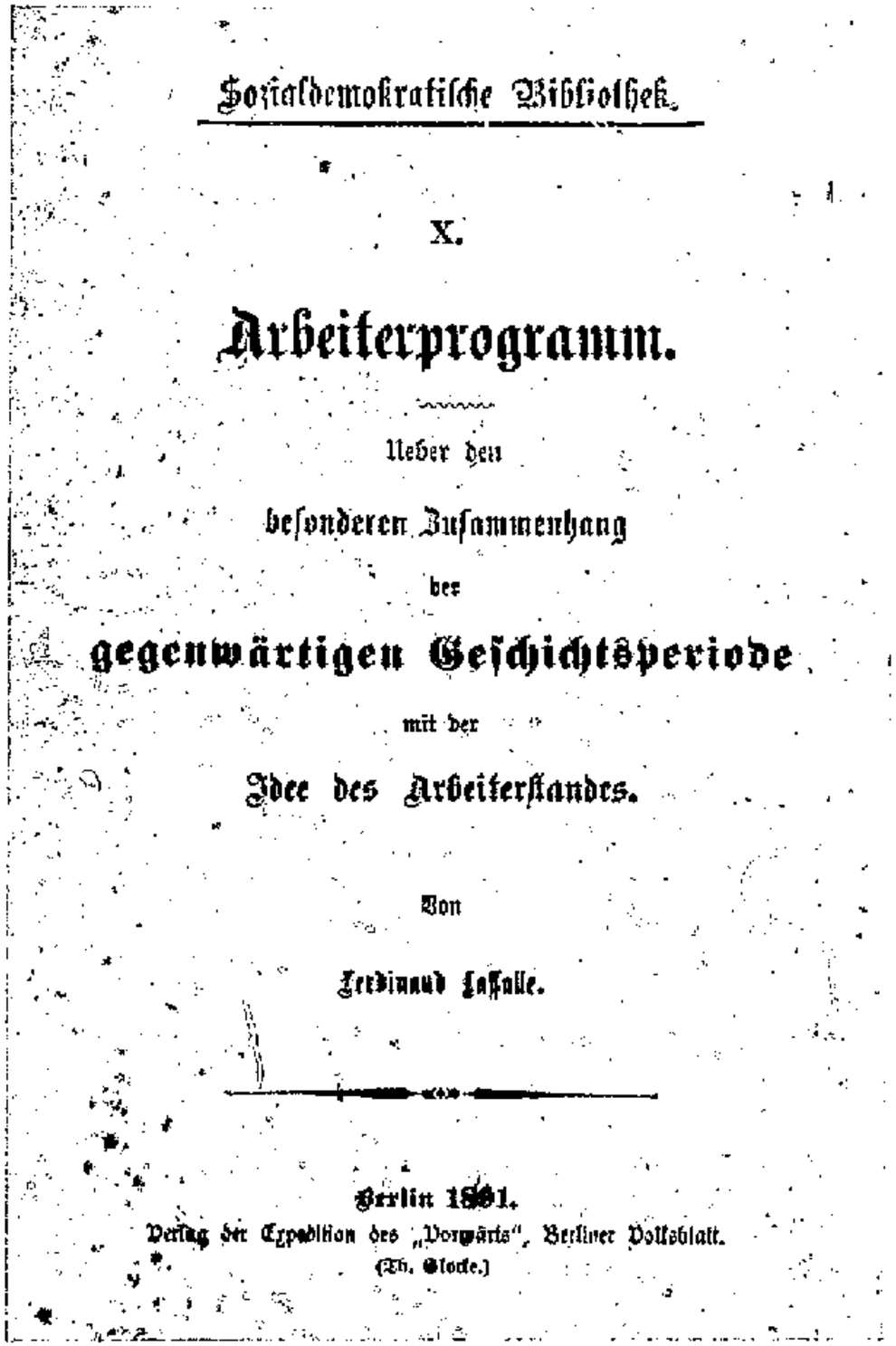
Mit diesem Satz hat die Sozialdemokratie ausgesprochen, daß auch die Deutschen dann, wenn das ganze deutsche Volk in freier Selbstbestimmung gesprochen hat, erneut vor die Frage einer Verfassung gestellt werden, wie sich die Partei selbst ebenfalls der Notwendigkeit stellt, ihr Grundsatzprogramm dann zu überprüfen.

Diese Situation behält die Partei vor Augen, wenn sie in der Bundesrepublik arbeitet. Nichts darf geschehen, so haben ihre verantwortlichen Männer und Frauen wiederholt gesagt, was die Entwicklung zueinander erschweren oder gar verhindern könnte. Deutschland, nicht die Bundesrepublik, muß am Ende allen Tuns stehen.

Wer so denkt, der muß dann freilich bei der Beschlußfassung über außenpolitische Fragen, über wehrpolitische Maßnahmen, über Bündnisse und Bindungen, die zu langfristigen Verpflichtungen führen, rechtzeitig und warnend darauf hinweisen, daß von hier Gefahr für Deutschland drohe. Das haben die Sozialdemokraten getan, und manchmal ist es ihnen in Verkennung der Motive ihres Handelns von einer oft wenig unterrichteten oder auch von politischen Gegnern falsch informierten Öffentlichkeit verübelt worden. Niemand ist berechtigt, daran zu zweifeln, daß die demokratischen Sozialisten die *Gemeinschaft mit der westlichen Welt* heute so bejahen, wie sie es immer getan haben – lange vor den deutschen Konservativen und Liberalen. Warum noch eine pathetische Beteuerung? Da darf es keine Kompromisse geben und kein Mißverstehen, das durch phrasenhafte Propaganda und Ablenken von dem Kern der Entscheidung hervorgerufen wird. Heute ist es gegenüber der Zeit vor wenigen Jahren fast selbstverständlich, auf den gefährlichen Widersinn des Umweges über eine *Politik der Stärke* hinzuweisen, wo eine *Politik der Vernunft* möglich war. *Wahrscheinlich wird es überhaupt die Aufgabe der SPD sein, die Frage der Wiedervereinigung einer Lösung praktisch zuzuführen.* Sie denkt jenseits von Pathos und denkt nüchterner und hat die größere praktische Erfahrung im Umgang mit ihrem schärfsten und unversöhnlichsten Gegner, dem Kommunismus. Sie ist auch frei von materiellen Erwägungen und ist weder von Interessenten gehemmt noch gedrängt, wenn sie einen würdigen Weg für eine Wiedervereinigung der Teile Deutschlands sucht. Doch es war nicht Aufgabe des Grundsatzprogramms, zur aktuellen Politik Vorschläge zu machen. Das bleibt immer einem zeitbedingten Regierungsprogramm überlassen, das die SPD stets nach den gegebenen Tatsachen ausmessen wird.*

---

* Siehe Anhang: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Wiedervereinigung



Sozialdemokratische Bibliothek.

X.

Arbeiterprogramm.

Ueber den

besonderen Zusammenhang

der

gegenwärtigen Geschichtsperiode

mit der

Idee des Arbeiterstandes.

Von

Ferdinand Lassalle.

Berlin 1891.

Verlag der Expedition des „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

(Th. Glocke.)

Faksimile der Titelseite „des Arbeiterprogramms" von Lassalle

Erich Ollenhauer
gestorben am 14. Dezember 1963

Die Sozialdemokraten sind nüchtern genug zu wissen, daß sie eine *Partei* neben anderen sind, die (insgesamt) die deutsche Politik zu bestimmen trachten. Würde jede ihre politischen Absichten so unverhüllt und geschlossen darstellen und bekennen, wie es die Sozialdemokraten mit ihrem Programm getan haben, so würde der Wunsch, den das Godesberger Programm ausspricht, um so eher in Erfüllung gehen können, daß *ein gleichberechtigter Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien* stattfinde, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit gewinnen. Dann wollen sie, wie könnte es anders sein,

> *Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus formen.*

Es ist ein legitimes Anliegen und sogar die staatsbürgerliche Pflicht einer politischen Partei, sich durchsetzen zu wollen. Keine Partei, die demokratisch zu arbeiten gewillt ist, kann außerhalb der Gesetze wirken, auch dann nicht, wenn sie in der Regierung ist. Es wird darauf ankommen, wer die besseren, die dem Volk nützlicheren Gesetze macht. Die SPD will, wir legten es dar, den Bundestag, die gewählte Volksvertretung, wirkungsvoller über die Regierung stellen. Neben der gesetzgebenden Gewalt, dem Parlament, und der von ihm eingesetzten und ihm verantwortlichen Regierung ist eine dritte Macht im Staate vorhanden, eine wirkliche Macht, indessen auch in den Grenzen der Gesetze, die *Rechtsprechung*. So hat es das Godesberger Programm erneut bestätigt. Sie stehen nebeneinander, die Träger der drei Gewalten, und sie haben Befugnis zueinander, damit niemand die Willkür an die Stelle des Rechtes setzen kann. Das war seit eh und je eine Forderung der Demokraten, und die Sozialdemokraten haben sie auf ihren Programmen, solange es ihre Partei gibt, durch die sie sich praktisch an der Erfüllung der staatlichen Aufgaben, und sei es als Opposition, beteiligen können. Dieser Teilung der öffentlichen Gewalt steht eine Gliederung zur Seite: Bund, Länder und Gemeinden sollen sich, so fordert das Godesberger Programm aus der gesicherten Erfahrung sozialdemokratischer Mitarbeit in vielen Jahrzehnten, die Macht teilen, die die Gesellschaft ihnen gibt. Auf diese Weise sollen sie

> *die Freiheit stärken und dem Bürger durch Mitbestimmung und Mitverantwortung Zugang zu den Institutionen der Demokratie geben.*

Das Bekenntnis der Sozialdemokraten zur *Gemeindefreiheit* und zur bürgerlichen Selbstverwaltung ist tief verankert in der Anschauung, daß der Mensch und zuerst der Mensch der Sinn und die Aufgabe der staatlichen Ordnung ist. Die intensive und überaus erfolgreiche Mitarbeit sozialdemokratischer Delegierter in den gemeindlichen Körperschaften ist Beweis genug dafür, wie ernsthaft die SPD dieses Prinzip realisiert. Die Führung der Länder hat vor und nach der Zwangsherrschaft der Nationalsozialisten viele Jahre (und in Preußen sogar überwiegend) in den Händen der Sozialdemokraten gelegen. Sie haben dort in ständig engstem Kontakt mit der

Bevölkerung insbesondere auch nach 1945 vorbildliche und anerkannte Arbeit geleistet. Ihre Erfahrungen lassen es als ein dringendes Erfordernis erscheinen, so sagen die Sozialdemokraten, daß die Beziehungen zwischen Regierung oder Gemeinde- und Kreisverwaltung auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung auf das sorgfältigste organisiert werden. Von einer Mitarbeit der Bürger gehen starke Ströme einer demokratischen Kraft aus, die sich förderlich und anregend auch auf die Bundespolitik und Bundesführung auswirken.

Die Mitwirkung der Bürger in der Selbstverwaltung, wie sie etwa in den Deputationen der Hansestädte verwirklicht wird, hat sich als ein wirksames Mittel gegenüber Behördenwillkür und Bürokratie erwiesen. Nicht die Beamtenschaft in den Behörden, sondern das System der Übertragung von Aufgaben an Behörden ohne die Mitwirkung von Bürgern ist mit dem Vorwurf zu belasten, daß sich die Bürokratisierung längst zu einem schweren Hemmnis in der Entwicklung der Demokratie (in der Bundesregierung) ausgebildet hat. Der Staat hat sich weit mehr als in früheren Jahrzehnten zum Träger von Aufgaben gemacht, mit deren Erfüllung er tief in das Leben des einzelnen Bürgers eingreift. Der moderne Staat – und nicht zuletzt auch die Bundesrepublik Deutschland – nimmt auf einigen Gebieten (wie sie ihm zweckmäßig erscheinen) eine Planungsfunktion wahr, trachtet sie sogar ständig zu erweitern, wie sie in dieser Art und Intensität von demokratischen Sozialisten niemals erdacht wurde oder gutgeheißen werden kann. Sogar was der Bürger lesen soll und was nicht, das plant und bestimmt der Staat, und das ist in diesem Falle vor allem die Bürokratie. Sie repräsentiert den Staat zugleich in ungezählten Körperschaften und Organen, die oft auch freie bürgerliche Gesellschaften darstellen, in denen der zur Verwaltung und nicht zur Legislative bestellte Funktionär die Staatsbürger kontrolliert und sogar lenkt oder auch beherrscht. Hier ist durch Verstärkung der bürgerlichen Selbstverwaltung ein Riegel nötig, der die Grenzen gegeneinander sichert, nicht zuletzt im Interesse des Staates und seiner Beamten. Wir halten die Mitgliedschaft von Beamten in Rundfunkräten und ähnlichen Gremien, wenn sie im Staatsauftrag ausgeübt wird, für einen Grenzübertritt der Exekutive.

Die Zahl der von einer großen Öffentlichkeit als unzulässig empfundenen Eingriffe in freie Funktionen der bürgerlichen Gesellschaft ist in den zehn Jahren Bundesrepublik ständig größer geworden. Diese Erfahrungen und frühere gleicher Art haben die Sozialdemokratie veranlaßt, erneut den alten Grundsatz der *Pressefreiheit* – ausgedehnt auch auf die neuen Publikationsmittel Film, Rundfunk und Fernsehen – abermals und in aktueller Bezugnahme zu betonen. Im Godesberger Programm ist dies mit dem ausdrücklichen Zusatz geschehen, daß diese Publikationsmittel *öffentliche Aufgaben erfüllen.* Das will besagen, daß sie nicht nur den kommerziellen oder politischen oder kulturpolitischen Wünschen der Herausgeber oder Eigentümer von

Zeitungen, Zeitschriften, Filmen, Rundfunkdarbietungen und so weiter dienen, sondern, indem sie den besonderen Schutz des Staates für ein freies Wort beanspruchen und erhalten, wie das Grundgesetz der Bundesrepublik es festlegt, auch eine den Staat fördernde, ihm und der Gesellschaft nützliche Aufgabe erfüllen, eine öffentliche Aufgabe. Sie müssen für diese Aufgabe garantierte Freiheit genießen. Das ist eine der Grundvoraussetzungen des demokratischen Lebens, das erstirbt, wenn das freie Wort getötet oder auch nur gelenkt wird. Der Staat und die Gesellschaft haben andererseits ein lebenswichtiges Interesse daran, daß diese Freiheit wie nach außen, so auch nach innen garantiert wird, daß sie *gegen Interessentendrucke gesichert* ist, daß also die Journalisten, die das freie Wort als Meinung oder Kommentar schreiben und die freie Nachricht sammeln, bearbeiten und verbreiten, dies im Rahmen freiwillig eingegangener Bindungen an eine allgemeine Richtlinie für die Tendenz des Organs, in dem sie arbeiten, unbehindert tun können. Kommerzielle Erwägungen des Eigentümers eines Publikationsmittels dürfen die Freiheit der Entscheidungen nicht einengen. Wer öffentlichen Schutz für Meinungsfreiheit und für die Verbreitung von Nachrichten beansprucht, der muß zuvor den Kompromiß zwischen kaufmännischer Erfolgshoffnung und staatsbürgerlicher Verpflichtung zur Wahrnehmung öffentlicher Angelegenheiten mit allen möglichen Folgerungen für sich selbst abgeschlossen haben. Das Ethos des Herausgebers in Presse, Film oder Funk ist im modernen und im alten Sinne uneingeschränkt das Ethos des königlichen Kaufmannes: *Die Fregatten segeln für mein Haus und für mich. Aber die Flagge, die sie schützt, verpflichtet das Schiff für mein Land. So ist an Bord der Kapitän der König, nicht ich!*

Im Ausgleich aller Interessen entscheidet in einem Rechtsstaat das ordentliche und unabhängige *Gericht.* Die Sozialdemokraten haben uneingeschränkt Gerechtigkeit und Menschenwürde bejaht, stets, auch und besonders im Godesberger Programm. Gerechtigkeit ist Menschensache, ist Suche nach jener Wahrheit, der wir nahekommen, die wir aber nicht erreichen. Soweit jedoch Menschen berufen werden können, Gerechtigkeit zu suchen, müssen sie es ungebunden und nur ihrem Gewissen verpflichtet tun können. Darum *bedürfen die Richter der äußeren und inneren Unabhängigkeit,* so sagt das Programm, *um im Namen des Volkes allein dem Recht zu dienen.* Ehrenamtliche und beruflich tätige Richter sollten, so wünschen es die Sozialdemokraten, gemeinsam an der Rechtspflege beteiligt sein. Die Forderung entspringt der Erfahrung, daß der aus dem bürgerlichen Leben in den Gerichtssaal berufene Mit-Richter (Laie) aus einer ständigen und natürlichen Beziehung zu den Vorgängen im Alltag wahrscheinlich zuverlässiger das vielfarbige Leben mit der juristischen Verpflichtung des beamteten Richters verbinden kann. Möglich, daß auf diese Weise die Wahrheit besser erkannt wird, als wenn das Netzwerk der gesetzlichen Formeln über den Angeklagten

geworfen wird. Und wenn nur einmal ein Unrecht verhindert wird, so wäre die Berufung und Mitwirkung des Laien-Richters auf jeden Fall gerechtfertigt.
Die Stellung des Richters sollte so ungewöhnlich sein, daß sie nicht durch Hilfskonstruktionen und Nebenaufträge ersetzbar erscheint: *Nur unabhängige Richter dürfen Kriminalstrafen aussprechen.*
Auf dem Godesberger Parteitag (und vorher in den Diskussionen in der Partei) waren die Meinungen darüber, ob in der Bundesrepublik dieser Grundsatz heute schon praktisch gilt, geteilt. *In einem freiheitlichen Staat,* so sagte Dr. Adolf Arndt in Godesberg zu dieser Frage, *können Strafen ausschließlich von Richtern und von niemand anderem verhängt werden,* und er fuhr fort:

> *Es gehört nämlich zu unserer Abwehr des Autoritären, daß wir dem Übermut der Ämter begegnen und daß die Exekutive und die Verwaltung sich nicht Befugnisse anmaßen, die ihnen gar nicht zustehen.*

Das Programm hat sich mit einem Satz, der hier zitiert werden soll, einem in der Gegenwart noch immer höchst bedeutsamen und bedauerlichen und auch höchst undemokratischem Zustand zugewandt, den zu ändern als eine der dringlichsten Aufgaben erscheint:

> *Wirtschaftliche Überlegenheit oder Schwäche dürfen keine Folgen für den Rechtsweg oder für die Rechtsprechung haben.*

Es ist eine Frage der richterlichen und der rechtlichen Moral in einem Volke, ob die Rechtsprechung sich wirtschaftliche Überlegenheit oder Schwäche anschaut und danach urteilt. Wir möchten unterstellen, daß ein solcher Vorgang wohl zu den größten Seltenheiten gehört — doch ist er nicht unmöglich und bedürfte der allerschärfsten Ahndung, wo er vorkommt. Hier dürfen auch richterliche Unabhängigkeit und Souveränität keine Grenzen bieten, und vielleicht ist es angebracht, daß einmal mehr als weniger geprüft wird, wo Vorwürfe dieser Art tatsächlich erhoben werden. Indessen sind wirtschaftliche Überlegenheit und wirtschaftliche Schwäche tatsächlich wichtige Faktoren, wenn der Rechtsweg beschritten wird. Kaum jemand wird nicht schon ein Beispiel dafür erlebt haben, daß auf den Rechtsweg verzichtet wurde, weil die Kosten unerschwinglich waren oder weil mit Sicherheit vorausgesehen werden konnte, daß der Streitgegner vermöge seiner wirtschaftlichen Kraft in der Lage sein würde, einen jahrelangen Prozeß bis zu den höchsten Instanzen durchzuhalten, der dem Kläger unmöglich war. Hier liegt eine schwere und unmittelbare Beeinträchtigung der Gleichheit vor dem Gesetz vor, die nicht abgestritten werden kann durch Hinweise auf bestehende formale Vorschriften. Die Praxis ist leider nüchterner und so hart, daß der Schwache dem Starken unterlegen ist. Das ist zu ändern! Und das sozialdemokratische Programm will diese Änderung herbeiführen helfen.

Zugleich und nicht minder dringlich ist die Forderung zu erfüllen, die ebenfalls in dem Programm erhoben wird:

> *Die Gesetze müssen der gesellschaftlichen Entwicklung zeitgerecht angeglichen werden, damit sie nicht zum Rechtsbewußtsein in Widerspruch geraten, sondern der Verwirklichung der Rechtsidee dienen.*

Es mag bezeichnend sein, daß über diese Formulierung auf dem Parteitag in Godesberg kaum diskutiert wurde. Sie wurde allgemein als notwendig und zeitgemäß empfunden und bejaht. Das Bewußtsein der Öffentlichkeit für Recht und Gesetzlichkeit ist sehr wach, wenn auch nicht immer sehr zuverlässig. Aber das ist zu prüfen, und dafür sind die Einrichtungen des Rechtsstaates vorhanden, das Parlament, die Regierung, die höchsten Gerichte. Diese Tatsache unterscheidet den Rechtsstaat von dem Willkürstaat der dreißiger Jahre, in dem das Wort *Rechtsbewußtsein* in dieser oder anderer Fassung zum Vorwand für Unrechtstaten schlimmster Art verwendet wurde. Wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit sich ändert — und sie wandelt sich ständig mit den Erfindungen und Entdeckungen, mit der Steigerung der Produktion der Gesellschaft, mit den Erfahrungen und Enttäuschungen der Menschen — so ändern sich mit ihr die Werte und Werturteile und also auch das Bewußtsein für Recht und Unrecht im einzelnen Vorgang. Da hat das Parlament seine Aufgabe, und die Regierung wird zu prüfen haben und die Gerichte, wenn nötig, zu entscheiden, bis der Gesetzgeber das letzte Wort spricht. So entsteht aus Rechtsempfinden Recht, und der Gerechtigkeit kann Genüge getan werden.
Wider Erwarten ist nach Veröffentlichung des Grundsatzprogramms in der Öffentlichkeit die Frage erhoben worden, wie es die Sozialdemokraten denn mit der *Todesstrafe* hielten, die im Programm nicht erwähnt sei. Die Frage sollte überflüssig sein. Wer das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen dem Staate vorordnet, kann nicht die Todesstrafe als eine in der Ordnung staatlicher Zuständigkeiten zulässige Möglichkeit anerkennen. Die Sozialisten haben stets *nein* zur Todesstrafe gesagt — worin sie sich abermals und immer wieder auch von den Kommunisten unterscheiden. Der Staat soll kein Verfügungsrecht über das Leben der Menschen haben.

Der Bürger-Soldat

Solange es noch keine allgemeine und respektierte Ordnung der Völker auf dieser Erde gibt, sind die Staaten in Gefahr; solange es noch Diktaturen in der Welt gibt, sind Demokratien besonders gefährdet. Der freie Bürger, der sich als Bestandteil, ja als eigentlicher Kern des Staates fühlt und sich dieser Position bewußt ist, die ihn zugleich zum Herrn über den Staat macht, muß und will für diesen Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung einstehen. Die Verteidigung des Landes ist also *Bürgersache* und nicht Sache einer exklusiven Schicht. Ehe es den Bürgern gelang, die Waffen den Händen der Fürsten und ihrer Privatarmeen zu entreißen und sie selbst zu handhaben, und solange die Kaste der Offiziere aus fürstlichen und stamm- und schichtverwandten Häusern und aus unmittelbar oder mittelbar dienstbaren Geschlechtern vom Fußvolk getrennt war, gab es keinen Bürger-Soldaten. Nur im Geiste der Bürger-Armee, des Bürger-Soldaten wird die Landesverteidigung eine Sache des ganzen Volkes. Darum stehen der Bürger und sein Staat und nicht das Militär im Mittelpunkt der staatlichen Ordnung, so wichtig der militärische Sektor für sich selbst ist. Er ist ein Teil des Ganzen, des Staates und seiner Organe, und seine Bedeutung steigt und fällt, je nach der politischen Lage und den menschlichen Kräften und Möglichkeiten, den Frieden anders als durch militärische Macht zu sichern. Es ist ein Zeitpunkt erreicht, an dem der Krieg als Mittel der Politik nicht mehr sinnvoll ist. Darum wird *Sicherheit durch Waffen* immer mehr eine fragwürdige These.

Sicherheit durch Politik wird die Aufgabe künftig heißen. Sie ist sehr viel schwerer zu erfüllen als die primitivere Aufgabe des Waffenschmiedens und der Waffenbündnisse. Führung und Verteidigung durch Moral, durch Haltung, durch Vernunft, durch Mäßigung, durch Klugheit, Festigkeit und Mannhaftigkeit — für viele Deutsche, die über Fragen der Landesverteidigung nachdenken, die *Politik* treiben, die geschichtlich bewandert sind, ist das dennoch eine nahezu unbegreifliche Vorstellung. Sie ist aber und vor allem heute realistisch genug, um den Erfolg zu erreichen. Die Sozialdemokraten wissen, daß die Zeit der Waffen noch nicht vorüber ist; sie bedenken aber auch, daß Milliarden für Rüstungen, so nötig sie erscheinen, verhindern, daß Milliarden für Bildungszwecke, für die Gesundheit der Menschen, für die Förderung der Jugend, für

die internationale Gemeinschaft der Völker in friedlicher Arbeit ausgegeben werden. Das Grundsatzprogramm der SPD hat die Stellung der Partei zur Landesverteidigung noch einmal eindeutig gekennzeichnet. Dieser Abschnitt des Programms (über die Landesverteidigung) wurde mit der großen Mehrheit von 317 gegen nur 23 Stimmen angenommen, nachdem der Parteitag an der Vorlage einige Änderungen vorgenommen hatte, die aber das Prinzip nicht angetastet haben. Der Kernsatz lautet:

> *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.**

Zu keiner Zeit, seit es Sozialdemokraten in diesem Lande gibt, war die Stellung zur Landesverteidigung im Grundsatz und in der Praxis anders: immer haben die Söhne und Väter als Soldaten ihre Pflicht getan, und die Opfer sind ungezählt, die auch und besonders aus den Reihen der Sozialdemokratie für Volk und Land gebracht wurden. Die Zahl der Ausgezeichneten ist in jedem Kriege groß gewesen, die Zahl derer nicht minder, die den Krieg haßten und den Frieden als Segen für die Menschheit erstrebten. Es ist richtig, daß die Sozialdemokratie *kein besonderes Verhältnis zum kaiserlichen Heer* gehabt hat. Das war so, weil die Führer dieses Heeres und an ihrer Spitze der Kaiser selbst kein Verhältnis zu denen hatten, die in diesem Heere dienten und die Masse der Soldaten stellten. Wenn irgendwo, so prägte sich dort der Klassencharakter der Kaiserzeit scharf und verletzend aus — zum Schaden des Regimes und des Landes.

Ein Programm der Sozialisten zur Frage der Landesverteidigung ist ohne ein Bekenntnis zu einer allgemeinen *internationalen Rechtsordnung* unmöglich, die, so will es das Grundsatzprogramm, *nationale Landesverteidigungen ablösen wird*. Diese Organisation des Rechtes über die Grenzen des Landes und aller Länder hinaus ist die Aufgabe der Politik, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu treiben haben wird, damit der Friede in der Welt gesichert und bewahrt werden kann. Solange es eine sozialdemokratische Politik gibt, solange gibt es reale politische Überlegungen, die dazu dienen sollten, den Frieden zu bewahren und zu sichern. Es muß sich der Grundsatz durchsetzen, daß die Achtung vor der Rechtsordnung der Völker dem Gesetz vorangeht, das die Beachtung des Landeswohles fordert. Das Wohl des Landes ist begründet und geschützt in der rechtlichen und sittlichen Geborgenheit jeder Nation in der Völkerfamilie. Damit ist auch eine verbindliche Aussage zum Thema Landesverrat und Geheimnisschutz getan, zu einem Thema, das in Deutschland stets mit viel Romantik, Autoritätsglauben und Willkür behandelt wird.

---

* Siehe Anhang: Beschlüsse der Partei von Hannover und Köln zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik

Noch gibt es eine internationale Rechtsordnung in diesem Sinne nicht, die auch mit Machtmitteln auszustatten sein würde, um Zusammenstöße aus örtlichen Zwistigkeiten verhindern zu können. Aber sie wäre auf dem Wege, wenn die Länder und Völker, die Mitglieder der *Vereinten Nationen* sind, diese Organisation zu entwickeln und zu stärken bemüht blieben, so daß sie über den nationalen Regierungen als eine respektierte Institution internationaler Gesetzlichkeit waltet. Die SPD hätte es lieber gesehen, wenn diese Ordnung geschaffen worden wäre, ehe die Völker nach dem furchtbarsten aller bisherigen Kriege abermals darangingen, sich zu rüsten. Es lag nicht in ihrer Hand, wenigstens die deutsche Politik ganz auf dieses Ziel zu richten.

Auf dem Wege zu diesem Ziel liegt ein Abkommen der Mächte in allen Erdteilen, das eine allgemeine *Abrüstung* ermöglichen soll. Man weiß, daß seit Jahren Bemühungen vorhanden sind, sie zu erreichen. Dem Beobachter, der die Einzelheiten dieser Unternehmungen zu erfahren Gelegenheit hat, drängt sich der Eindruck auf, daß Worte und Taten zu oft in einem unnötigen Gegensatz zueinander stehen, daß konservatives Festhalten an überkommenen Formen und daß immer wiederkehrende Befürchtungen den Mut nicht zur Entfaltung kommen lassen, mit dem die Völker neue Methoden des Zusammenlebens entwickeln müssen, um überhaupt leben zu können. Abrüstung ist, wie diese Welt nun einmal beschaffen ist, ohne Kontrolle durch Freunde und Gegner nicht sinnvoll und ist unmöglich. Es wird der nüchternen Realpolitik der Sozialdemokraten überlassen bleiben, so scheint es, eine wirkliche Abrüstung und uneingeschränkte Kontrolle zu vereinbaren, der Sozialdemokraten hüben und drüben, in diesem Lande und in anderen Ländern. Wir zögern zu glauben, daß andere politische Gruppen es so ernst meinen wie die Sozialisten – sie hatten ausreichend Gelegenheit, unser Mißtrauen durch Taten zu zerstreuen. Darum ist die Aussage im Grundsatzprogramm der SPD von besonderer Bedeutung, daß *eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung* das Ziel der Politik dieser Partei sein wird.

Solange weder eine internationale Rechtsordnung noch eine effektive Abrüstung die nationale Landesverteidigung überflüssig machen, wird die Sozialdemokratie mit Rat und Tat die Verteidigung dieses Landes entwickeln helfen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik, so ausbauwürdig sie auch ist, muß des vollen Einsatzes ihrer Bürger sicher sein. Es gibt keine Distanz der SPD zur Bundeswehr. Der Parteitag in Godesberg lehnte die Anträge ab, die eine Miliz an Stelle der Bundeswehr forderten, und auch die, die eine allgemeine Wehrpflicht festzulegen trachteten. Die Partei will die *Wehrverfassung*, die Form, Organisation, Gliederung und Bewaffnung der Landesverteidigung, nach der politischen und geographischen Lage Deutschlands einrichten. Nicht Tradition, nicht Prestige, sondern allein der Zweck und die besondere Aufgabe sollen entscheiden. Das haben andere Völker nicht

anders geordnet; insbesondere auch die Deutschland umgebenden Völker folgten diesem Grundsatz. Israel, von drei Seiten von Völkern umgeben, die es *auslöschen* wollen, hat etwa zwei Millionen Einwohner, denen über vierzig Millionen Gegner hinter freien Grenzen gegenüberstehen. Bei dieser *politischen und geographischen Lage* schien es den Führern des Landes Israel angebracht, eine dreijährige Wehrpflicht für Männer und eine zweijährige Pflicht für Frauen anzuordnen, in der auch die Frauen an der Waffe ausgebildet werden. Deutschlands geographische und vor allem politische Situation ist derart, daß auch schon der Eindruck vermieden werden muß, als nähre jemand in diesem Lande die Hoffnung, irgendwelche deutschen Wünsche und Träume könnten durch militärische Maßnahmen erfüllt werden. Nichts erschwert die politische Aufgabe, die für Deutschland zu lösen ist, so sehr wie das Mißtrauen gegen uns, das überall lebendig ist, westlich und östlich, nördlich und südlich der Grenzen und das an den verantwortlichen Stellen größer ist als in den Volksmassen, auch wenn diplomatische Höflichkeit und zweckvolle Verbindlichkeit das nicht immer erkennen lassen. Wir haben alles zu tun, um zu beweisen, daß es unberechtigt ist. Hier sind jedoch nur die Politiker zuständig und nicht die Militärs. Der Wille zur Selbstbehauptung ist jederzeit eine sittliche Haltung freier Menschen und Völker gewesen. *Die Landesverteidigung muß . . . daher die Grenzen wahren,* so sagt das Programm von Godesberg, *die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen.* In diesem Satze sind die entscheidenden politischen Forderungen enthalten, in deren Diensten auch eine Wehrorganisation des Landes steht: internationale Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung. Damit sind aber auch zugleich die Bedingungen genannt, die für die Entfaltung militärischer Macht gegeben sind. Die *Politik* hat den Vorrang, unabdingbar und ohne Wenn und Aber. Um der Entspannung willen, um der Abrüstung willen, um der Wiedervereinigung willen muß die militärische Macht in den Grenzen gehalten werden, die diese politischen Ziele erreichbar erscheinen lassen. Das ist vor allem auch eine Konsequenz aus den Tatsachen der jüngsten deutschen Geschichte, eine unausweichliche Folgerung aus der internationalen und nationalen Situation von heute, gleichgültig, wie sie entstanden ist. Kein anderes Volk hat mehr als das deutsche die Pflicht, jedem Versuch zu einem internationalen Ausgleich der Interessen der Völker oder politischen Blöcke hilfreiche Hand zu bieten. Einer der Diskussionsredner auf dem Parteitag in Bad Godesberg, Professor Dr. Heinz-Joachim Heydorn, faßte die deutsche Lage in der Wehrpolitik wie folgt zusammen:

> *Die ganzen Bemühungen dieser Zeit und der nächsten Jahre – das ist keine Frage der aktuellen Politik, sondern die Aufgabe für eine ganze Generation – müssen darin bestehen, einen Ausgleich zwischen den*

großen Machtblöcken zu schaffen, der jetzt in einer hoffnungsvollen Weise jedenfalls angefangen hat. Dieser Ausgleich ist dort am stärksten gefährdet, wo Völker einer widernatürlichen nationalen Spaltung unterworfen worden sind. Hier ist die Möglichkeit am größten, die Kriegsgefahr wieder zu steigern, weil die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen hier anders gelagert sind als bei Nationen, die in Übereinstimmung mit sich selbst leben, und weil hier auch immer die größten Interessentengruppen vorhanden sind, stärker als irgendwoanders in der Welt, die — das wissen wir aus der deutschen Erfahrung — an der Aufrechterhaltung des Kalten Krieges interessiert sind.

Das deutsche Volk ist auch subjektiv in einer anderen Lage, weil es die Frage seiner Wiedervereinigung klären muß und weil es ohne die Klärung dieser Frage auch nicht frei werden kann von der Gefahr eines neuen Nationalismus, die sich immer dann ergibt, wenn ein Volk nicht in der Übereinstimmung mit seinen eigenen Lebensvoraussetzungen sein Leben führen darf.

Es ist nicht zuletzt das Ziel, die *Wiedervereinigung* Deutschlands herbeizuführen, das eine Gesetzmäßigkeit für die Wehrpolitik und Wehrverfassung der Bundesrepublik erzwingt, da diese nur ein Teil Deutschlands ist. In einem gespaltenen Deutschland aber ist ein gesundes Verhältnis der gesamten Bevölkerung zur bewaffneten Macht erschwert. Es erscheint vielen Menschen undenkbar, den jungen Deutschen diesseits der Zonengrenzen zuzumuten, die Waffe gegen ihren Bruder, Vetter oder Vater jenseits zu richten oder auch nur unter der Wahrscheinlichkeit ausgebildet zu werden, daß dies einmal der Ernstfall sein könnte. Durch eine solche Verpflichtung würde eine so große und erdrückende Fülle von Gewissenskonflikten heraufbeschworen werden, daß eine Verteidigungsmacht, die sie zu ertragen hätte, kaum einen wesentlichen militärischen Wert besitzen dürfte. Die moralischen Schäden wären zudem unübersehbar.

Politische Gesichtspunkte kommen hinzu: die Wiedervereinigung ist abhängig von der Zustimmung der vier großen Mächte des Potsdamer Abkommens. Mit Sicherheit ist mindestens eine dieser vier Mächte um so schwerer zu einer Zustimmung zur Wiedervereinigung der beiden wichtigsten Teile des Deutschen Reiches zu gewinnen, je mehr die Bundesrepublik ihre militärische Position ausbaut. Wenn man das eine will, muß man das andere beachten und sehen, wo der Weg gangbar wird.

Auch nach militärtechnischen Gesichtspunkten ist die *Wehrpflicht* nicht die Voraussetzung für eine leistungsfähige Truppe. Die besondere geographische Lage der Bundesrepublik in der vordersten Linie eines denkbaren militärischen Aufmarschgebietes erlaubt kein Operieren großer Massenheere oder der technischen Verbände, die heute eingesetzt werden würden. Eine in der Zahl gegenüber der Armee der Wehrpflicht geringere Truppe (Berufssoldaten oder länger dienende Freiwillige) wäre für den Schutz der Bundesrepublik und für den von ihr zu erwartenden ersten Einsatz weitaus wirksamer als eine Massenarmee. Schließlich sind volkswirtschaftliche Gesichtspunkte geltend zu machen: Der heutige Stand der Waffentechnik macht eine gründliche Ausbildung nötig, für die weder die Zeit der Wehrpflicht ausreicht noch die sehr hohen Kosten berechtigt eingesetzt werden können, die aufzuwenden sind und die nur für länger dienende Soldaten zweckvoll verwendet werden.

Das ist eine Konsequenz aus vernünftiger Einsicht, die um des Landes willen erforderlich ist, und wir wissen, daß sie auch von der Sachkenntnis und Zustimmung erfahrener Offiziere begleitet wird. Die Sozialdemokraten hatten den Mut, die Folgerung zu ziehen. Diese Stellung der SPD zur allgemeinen Wehrpflicht hat nichts mit der grundsätzlichen Stellung zur Landesverteidigung zu tun. Die Tatsache der Spaltung Deutschlands, die Tatsache der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten unter den Militärs über die Zweckmäßigkeit einer Wehrpflicht in der modernen Armee und die Tatsache der politischen Drohung, die über Deutschland liegt, wenn es sich als gespaltenes Land in einer Weise wiederbewaffnet, daß es in der Auseinandersetzung der Machtblöcke eine entscheidende oder doch maßgebliche Rolle spielen kann — diese Tatsachen wurden anerkannt. Unter anderen Verhältnissen kann die Frage der Wehrverfassung erneut zur Diskussion stehen. Es ist zu hoffen — und diese Hoffnung wird sicher weit über die Sozialdemokratische Partei hinaus im ganzen Volke geteilt werden —, daß dann die Landesverteidigung nicht mehr den Rang zu haben braucht, den sie in der deutschen Geschichte viel zu lange gehabt hat.

Von den Gegnern der Sozialdemokratie wird die Behauptung verbreitet, eine Militärfeindlichkeit der SPD sei dadurch erwiesen, daß sie den Soldaten *die besten Waffen vorenthalten* wolle, daß sie die Männer in Uniform schutzlos feindlichen Angriffen ausliefere — wenn nämlich die Bewaffnung mit *Massenvernichtungsmitteln*, mit atomaren Granaten und ähnlichen Instrumenten der hypermodernen sogenannten Kriegsführung von der SPD abgelehnt wird. Hier steht nicht eine Frage der technischen Ausstattung der Armee, sondern eine Frage zur Aussprache, die das Schicksal der Nation, des ganzen Volkes, wahrscheinlich der Menschheit betrifft.

Wenn wir noch bei der Technik der Waffen und dem ausschließlich militärischen Interesse bleiben: Sind die Massenvernichtungsmittel in der Hand der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland für diese Soldaten wirklich die *besten Waffen*? Die Frage mußte so ausführlich formuliert werden, um alle Faktoren zu umfassen, die die Antwort bedingen. Es mag sein, daß solche *Waffen* in der Hand anderer Armeen brauchbar und — man schaudert, dieses Wort zu schreiben — *nützlich* sind. Die deutsche militärische Situation aber ist anders als die amerikanische, auch als die englische und sogar als die französische. Unsere Nähe am angenommenen Feind gebietet

andere Waffen. Wir wissen nicht einmal sicher, ob diese Vernichtungsmittel wirklich die wirksamsten und ob sie für die eigene Verteidigung unschädlich sind, vielmehr steht leider fest, daß der Einsatz dieser Massenvernichtungsmittel unser Volk auslöschen und damit das zerstören würde, was es zu verteidigen gilt. Diese Waffe hat nur einen Sinn, wenn sie abschreckt, ohne gebraucht zu werden. Dafür reichen aber die rückwärts gestaffelten Atomwaffen in der westlichen Allianz aus. Der Einsatz auf dem Schlachtfeld in Deutschland ist in vielfacher und jeder Beziehung undenkbar. Bei solchen Fragwürdigkeiten sollte kein verantwortungsbewußter Offizier, selbst wenn es ihm möglich wäre, den Befehl zum Gebrauch von Kampfmitteln geben, deren Erfolg ungewiß oder zweischneidig erscheint. Die *beste Waffe* kann sehr konservativ sein. Es wird darauf ankommen, wo die Deutschen als eine kämpfende Truppe gegen einen vermuteten Feind stehen und welche Aufgabe sie zwangsläufig, taktisch oder strategisch, an diesem Ort und aus der gegebenen Situation zu erfüllen hätten.

Was der einen Militärmacht wichtig ist, kann und wird einer anderen nicht entsprechen. Man weiß, daß eine solche Auffassung auch in den höchsten Kreisen der Militärs in der NATO ihre Rolle spielt, eine noch unpopuläre, die aber gewichtiger geworden ist. Anerkannte deutsche und ausländische Militärs sind der Meinung, daß absolut nicht die Atomwaffe die sein muß, die für den zweckvollsten Einsatz deutscher Truppen angebracht wäre. Sicher ist ein solcher Gesichtspunkt umstritten. Wann wäre es nicht so gewesen, daß nach außen selbstsicher und souverän auftretende Generale vor und nach der Schlacht oder dem Kriege im Streit miteinander gelegen haben, was wohl und wann wohl etwas richtig oder falsch sei. Erinnern wir uns doch an die leidenschaftlichen Diskussionen etwa um den unbeschränkten U-Boot-Einsatz im ersten Weltkrieg, wie sie während des Krieges und danach unter den Militärs stattfanden, von den Auffassungen der Politiker ganz abgesehen.

Da es sich im akuten Falle der Massenvernichtungsmittel um einen unermeßlich hohen Einsatz, um das Schicksal der Nation, um das Leben der Menschen insgesamt handelt, sollten die Streitgespräche der Militärs nicht entscheiden, sondern die staatspolitischen, die menschlichen Gesichtspunkte allein. Es ist übrigens nicht ohne Sinn, daß auch darauf hingewiesen wird, daß Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel nichts, gar nichts mit soldatischer Ehre, wahrscheinlich nicht einmal etwas mit soldatischem Können zu tun haben, nichts mit Tapferkeit, Mut und persönlichem Einsatz. Als *Handlanger der Chemo-Physiker* tritt der Soldat auf, und er als Kämpfer ist vielleicht sogar fern von jeglicher Gefahr, die seine persönlichen Qualitäten anspornen könnte — oder er ist ihr so nahe wie jeder Säugling in der Wiege. Es ist nicht einmal erforderlich, Soldaten für diese *Waffen* zu bestellen, die auch der Wissenschaftler, der sie erdachte, selbst auslösen könnte. Diese Massenvernichtungsmittel sind keine Waffen. Sie sind auf sinnlose Vernichtung von Leben gerichtet, das kämpfenden und im Übermaß nichtkämpfenden Menschen gehört.

Die Sozialdemokraten würden ihr Programm und ihre Vergangenheit, die Grundlagen ihres politischen und verantwortlichen Wirkens in der Gesellschaft verleugnen müssen, wenn sie nicht mit aller Leidenschaft die Anwendung unsoldatischer, unmenschlicher und unsittlicher Mittel zur Vernichtung menschlichen Lebens ablehnen und verhindern würden. Das Programm fordert daher

> *die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.*

Der Godesberger Parteitag bekannte sich in großer Geschlossenheit zu diesen Prinzipien der sozialdemokratischen Politik, die auch unmittelbar praktische Wirkung in jedem Regierungsprogramm und in der politischen Arbeit der Partei haben werden*. Es muß hingenommen werden, daß zur Zeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Atomwaffen lagern. Sie gehören den amerikanischen Truppen, die in Deutschland stationiert sind und die, würde die Beseitigung dieser Lagerbestände gefordert werden, mit diesen Waffen abzögen. Diese Truppen sind aber zum Schutze der freiheitlichdemokratischen Bundesrepublik noch immer nötig, ein Umstand, der gerade von denen zu verantworten ist, die das Vorhandensein dieser auch uns unerwünschten Waffenlager am meisten kritisieren. Der Parteitag hatte nüchternen Sinn genug, um diese Lage zu erkennen und ihr Rechnung zu tragen. Der bedingungslosen Ablehnung atomarer Waffen und aller anderen Mittel zur Massenvernichtung von Menschen macht dieser hoffentlich sehr bald vorübergehende Zustand keinen Abbruch. Die Sozialdemokratie wird sich von niemand in dem Willen übertreffen lassen, die deutschen Soldaten von der Verpflichtung zur Anwendung dieser chemischen und physikalisch-chemischen Tötungsmittel frei zu halten. Sie dient mit diesem Willen dem ganzen Volke und der Nation und auch den Männern, die als Soldaten für dieses Land stehen.

Weit mehr als zu irgendeiner anderen Zeit, in der Menschen zum Kriegsdienst verpflichtet wurden, ist angesichts der modernen Kampfmittel heute der Soldat der Gefahr ausgesetzt, daß sein *Gewissen* ihm den Einsatz von Mitteln zur Vernichtung von Menschenmassen verbietet. Die Sozialdemokratie sieht diese Situation in ihrer mehrfachen Bedeutung. Sie erkennt, daß die militärische Kraft der Landesverteidigung geschwächt wird, wenn bei der Truppe Zweifel an der Berechtigung des Kampfes oder des Einsatzes bestehen. Sie anerkennt aber auch, daß das wache Gewissen ernsthafter Menschen das stärkere Gebot auszusprechen vermag, und sie ist willens, die Verweigerung des Dienstes mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln zu respektieren und solche Bürger zu schützen, die aus Gründen der Gewissensnot nein sagen zum Dienst dieser Art der Landesverteidigung. Wie könnte

* Siehe Anhang: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Sicherheitspolitik

die Partei anders handeln, da sie die Würde des Menschen, sein Leben und sein Gewissen als dem Staate vorgegeben achtet. Wie sie mit ihrer Entscheidung für die Landesverteidigung, die vor länger als einem halben Jahrhundert eindeutig und positiv getroffen wurde, niemals eine Partei des Militarismus gewesen ist und auch nicht werden wird, so kann sie mit ihrer Entscheidung für den Schutz der Männer, die den Waffendienst glauben nicht leisten zu dürfen, auch nicht zu einer Partei der Pazifisten werden. Sie will auch in dieser Frage der Wirklichkeit zugewandt bleiben, wohl wissend, daß es am schwierigsten ist, den Weg zwischen den Extremen und zu ihm auch Zustimmung zu finden.

In einem leidenschaftlichen Appell an die politische Vernunft hat Herbert Wehner auf dem Godesberger Parteitag zu dieser Frage gesagt:

> *Aber, liebe Freunde, es ist doch unmöglich, daß eine Partei wie diese ihren Kampf gegen Kriegspolitik, gegen Kriegsgefahr und gegen das Überwuchern des Demokratischen durch das Militärische auf die immer nur allzu schmale Basis jener Minderheit stellt, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern wird. Wollen wir denn damit sozusagen indirekt — manche tun es leider auch direkt — Anlaß zu der Annahme geben, es gebe verschieden gute Sozialdemokraten; jene seien die besten, die den Wehrdienst individuell verweigern, und jene seien die minderen, die ihn nicht verweigern? Ich glaube, hier muß man Klarheit schaffen. In der Sozialdemokratischen Partei ist Platz für die, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern. Ich sage: aus Gewissensgründen. Wir möchten an diesem Wort nicht deuteln lassen, weil wir nicht wollen, daß eine Wehrdienstverweigerung je nach der jeweiligen Regierung postuliert werden kann.*

Der große Beifall, der diesen Sätzen folgte, unterstrich die Bedeutung der Stellungnahme. Er wurde nicht geringer, als Wehner hinzufügte:

> *Das Bekenntnis der Verteidigung der demokratischen Grundordnung und das Bekenntnis der Landesverteidigung sind untrennbar miteinander verbunden . . . Laßt das Verhältnis einer so großen Sozialdemokratischen Partei und ihrer Wählerschaft von vielen Millionen Köpfen zu den Staatsbürgern in Uniform nicht notleiden!*

Die Lösung wäre aber unvollständig, würde die Sozialdemokratie nicht auch denen, deren Gewissen sie hindert, die Waffe zu bedienen, die Menschen tötet, dennoch die Pflicht auferlegen, dem Staate zu dienen, der sie schützt und in seine Obhut nimmt. Verweigerung des Dienstes mit der Waffe oder der Ausbildung an Mitteln der Massenvernichtung ist nach sozialdemokratischer Auffassung keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern allein des sorgfältig wägenden Gewissens. Wer diese Dienste verweigert, soll und darf keine Vorteile für sich gewinnen. Das werden die, die ernsthaft gegen den Waffendienst protestieren, auch am wenigsten erstreben. Ein *Ersatzdienst* erscheint deshalb gerechtfertigt, sogar notwendig. Über ihn hat ein Gesetz zu bestimmen, das auf einem besonders schwierigen Gebiet Gerechtigkeit nach allen Seiten garantieren muß.

Wäre der Begriff der *Volksarmee* nicht zu abgegriffen und allzusehr parteipolitisch abgestempelt, so wäre er für die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung und zur Wehrverfassung wohl angebracht. Die Armee ist für das ganze Volk da, und das ganze Volk hat für seine Soldaten einzustehen. Die Zeiten sind lange vorbei, in denen die Armee eine Sonderstellung einnahm, die ihr zu keiner Zeit wirklich zukam und deren Vorhandensein sich aus ganz anderen als militärischen Gründen erklären läßt. Je fester die Soldaten im Bewußtsein des Volkes Bestandteile der Staatsfunktionen in der Demokratie sind, desto sicherer sind die Interessen des Landes geborgen und desto inniger sind *Bürger und Soldat* miteinander verschmolzen. Die sozialdemokratische Wehrpolitik hat das Ziel vor Augen, Volk und Bundeswehr miteinander zu verbinden. Denn die Truppe darf niemals zu der jeweiligen Regierung in einem besonderen Verhältnis stehen; ihre Treue gehört dem ganzen Volke und dem Lande. Sie untersteht allerdings der staatlichen Führung, also der Führung durch die Bundesregierung, und diese wird durch das Parlament kontrolliert. Die Soldaten müssen wissen, daß sie unmittelbar unter dem Schutze des Parlamentes stehen, das für sie und ihre Rechte vor allem auf Betreiben der Sozialdemokraten ein besonderes Amt eingerichtet hat, den Wehrbeauftragten des Bundestages, der nur dem Bundestag verantwortlich ist. Die Bundeswehr darf nicht Objekt innerpolitischer Streitigkeiten sein und darf sich nicht — die Militärgeschichte in unserem Lande berichtet von schmerzvoll-bitteren Erfahrungen, die stets zum Schaden der Armee gemacht wurden — auf eine Seite schlagen, wenn Meinungsunterschiede der politischen Parteien sich zuspitzen.

> *Zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes muß ein Verhältnis des Vertrauens bestehen. Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger.*

Dieses gewichtige Wort aus dem Programm der SPD enthält eine Zusage für die Freiheit des Soldaten, eine Garantie für die Gerechtigkeit, die ihm widerfahren muß, und für die Solidarität, die ihm vom Volke und von allen Parteien her gebührt. Die Diskussion in der SPD, die dem Parteitag voranging und in der die Frage der Landesverteidigung eine große Rolle gespielt hat, ließ keinen Zweifel darüber, daß das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Landesverteidigung, zu den Soldaten der neuen militärischen Formationen aller Art, auf den drei Grundsäulen steht, die das politische Wollen der Sozialdemokraten tragen: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

„Es wäre eine verhängnisvolle Gefährdung der Demokratie", sagte der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, in Godesberg, „wenn sich von neuem ein Gegensatz zwischen der bewaffneten Macht und der Arbeiterschaft oder zwischen bewaffneter Macht und Sozialdemokratie entwickeln würde." Nach diesem Programm und nach der Aufnahme, die es gerade auch in der Bundeswehr gefunden hat, ist eine solche Befürchtung weder für die eine noch für die andere Seite nötig.

Kurt Schumacher

Willy Eichler

Waldemar von Knoeringen

Herbert Wehner

Willy Brandt

Professor Carlo Schmid

Fritz Erler

Dr. Heinrich Deist

Freiheit in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei arbeitet, solange sie im politischen Leben Deutschlands eine Rolle spielt, für das Wohl aller Menschen, für die Entrechteten zuerst. Das war, ist und bleibt ihr Ziel. Der erste Satz des Kapitels des neuen Grundsatzprogramms, das die Prinzipien der Wirtschaftspolitik enthält, lautet darum:

> *Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung.*

Zu Beginn der Arbeit sozialdemokratischer Politiker vor einem Jahrhundert war die Aufgabe grobschlächtiger: Die Massen der Industriearbeiter lebten, sozial abgesondert von der übrigen Gesellschaft, materiell und geistig in einem Ausnahmezustand, der weit unter dem Niveau lag, das die ökonomische Situation des deutschen Volkes kennzeichnete. Es ist der Arbeit der Sozialdemokraten zu verdanken, daß auch die untersten Schichten in diesen zehn Jahrzehnten staatspolitisch in die Rechtsgemeinschaft der Nation eingegliedert wurden und daß das Niveau ihrer Lebenshaltung im Verhältnis zu den anderen sozialen Gruppen des Volkes gehoben wurde. Sie haben noch keinesfalls den Lebensstandard erreicht, den sie ihrer volkswirtschaftlichen Leistung nach beanspruchen können. Das Sozialprodukt, das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der Gesellschaft, wird noch immer ungerecht und zuungunsten der Arbeitnehmer verteilt. Die Freiheit ist noch immer ein bloßes Ideal für die, die arbeitsrechtlich oder aus wirtschaftlichen Gründen abhängig sind. Es ist noch immer möglich, daß wirtschaftliche Kraft eines einzelnen das Unvermögen und die Schwäche einer Gruppe von abhängigen Menschen ausnutzt und sogar ausbeutet. Es ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, diese Rückstände der Gesellschaft aus der Zeit der obrigkeitlichen und feudalistischen Ordnung vergangener Jahrhunderte zu beseitigen. Sie sind aus christlicher Ethik, aus Gründen der Moral und

aus staatspolitischen Notwendigkeiten gleichermaßen längst überholt, längst unerträglich, längst widernatürlich geworden. Der Staat unserer Zeit ist in der Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen ein Glied der Völkergemeinschaft geworden, er lebt nicht mehr für sich und kann sich im Wettbewerb der Nationen nur entwickeln, wenn er von freien Menschen und nicht von Abhängigen getragen wird, wenn seine Bürger sich im Sinne einer das ganze Volk fördernden freien Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlich betätigen und das Produkt dieser Tätigkeit im Interesse des Staates und aller Bürger gerecht verteilen.

Die Wege, die zur Erreichung dieses Zieles führen können, waren zu verschiedenen Zeiten verschieden, je wie die Voraussetzungen der staatlichen Ordnung, der wirtschaftlichen und technischen Produktion, der internationalen Beziehungen und andere Faktoren verschieden waren, die insgesamt die Wirtschaft eines Volkes beeinflussen.

> *Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken,*

so heißt es im Godesberger Programm der SPD. Die *immense Fortentwicklung* der Wirtschaft durch die Hilfe der Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten die technischen Produktionsbedingungen und die Produktionserfolge revolutionär verändert. Die Sozialdemokratische Partei hat diese Entwicklung und ihre voraussehbaren Folgen frühzeitig erkannt und war der erste Rufer, das nun für alle Menschen nutzbar zu machen, was sich aus neuen Arbeitsmethoden, aus erweiterten Produktionsergebnissen, aus der vermehrten Kraft der technischen Leistungen zur Verbesserung der Lebensführung erreichen läßt. Auf dem Parteitag der SPD in München (Juli 1956) haben Professor Carlo Schmid und Professor Leo Brandt in zwei grundsätzlichen Referaten die Tatsachen der *technischen Revolution* in unserer Zeit und die Bedingungen der Anwendung neuer Erfindungen und Entdeckungen auf die produzierende Wirtschaft untersucht und dargestellt. Automation und Atomenergie sind die Stichworte, die eine tiefgreifende Wandlung der gesellschaftlichen Tatsachen in unserer Generation kennzeichnen. Sie bezeichnen zugleich die Startpunkte, von denen eine heute noch nicht übersehbare Entwicklung der wirtschaftlichen Produktion ausgehen wird, die Lebensweise und Lebensstandard der Menschen in bisher unbekanntem Umfange zu verändern verheißt.

Im gleichen Jahre fand in Düsseldorf (Dezember 1956) eine von der SPD einberufene Konferenz unter dem Stichwort *Mobilisierung des Geistes* statt, in der vor allem auf die Aufgaben hingewiesen wurde, die sich für die wirtschaftliche und kulturelle Führung des Landes ergeben, indem die neuen Ergebnisse der Wissenschaft zum Nutzen der Menschen praktisch verwertet werden. Keine andere politische Partei hat auch nur ähnlich intensiv konkrete Vorschläge gemacht, um durch Förderung der

Wissenschaft die wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu verbessern und somit reale Grundlagen zu schaffen, um das Leben zu verschönen, zu erheben und lebenswerter zu gestalten. Es ist ein einziger und gerader Weg, den die Sozialdemokraten vorgezeichnet haben: dem begabten Kinde, jedem begabten Kinde, gleichgültig aus welchem Elternhaus es kommen mag, durch Pflege und Entwicklung seiner geistigen Gaben den Aufstieg in die nächsthöhere Schulstufe zu ermöglichen, auch den Aufstieg in die Hochschule, dann die Mitarbeit an der Wissenschaft und Technik nach seinen Kräften vorzubereiten und so dazu zu helfen, daß in breiter Front ein qualifizierter Nachwuchs befähigt wird, die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit in Wissenschaft, Technik und auf allen Gebieten der Produktion zu steigern und im natürlichen Wettbewerb der Völker einen hohen Stand zu sichern. Auf breitestem [illegible], so ist es die Idee der Sozialdemokratie, soll die Kraft der deutschen Volkswirtschaft beruhen. Sie soll alle Erkenntnisse der Wissenschaft nutzen — zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, nicht einzelner Bevorzugter: *Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen; um alle Menschen,* so heißt es in dem Programm, *am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.*

Eine solche Aufgabe bedarf einer großen Anstrengung des ganzen Volkes. Dafür ist die Initiative des einzelnen Unternehmens gewiß von großer Bedeutung, aber sie reicht nicht aus, weil ein umfassendes, allgemeines, das Staatswohl, die ganze Nation ergreifendes Ergebnis angestrebt wird, nicht nur ein materieller Gewinn für ein noch so nützliches einzelnes Unternehmen. Das Programm der Sozialdemokratie spricht darum von der Notwendigkeit einer *volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* und von einem *Nationalbudget.* Es spricht von der Notwendigkeit der *planmäßigen Anpassung,* und es postuliert einen Satz, den niemand überlesen darf, der sich ernsthaft mit dem Wirtschaftsprogramm dieser Partei auseinandersetzen will:

> *Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig!*

. . . *um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten,* darum bemüht sich diese Partei, die zugleich den Vorwurf erfährt, sie sei eine Partei der *Zwangswirtschaft,* vulgär und im polemischen Kampf tatsächlich ausgesprochen: eine Partei der Brot- und Fleischkarte! Wie kritiklos die Menschen sind: es hat Brot- und Fleischkarten zweimal in der deutschen Geschichte gegeben, einmal eingerichtet von der kaiserlichen Regierung,

ein zweites Mal eingerichtet von den Nationalsozialisten und ihren Helfern aus der Harzburger Front, den Deutschnationalen und ihren noch lebenden und wirkenden Nachfolgern ... Beide Male haben die Sozialdemokraten geholfen, die Zwangswirtschaft wieder zu beseitigen. Aber noch heute gilt: Was der Bürger ißt, ob er deutsches oder fremdes Gemüse bekommt, wann ihm die Sorten und zu welchen Preisen zugeführt werden, wann und in welchen Mengen sie in Vorratslager genommen werden und zu welchen Preisen sie auf den Markt gelangen, um Angebot und Nachfrage zu steuern; dies und vieles mehr bestimmt der Staat durch die Regierung, deren sie tragende Parteien dennoch behaupten, staatliche Planung in der Wirtschaft sei vom Übel und sei eine Erfindung der Sozialisten. Eine Planwirtschaft der Art, wie sie die Bundesregierung in Bonn seit Jahren betreibt, kann nicht nur mit dem Namen *Bürokratisierung* belegt werden (was zum Zwecke der Entschuldigung zuweilen geschieht), obwohl sie auch zu dieser Gattung Sünde gehört. Der Vorwurf der Zwangswirtschaft kann nicht eine politische Partei treffen, für welche die Freiheit das Lebenselement ist, die bereit war und ist, große Opfer zu bringen, um dieses Prinzip des Lebens zu erhalten.

Tatsächlich geht es denen, die einen solchen Vorwurf erheben und ihn mit dem Wort Zwangswirtschaft propagandistisch zugkräftig zuspitzen, auch nicht darum, für alle Menschen Freiheit in der *Wirtschaft* zu sichern — wie könnten sie ihre Kartelle und Preisabsprachen, ihre international geübten Produktions- und Finanzvereinbarungen mit einem solchen Grundsatz verbinden! Für sich selbst und ihre Überlegungen, Beratungen und Pläne, für *ihre* Entscheidungen und Absichten wünschen sie *Ungebundenheit*, die sie Freiheit nennen und für die sie ohne Kontrolle bleiben möchten. Für die anderen aber, die als Arbeitnehmer die eigentlichen Produzenten sind und als Verbraucher die Masse der Käufer stellen, sind Produkte und Preise, die geplant und vorbereitet wurden, ohne mögliche Widerrede verbindlich. Planung ist ein täglicher Vorgang in der Wirtschaft, aber es ist eine Planung unter privaten Gesichtspunkten, für das eigene Interesse und zum persönlichen Nutzen. Niemand wird gegen private Initiative der Unternehmer und gegen privates Eigentum Einwände erheben, wenn gewiß wäre, daß stets zugleich und in gerechtem Maße die Interessen aller, der Volkswirtschaft und des Volkes, berücksichtigt werden würden.

> *Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Dispositionen und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt.*

Das sozialdemokratische Programm beharrt auf der Selbstverständlichkeit, daß es für das Volk und seinen Staat nützlich ist, wenn der Staat sich der Verantwortung für den Wirtschaftsablauf nicht entzieht, weil er sich nicht entziehen kann: wenn eine Disposition der privaten Unternehmer verlustreich endet, so ist der Ruf nach Su-

ventionen und staatlichen Hilfen jeder Art ebenso laut wie selbstverständlich zu hören — und er wird in der Regel befolgt. Wo aber blieb der Staat, als es um die Entscheidung und Verantwortung ging? Es ist unsittlich und unerträglich, daß der Staat nur als Büttel benutzt wird, in die Ecke verdammt, wenn die Entscheidungen fallen, jedoch zur Hilfe gerufen, wenn die Entscheidungen falsch waren. Die Sozialdemokraten sagen darum in ihrem Programm:

> *Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.*

Die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten hundert Jahren hat den Einzelbetrieb in einem vorher kaum geahnten Umfange mit der gesamten Wirtschaft des Volkes zu einer National- oder Volkswirtschaft verbunden, oft geradezu verschmolzen. Nationalbudget und gesamtwirtschaftliche Rechnung erscheinen als die natürlichen Folgerungen aus dieser Tatsache. Sie beschränken die private Initiative nicht, sie beeinträchtigen auch nicht das private Eigentum, wie das Programm der Sozialdemokraten außerdem ausdrücklich feststellt:

> *Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung.*

Aber sie ordnen die Einzelentscheidungen dem Gesamtwohl unter, und sie machen von dem moralischen Prinzip Gebrauch, daß das Volk mehr ist als der einzelne. Darum soll der *Aufbau einer gerechten Sozialordnung* die Grenze sein, die nicht gefährdet werden darf durch das private Eigentum an Produktionsmitteln und seinen Schutz und seine Förderung durch Staat und Gesellschaft.

Was die Sozialdemokraten unter *Planung* in der Wirtschaft verstehen, das hat nichts, gar nichts mit Zwangswirtschaft zu tun, wohl aber mit Vernunft und Sinn für Gerechtigkeit und Ordnung, die auch in der Wirtschaft herrschen müssen.

> *Der moderne Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik,*

so stellt das Programm der SPD fest, und jedermann in Deutschland kann sich täglich von der Richtigkeit dieser Feststellung überzeugen, wenn er will. Man sagt, die Starre der staatlichen Haushaltspläne biete nur geringen Spielraum für eine konjunkturpolitische Mitwirkung des Staates. Die Praxis aber hat bisher gezeigt, daß es für die staatliche Einflußnahme und unmittelbare Einwirkung Möglichkeiten genug gibt, wenn der Wille der Regierung vorhanden ist, sich einzuschalten. Auch der andere Einwand, daß eine Politik planmäßiger Wirtschaftsbeeinflussung durch den Staat (nicht nur über den Staatshaushalt!) die Währung gefährde, kann nicht gelten. Wäre

es so, dann hätte die bundesdeutsche Währung längst in eine Situation geraten müssen, in der Alarm zu schlagen war. Wo eine Gefahr dieser Art auftritt, sind Notenbank und Parlament aufgerufen, Gegenmaßnahmen zu treffen. Man sollte sich auch, wie zu Zeiten der Entstehung der Organe des modernen Staates, darüber Rechenschaft geben, daß allein die Tatsache der Errichtung eines Ministeriums für die Wirtschaft der Ausdruck des Willens staatlicher Führung war, ihre Funktionen auf diesen Bereich auszudehnen, ein Wille, der aus der Einsicht in die Notwendigkeit entstanden war, daß in der differenzierter gewordenen Volkswirtschaft die Dinge nicht einfach ihren Lauf haben dürfen, wenn nicht Gefahren entstehen sollten. Heute gehen bereits dreißig bis vierzig Prozent des Volkseinkommens durch öffentliche Kassen, und zwar nicht nur durch die öffentliche Hand kontrolliert, sondern in großem Umfange unmittelbar durch die öffentliche Hand gesteuert.

Keine Regierung verzichtet darauf, die Wirtschaft ihres Landes und anderer Länder sorgfältig zu beobachten und die eigene dann nach den gemachten Erfahrungen und Feststellungen zu lenken. Man trifft Vorsorge für den Markt. Ein sich ankündigender Konjunkturrückgang läßt ganz von selbst auch die Blicke und Gedanken des Bürgers auf seine Regierung richten: was wird sie tun, um rechtzeitig zu helfen? Eine hochbrausende Konjunktur, die überschäumt, enthält nicht minder Gefahren und führt nicht weniger dazu, daß verantwortungsbewußte Bürger sich und die Regierung fragen, was nötig sei, um die Grenzen der Entfaltung zu wahren und die Potenz der Wirtschaft zu sichern. Man nennt das *Steuerungsmittel*, was da praktiziert und von Notenbank und Wirtschaftsministerium ausgedacht und getan wird, um die Wirtschaft des Landes zu *beplanen*. Aber wer mit *Steuerung* oder *Lenkung* oder *Planung* eine freie Gesellschafts- und Wirtschaftsführung herbeiführen will, wie es die Sozialdemokraten wollen, der ist, Dr. Deist sagte es in Godesberg mit Nachdruck, *in der Wahl der Mittel nicht frei. Er darf nur Mittel anwenden, durch die der Weg zu mehr Freiheit und zu mehr Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft nicht verbaut wird.*

Die *Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft*, auf die sich der Staat nach dem SPD-Programm *im wesentlichen* beschränken soll, sollen eine nachhaltige Wirkung haben und sollen *Richtpunkte für die Wirtschaft* geben, die das Recht der freien Entscheidung dabei uneingeschränkt behält. Die Regierung indessen braucht ihrerseits zuverlässige Tatsachen und Informationen, an denen sie ihre Entscheidungen und Maßnahmen orientieren kann.

Das Parlament kann und sollte sie ihr dadurch schaffen, daß es [illegible]tiger Erwägung die *volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* aufstellt und [illegible]*tionalbudget* einrichtet, wie es nach wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und internationalen Gesichtspunkten zweckmäßig und nach Meinung der Mehrheit zum

Wohle des Ganzen eingerichtet werden muß. Für die *Regierung* und ihre Politik soll nach dem Godesberger Programm der SPD diese Entscheidung des Bundestages über Gesamtrechnung und Nationalbudget *verpflichtend* sein. Daneben ist die *Notenbank*, die Deutsche Bundesbank, als ein autonomes Institut berufen, nach ständiger Beobachtung der Wirtschaft im eigenen Land und in fremden Ländern in Analysen und Gutachten ihre Auffassung zu grundsätzlichen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen oder Plänen zu sagen. Für sie sollen volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Nationalbudget eine *wichtige Grundlage* bilden. Die Abstufung der Bindungen, die im Programm vorgenommen wurde und die von der *Verpflichtung* der Regierung über die *wichtige Grundlage* der eigenen Stellungnahme der Bundesbank bis zum *Richtpunkt* und der *freien Entscheidung* für die Wirtschaft geht, zeigt deutlich das Bestreben der SPD, das freie Wirtschaften so wenig wie möglich einzuengen, so sehr es nötig ist, den einzelnen an die Pflicht zu mahnen und schließlich zu binden, die er vor der Gesamtheit hat.

Freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, so heißt es im Programm, und dieser Satz ist verbunden mit der Feststellung, daß *freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl entscheidende Grundlagen* eben dieser Wirtschaftspolitik sind. Der Wille zum Ausgleich, zur Freiheit und Gerechtigkeit für alle Teile, wird unverkennbar und ist im Sinne einer auf das Gesamtwohl bedachten Politik des freien Spieles der Kräfte möglich und nötig.

Die Grundsätze der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sind vor Godesberg und danach in einer Reihe von Vorträgen und kleineren und umfangreicheren Schriften maßgeblicher sozialdemokratischer Politiker und Wirtschaftstheoretiker behandelt worden. Es kann für den, der mit Willen zur sachlichen Information die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik erkennen will, keine Schwierigkeit geben, auch wenn das Godesberger Programm, wie es einer für die politische Arbeit und Orientierung geschaffenen Übersicht obliegt, nur in kurzen Sätzen prinzipielle Aussagen macht. Jedoch hat das Programm in Unterabschnitten zu den Fragen *Eigentum und Macht* und *Einkommens- und Vermögensverteilung* gesondert Stellung genommen. Dort wird auch über die *vielfältigen Maßnahmen* zu sprechen sein, die dazu dienen sollen, *die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten.*

Wirtschaft als Macht

Der Mensch soll allein Aufgabe und Zweck der Wirtschaft oder des Wirtschaftens sein. Von diesem Ausgangspunkt her unterstellt das Programm der SPD die für Aufgabe, Führung und Organisation der Wirtschaft erforderlichen Grundsätze dem obersten Prinzip: dem Wohlergehen des Menschen. Er soll, wie es im ersten Satz des der Wirtschaft gewidmeten Abschnittes des Programms heißt, *ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung* führen können und soll durch *eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft* am wachsenden Wohlstand teilnehmen. Der Gedanke der Demokratie in Ordnung und Aufgabe der Wirtschaft kommt hier zu einem nahezu vollkommenen Ausdruck. Es bleibt kein Raum für andere Zweckbestimmungen des Wirtschaftens und der Wirtschaft, die in der Gesellschaft eine Funktion allein für das Wohl der Gesellschaft und ihrer einzelnen Glieder auszuüben hat. Weil die Sozialdemokraten aus der Geschichte ihrer politischen Bewegung wissen, daß *die Wirtschaft* tatsächlich diese Funktion nicht als primäre Verpflichtung anerkennt, daß sie – je weiter in die Vergangenheit zurück, um so unverhüllter – private Interessen wahrnimmt und wirtschaftliche Kraft benutzt, um Macht auszuüben, zunächst über die, die Empfänger des von ihr gezahlten Lohnes sind, dann aber auch über den Staat, darum wendet sich das neue politische Programm der Sozialdemokraten diesem Thema als dem für die gegenwärtige und künftige politische Arbeit zentralen Problem besonders zu.

In Godesberg zeigte sich (wie vorher auch in den Aussprachen in den Untergliederungen der Partei), daß die volle Aufmerksamkeit der Tatsache gilt, daß *der Mensch* in der heutigen Wirtschaftsordnung nicht frei ist, daß nicht Gerechtigkeit in der Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Produktes herrscht, daß Macht unmittelbar und mittelbar ausgeübt wird, der sich der abhängige Mensch nicht oder kaum entziehen kann. Er wird *über tausendfältige Kanäle zu einem Betriebsobjekt*, sagte Dr. Deist unter dem Beifall der durchaus kritisch und souverän hörenden und

urteilenden großen Versammlung in Bad Godesberg. Deist, wie auch andere Redner, hatten auf die vielfältigen Einrichtungen der *unterschwelligen Meinungsbildung* hingewiesen, die den Menschen in seinem Willen lähmen, ihm die Entscheidung nehmen und ihn zum Werkzeug zielbewußter Verführung werden lassen. Die Freiheit in der *Wirtschaft* ist untrennbar verknüpft mit der Freiheit im Staat – eine Erfahrung, die gerade die lebende Generation der Deutschen mit bitteren Folgen hat machen müssen. Je mehr sich aber Unternehmer und Kapitalgesellschaften zusammenschlossen, je stärker die Konzentration der *Wirtschaft* wurde, um so nachhaltiger wurde auch ihr Machtstreben und um so größer die Macht selber, die sich nun nicht mehr auf den Betriebsangehörigen erstreckte, sondern auch die angrenzenden Bereiche durchdrang, die Gemeinde, den Kreis, das Land. Die *Internationale des Kapitals* trat weniger hörbar als deutlich und empfindlich spürbar in die Wirklichkeit auch der Politik ein, und die *Völker* wurden das Objekt ihres Willens wie zuvor nur die eigenen Betriebsangehörigen, die Heimarbeiter, die Lohnabhängigen jeder Art.

Die Erkenntnis dieser Situation hat nach dem letzten Kriege selbst nichtsozialistische Kreise in Deutschland zu politischen Willensäußerungen veranlaßt, die durchaus sozialdemokratischen Erfahrungen entsprachen. In ihrem Ahlener Programm stellte sich die Christlich-Demokratische Union 1947 die Aufgabe, die Grundstoffindustrien in Deutschland zu sozialisieren. Kommentare, die das Entstehen dieses Programms und auch seine Begründung in der Öffentlichkeit begleiteten, unterschieden sich oft kaum von sozialdemokratischen Betrachtungen. Die Sozialdemokraten konnten hoffen, daß ihre Idee sich durchsetzen würde. Die »*Wirtschaft*«, so hörten wir damals einen der Rufer im christlich-demokratischen Lager, habe die *Schranken längst überdreht*, es sei *eine nationale Aufgabe*, ihre Macht zu brechen und die gesellschaftliche Ordnung durch *Demokratisierung der Wirtschaft* herzustellen. Aber diese Willenskraft ist dann schnell erlahmt, obwohl sich die Situation nicht verändert hat. Es ist zunächst Sache der CDU, darüber Rechenschaft zu geben, warum sie ihrer Erkenntnis untreu wurde, was oder wer sie dazu veranlaßte. Die Konzentration der unternehmenden Wirtschaft hat sich weiter verstärkt, ihr Wille zur Ausübung von Macht ist ungebrochen, die Macht selbst ist deutlich spürbar. Die Notwendigkeit einer Neuordnung ist damit unverändert gegeben.

Am 15. Oktober 1959 hat Bundeswirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard die heutige Struktur der deutschen Wirtschaft *ungesund* genannt. Er untersuchte die *wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch unerwünschte Konzentration*, aber er hatte nicht ausreichendes Zahlen- und Tatsachenmaterial zur Hand und konnte nicht Auskunft über den Umfang der drohenden Gefahren geben; eine Erhebung soll die fehlenden Unterlagen herbeischaffen. Immerhin hat der Bundeswirtschaftsminister vor dem Deutschen Bundestag gesagt, daß »*eine Gefahr für die Gesamtwirtschaft oder einzelne Märkte*«

vorhanden sei. Diese Gefahr sei besonders dann gegeben, wenn Marktpartner in ihren Liefer-, Bezugs- oder Wettbewerbsbeziehungen eine beherrschende Stellung erlangen, wobei es unerheblich sei, ob sich Großunternehmen oder verflochtene Unternehmen in dieser Stellung befinden (Bulletin, 17. Oktober 1959).

Vier Wochen vor dieser Rede Erhards war der Entwurf des Programms der SPD veröffentlicht worden (10. September 1959 im *Vorwärts*). Dort heißt es, daß die Sozialdemokraten

> *den freien Markt bejahen, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten.*

Die Ähnlichkeit der Auffassungen ist bemerkenswert — und Erhard sprach die seine einen Monat *nach* der SPD aus.

Die *Machtkonzentration* ist Tatsache, und sie ist eine Gefahr. Die Sozialdemokraten haben wie ihre Programme ausweisen, diese Gefahr seit einhundert Jahren vor Augen und haben auf sie unentwegt hingewiesen. Es ist nicht ihre Schuld, daß sie es so oft tun mußten und bis heute nahezu vergeblich. Im Erfurter Programm von 1891, in allen folgenden und nicht zuletzt im Heidelberger von 1925 ist die Gefahr der Konzentration der Wirtschaft, der Vernichtung von Mittel- und Kleinbetrieben, der Entmachtung und Entseelung der Menschen durch den Industrialisierungsprozeß und durch Trusts und Kartelle immer wieder gezeigt worden. Der *ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß* geht weiter. Die Großbetriebe bestimmen weiter die *Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards*, und *sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft*. Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in Hannover sagte der damalige Vorsitzende, Dr. Kurt Schumacher, 1946 zu dieser Lage:

> *Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich Großvermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert.*

Schumacher sprach aus der Erfahrung der dreißiger Jahre, als Hitler nur mit der Hilfe mächtiger Kapitalgeber seine Partei und seine Kampftruppe, die SA, bezahlen und arbeits-, das heißt verbrechensfähig machen konnte. Solche Erfahrungen können nicht einfach übergangen werden, so sehr sich nach 1945 manche der Betroffenen nun in Kenntnis der schrecklichen Folgen ihres Tuns und in sicher ehrlichem Abscheu dagegen zu wehren versuchen und die Schuld vergessen machen möchten. Auch damals waren sie gewarnt. Die Aufmerksamkeit aller Demokraten in Deutschland wird verhindern, daß sich ähnliches wiederholen kann.

Jedoch nicht diese extremen Mißbräuche der Verfügungsgewalt über Geld und Macht

allein sind gefährlich. Die Konzentration großer Wirtschaftsmacht und ihre unkontrollierte Handhabung erlauben dem, der den Willen dazu hat, einen heimlichen und wirksamen Einfluß nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern über ihre Grenzen hinaus. *Wer Korn hat, kann Kultur kaufen*, sagt ein siebenbürgisches Sprichwort; er kann sicher *Geist kaufen*, sich die Denker und Erfinder, die Planer und Konstrukteure dienstbar machen, sich mit ihrer Hilfe Ansehen und Anerkennung, Zustimmung und Gefolgschaft erwerben, damit mehr Macht und mehr Einfluß.

☆

Er kann mehr kaufen: politische Macht. Das Godesberger Programm hat an dieser einzigen Stelle des gesamten Textes, an der das Verhältnis von Eigentum und Macht behandelt wird, den Forderungen und Leitsätzen einige analysierende Betrachtungen vorangestellt, die die Situation kennzeichnen und die als Grundlage für die Beurteilung und als Begründung für die Folgerungen zweckmäßig erschienen. Sie lauten:

> *Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.*
>
> *Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.*
>
> *Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.*

Das Programm der SPD betrachtet diese Entwicklung als *eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.*

Nicht das *Großunternehmen* als solches, als Erscheinungsform der modernen Wirtschaft, ist Gegenstand des Mißbehagens — es gehört in unserer Zeit des Massenbedarfs zur Wirtschaft und erfüllt dort eine wichtige Aufgabe. Aber sein Mißbrauch als Instrument zur Gewinnung wirtschaftlicher und gar sozialer Machtpositionen soll und muß verhindert werden. Dr. Heinrich Deist schätzt, daß sechzig bis siebzig Prozent der gesamten industriellen Produktion aus Großunternehmen stammen. Kein Zweifel, daß ihre materielle Kapazität es ihnen leichter als anderen, kleineren und

mittleren Unternehmen machen wird, die Produktivität noch zu steigern, den Produktionsprozeß zu modernisieren. Daraus ergibt sich auch ein größerer Beitrag zur Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards, zumal wenn das Ergebnis der vergrößerten und verbesserten Leistung nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit breit verteilt werden würde. Hierzu ist später noch ein Wort zu sagen. Es soll zunächst nur festgehalten werden, daß der Großbetrieb, daß auch manche, vielleicht viele – aber keinesfalls alle – der konzentriert zusammengefügten oder frei verbundenen Betriebe ihre volkswirtschaftliche Aufgabe voll erfüllen können und werden. Es bleibt aber Tatsache, daß ihre Manager neben dieser unmittelbar produktiven Tätigkeit die Verlockung zur Ausdehnung ihrer Verfügungschancen vielfach nicht zurückweisen und es wahrnehmen, daß sie über Positionen in Betrieben, Aufsichtsräten und Verbänden, über Freundschaften und Verwandtschaften, über Klubs und Korps und Kreise mannigfacher Art Personen, Parteien und Politik in ihre Beziehungen und Pläne aufnehmen, selbst ihnen dienen und sich von ihnen bedienen lassen.

Wer *Korn* hat, der kann nicht nur *Kultur* kaufen, ihm bietet sich auch die Hilfe der gemeinsamen Interessen im Inland und Ausland an. Jener Schlüsselroman von Erik Reger, *Union der festen Hand, Roman einer Entwicklung*, der 1931 zum ersten Male erschien und der *nicht die Wirklichkeit von Personen und Begebenheiten*, sondern *die Wirklichkeit einer Sache und eines geistigen Zustandes* darstellen will, schilderte Art und Ergebnis solcher Verbindungen in der Zeit bis zum Ende der ersten deutschen Republik. Unschwer sind die Lehren aus solchen Darstellungen vergangener Entwicklungen und Kräfte für die Gegenwart zu erkennen, unmöglich ist es, sich den Vergleichen zu entziehen, die eigene Erfahrungen in unseren Tagen dem Beobachter aufzwingen. Wir beziehen uns hier auf eine solche Publikation zum ersten, weil sie von einem Manne stammt, dem niemand Beziehungen zu sozialdemokratischen Gedankengängen nachweisen oder auch nur nachsagen kann, zum anderen, weil sie 1931 geschrieben und fünfzehn Jahre später wiederholt wurde, und zum dritten, weil sie ernsthaft und unpolemisch, sorgfältig und nahezu exakt die unwägbaren Zusammenhänge schildert, die heute so zutreffen wie ehemals. Sie werden zur Verstärkung der Möglichkeiten benutzt, die aus der eigenen wirtschaftlichen Kraft entstehen, und sie werden in den Interessenverbänden organisiert und legitimiert und treten in Erscheinung wenn es um die Grundsatzfragen der Macht selbst geht, um Wahrung oder Teilung des Erfolges, um eine gerechte Ordnung, um Verzicht zugunsten der höheren Interessen des Staates und der Gesellschaft oder um das Beharren auf dem Vorrecht des alleinigen Eigentums am materiellen Zuwachs.

Dabei sind es nicht die überwiegend anonymen Eigentümer der Betriebe, die Aktionäre oder Gesellschafter, die diesen Mißbrauch der großen wirtschaftlichen Möglichkeiten einleiten und üben, sondern zuerst jene Männer, die als Mitglieder oder gar Vor-

sitzende von Aufsichtsräten in vielen Gesellschaften tätig sind und ihren Einfluß um so nachdrücklicher geltend machen können, wenn sie gar noch als Bankenleiter den Strom des Geldes lenken können. Neben ihnen haben dann die von ihnen bestellten und im Grunde abhängigen Angestellten in leitenden Funktionen vielfach ihre Chancen wahrgenommen, die Mitglieder der Vorstände der Aktiengesellschaften, die Direktoren der Großbetriebe, die *Manager*, wie ein gebräuchlicher Ausdruck sie allgemein bezeichnet. Der Vorsitzende eines zentralen Verbandes, der zugleich den Vorsitz im Kreditausschuß der Finanzierungsbank oder der Hilfskasse des Gewerbezweiges ausübt, hat weit größere Macht als der Aktienbesitzer eines von diesem Vorsitzenden betreuten Unternehmens.

Die Sozialdemokratische Partei wendet sich gegen solche Konzentration und den Mißbrauch politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten und will mit aller Nüchternheit deutlich machen, daß hier für unsere Generation der Kern der wirtschaftspolitischen und politischen Aufgabe liegt, die zu bewältigen ist. Die *Demokratie* darf nicht darauf verzichten, ihre Autorität auch in der Wirtschaft durchzusetzen, das heißt die Beachtung ihrer Ordnungregeln in Aufbau und Kontrolle und den Respekt vor ihrem wichtigsten Prinzip der freien Unterordnung des Willens und Handelns des einzelnen unter die Bedürfnisse und das Wohl des Ganzen. Die Wirtschaft findet ihre legitime Vertretung durch ihre Verbände, deren fachliche und allgemeine Aufgaben und deren öffentliche Arbeit Aufmerksamkeit verdienen und von ernster Bedeutung sind. Gerade auch diese Organisationen werden geschwächt, wenn mächtige Einzelmitglieder oder Mitgliedergruppen ohne Disziplin auf eigenen Wegen eigene Vorteile suchen. Schließlich hat auch die Wirtschaft wie jeder andere Teil der Gesellschaft ihre grundsätzlichen Direktiven aus den Beschlüssen der Regierungen und aus den im Bundestag beschlossenen Gesetzen zu entnehmen und hat sich einzuordnen: Eigentum verpflichtet, und *das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen.*

> *Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden*.*

✲

Die sorgfältige Beobachtung und Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Großwirtschaft, die kritische Kontrolle von Manipulationen und Aktionen, die Manager

* Siehe Anhang: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Wirtschaftspolitik, Energiewirtschaft, Verkehrspolitik, Preispolitik

für angebracht halten, stellen eine politische, aber gleichermaßen auch volkswirtschaftliche Aufgabe, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Die SPD weiß, wie wichtig der Großbetrieb, die leistungsfähige und entwicklungswillige Großwirtschaft ist. Sie weiß aber auch, wie ernst die Gefahr für Staat und Gesellschaft sein kann, wenn diese Unternehmen sich nicht als ein Teil des Ganzen verhalten. Wirtschaft – das sind nicht nur Unternehmer, sondern auch Verbraucher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

So wichtig der Großbetrieb im Gefüge der nationalen Volkswirtschaft ist, so unentbehrlich ist der *Mittel- und Kleinbetrieb.* Es liegt nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft, den mittleren und kleinen Betrieben den Atem zu nehmen, deren Bedeutung in der Zukunft eher zu- als abnehmen kann. Etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer ist in den drei bis vier Millionen Mittel- und Kleinbetrieben tätig und findet dort Lohn und Brot. Sie haben oft engere Beziehung zu ihrer Arbeit und zu ihrem Beruf und gewinnen ein größeres Maß an Zufriedenheit und Freude als dort, wo sie ein kleines Rad im fast unübersehbaren Werk bleiben. Alle Betriebe sollen die gleiche Chance im freien Wettbewerb haben, und es soll nicht geduldet werden, daß die erdrückende Macht des einen dem kleineren, der von vornherein nur begrenztere Bewegungsfreiheit hat, die Luft zum Leben und Wirtschaften abschneidet. Eine ungerechtfertigte Benachteiligung der Mittel- und Kleinbetriebe ist vor allem durch die bisherige Steuerpolitik hervorgerufen worden, die sich als ein schweres Hemmnis für die Entwicklung dieses Sektors der Wirtschaft erwiesen hat. Freilich müssen die mittleren und kleinen Unternehmen der freien Wirtschaft nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten sind, die Auseinandersetzung mit den Großunternehmen selbst bestehen und müssen ihre Leistungsfähigkeit und Existenzberechtigung erweisen – bei gleichen Chancen und unter dem noch zu errichtenden Schutz, der jede Willkür unterbindet.

Es gibt wirksame Mittel, um in die wirtschaftliche Auseinandersetzung heilsam und ordnend eingreifen zu können. In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich die marktregelnde Wirkung *öffentlicher Unternehmen* als wertvolle Hilfe erwiesen. Die Sozialdemokratie will solche Betriebsformen erhalten, um den Mißbrauch privater Marktbeherrschung auch auf diesem Wege *(vielfältige Maßnahmen)* zu verhindern.

> *Wo aus natürlichen oder technischen Gründen unerläßliche Leistungen für die Allgemeinheit nur unter Ausschluß eines Wettbewerbs wirtschaftlich vernünftig erbracht werden können,*

so sagt das Programm, sind öffentliche Unternehmen notwendig. Niemand wird etwa in den Gemeinden auf den Gedanken kommen, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu privatisieren, niemand wird die Bundespost oder Bundesbahn aus öffentlicher Hand nehmen wollen und diese Unternehmen, die im Interesse der Allgemeinheit unerläßliche Leistungen vollbringen, einem kostensteigernden Wettbewerb aussetzen und die Gefahr einer Versorgungsstörung heraufbeschwören. Der wirtschaftliche Sinn soll den Ausschlag geben. Wie leicht läßt sich das schreiben, aber wie hart muß oft die Anerkennung eines solchen Prinzips erkämpft werden, wenn sich Gewinnchancen zeigen und dann wirtschaftliche Vernunft von Interessentenwünschen überwuchert wird.

In früheren Jahrzehnten hat die Verstaatlichung der Produktionsmittel als gesicherter Bestandteil eines sozialistischen Programms gegolten. *Verstaatlichung* und *Vergesellschaftung* waren dabei zwei Begriffe, die oft durcheinandergewürfelt wurden, nicht immer nur aus Versehen oder Unkenntnis. Das sozialdemokratische Grundsatzprogramm von Godesberg sagt, daß auch der Staat Eigentümer eines Produktionsbetriebes oder eines Produktionszweiges der Gesamtwirtschaft sein kann, ein Bundesland oder der Bund selbst, auch eine Gemeinde, ein Kreis, eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Darüber soll der beste Nutzen entscheiden oder die dem Zweck am besten entsprechende Art der Besitzform: wenn nur die Gesellschaft davon einen rechten Vorteil gewinnt, materiell oder in der Gewähr sicherer Versorgung und zuverlässiger Produktion. Daß *auch der Staat Eigentümer* sein kann, heißt nicht, daß *nur der Staat* Eigentümer sein soll – eine lapidare Feststellung, die aber leider nötig ist. Es ist möglich und wird als durchaus offen angesehen, daß in bestimmten Zweigen der Wirtschaft andere Eigentumsformen günstiger, produktiver, erfolgreicher, zuverlässiger im Ergebnis sind. Dann sollen sie dort angewendet werden: es sind vielfältige Maßnahmen möglich oder nötig, *um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten.* Welche Form des Eigentums auch immer für ein Unternehmen gilt – und es gibt Unternehmen, für die keine der bekannten Eigentumsformen zutrifft –, stets ist die Notwendigkeit der planenden und sinnvollen Eingliederung in die Gesamtwirtschaft gegeben und andererseits die Gefahr vorhanden, daß wirtschaftliche Macht mißbräuchlich angewendet wird. Das gilt auch und ausdrücklich für Betriebe in Staatshand.

Nicht das private Eigentum, auch nicht das an den Produktionsmitteln, entscheidet über die Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsstruktur und ihren Erfolg für die Volkswirtschaft und für die von ihr zu versorgenden Menschen, sondern die Art seiner Verwendung und seines Einsatzes für die Wirtschaft. Es ist die Frage zu stellen, ob die *Alternative Kapitalismus / Sozialismus,* die für die nationalökonomische und gesellschaftskritische Erkenntnis der Tatsachen von so großer Bedeutung war, heute in der praktischen politischen Arbeit noch bedeuten kann oder muß, daß Kapitalismus und Sozialismus einander überall und stets scharf ausschließen. Die wirtschaftliche Struktur ist in den westlichen Ländern der Erde aus Elementen beider

Prinzipien zusammengesetzt, und die Grenzen sind kaum noch erkennbar, sie verändern sich fortgesetzt. Auch das Eigentum selbst wandelt sich mit den Änderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Auch die Wirtschaft in der Bundesrepublik, mag sie sich so frei nennen, wie sie will, wird gelenkt, auch die Marktwirtschaft kennt Planung, Vorsorge, Regulierung durch Beschlüsse freier Gemeinschaften, übergeordneter Körperschaften und auch des Parlamentes und der Regierung. Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft hat längst begonnen, aber sie ist in gefährlicher Weise unvollständig und unzureichend, und sie ist so unsystematisch, daß zuweilen trotzige Willkür als staatliche Fürsorge aufgeputzt wird. Die zentrale Aufgabe ist nach wie vor ungelöst.

Ihre Lösung sehen die Sozialdemokraten in einem freien Wettbewerb *unterschiedlicher Wirtschaftsformen*. Sie gehen von der Tatsache einer gemischten Wirtschaftsordnung in unserer Bundesrepublik aus. Neben dem ausdrücklich als schutz- und förderungswürdig bezeichneten *privaten Eigentum* an Produktionsmitteln, das in seiner Art wirtschaftet, steht das *öffentliche Unternehmen* als *ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung*, stehen die Unternehmen der *freien Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbsstreben orientieren* und die, wie das Programm feststellt, preisregulierend wirken und so dem Verbraucher helfen. Das *Gemeineigentum* schließlich wird als *eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle* bezeichnet, *auf die kein moderner Staat verzichtet*. Welche Form auch genannt wird, und neue Formen können entstehen – alle sollen sie nach diesem Programm der aufmerksamen Beobachtung durch den Staat unterstehen, weil sie für die Gesamtheit wirken sollen. Investitionskontrolle und Kontrolle der marktbeherrschenden Kräfte werden als die Mittel genannt, mit denen der Staat sich den Einfluß sichern kann, der einen Machtmißbrauch verhindert. Dazu wird die Forderung nach *weitgehender Publizität* erhoben, die alle Unternehmen üben müssen, damit die Öffentlichkeit Kenntnis von den Wirtschaftszwecken und -methoden, von Dispositionen und Kalkulationen erhält und sich mit ihnen zustimmend oder kritisch befassen kann. Die staatliche Beobachtung wird durch dieses Verfahren zu einer allgemeinen und öffentlichen Kontrolle, wie sie demokratischer Verfassung entspricht, die auch für die Wirtschaft verwirklicht werden muß.

Es braucht kaum noch einmal gesagt zu werden, daß solche Maßnahmen auch für die Betriebe in öffentlicher Hand, im Gemeindeeigentum und für alle andern gelten sollen. Wie die Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum nur dann als zweckmäßig erkannt wird, wenn andere Möglichkeiten der Eigentumsanwendung zum Nutzen der Gesamtheit nicht gegeben sind, so ist das Gemeineigentum nicht der ausschließliche oder auch nur bevorzugte Sinn sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, nicht das Dogma der sozialdemokratischen Politik, sondern *ein* denkbares Mittel zur

Erreichung eines allein beherrschenden und übergeordneten Zweckes, der Freiheit und der Gerechtigkeit für alle Staatsbürger. Kein Mittel ist den Sozialdemokraten heilig, um diesen Zweck zu erreichen, jedes ist vielmehr zu prüfen und je nach der für diesen Fall erkannten sinnvollen Verwendungsmöglichkeit anzuwenden. Von der Beobachtung über die Kontrolle, über den Wettbewerb durch Betriebe in öffentlicher Hand oder durch genossenschaftlich organisierte Unternehmen, durch Betriebe in irgendwelcher Eigentumsform – bis hin zur Überführung in Gemeineigentum sind alle Möglichkeiten für eine gesunde Ordnung der Wirtschaft zu erwägen und auszuschöpfen. Das Programm propagiert nicht das Privateigentum als *die* Wirtschaftsform, es preist nicht das Gemeineigentum als *das Ziel* der politischen Arbeit. Es schließt die Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum nicht aus, es bejaht ihre Notwendigkeit, wenn zuvor die Zweckmäßigkeit bejaht worden ist, nachdem eine gerechte Prüfung sie ergeben hat. Nicht die Überführung als solche ist wichtig, sondern der damit zu erreichende Zweck. In einigen Länderverfassungen in der Bundesrepublik wird bestimmt, daß Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden *muß*, wenn die Gefahr eines Machtmißbrauches besteht. Das ist keine fortschrittlichere Lösung, als das Programm der SPD sie vorsieht, das zu der gleichen Maßnahme führen wird, wenn sie in diesem Falle den größeren Nutzen verspricht. Die Sozialdemokratie hat sich zu keiner Zeit in ihrer Geschichte gegen das *private Eigentum* an sich gewandt, wohl aber – und zwar bis 1921 schlechthin – gegen das private Eigentum an den Produktionsmitteln und gegen seinen Mißbrauch für persönliche, egoistische Interessen und zum Schaden der Interessen der Gesellschaft. Den schädlichen und darum unerlaubten Gebrauch des privaten Eigentums an den Mitteln (Fabrikanlagen, Maschinen, Grundstoffen), mit deren Hilfe die Produktion erzeugt wird, sah die Sozialdemokratie vor allem dann, wenn die mit diesem Privatbesitz erzeugte Produktion nicht dazu benutzt wurde, die großen Teile des Volkes, die Arbeiter und Angestellte waren, materiell und geistig von der untersten Stufe der Gesellschaft aufsteigen zu lassen und ihnen endlich auch die unveräußerlichen Rechte des Menschen zu bieten, welche die Eigentümer der Produktionsmittel für sich und ihre Kinder seit langem wahrnahmen. Auch das Bürgertum hatte sich seine soziale Stellung erst im Kampf errungen. Die Entwicklung endet nicht. Indem es die eigenen Arbeitnehmer als potentielle Verbraucher unbeachtet ließ, wirtschaftete das private Eigentum zugleich unwirtschaftlich für den Eigentümer und für die Volkswirtschaft insgesamt. *Das Profitmotiv hat keineswegs automatisch den Wohlstand der Massen gehoben* (Barbara Ward, englische Nationalökonomin). In jenen Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts und in den ersten des zwanzigsten, in denen das private Eigentum noch nahezu schrankenlos die wirtschaftspolitischen Entscheidungen beherrschte, entstanden zwar große Vermögen, aber nur für wenige, und sie schlossen

vernichtende Krisen in der Wirtschaft nicht aus, die als Folge mangelnder Kaufkraft der Massen im Inland unausweichlich schienen. Eine solche *Ordnung* der Wirtschaftsstruktur kann im modernen Massenstaat nicht ertragen werden, weder im Interesse der Massen, noch des Staates, noch aber auch der Betriebe selbst.

Die Sozialdemokratie denkt heute nicht ungerechter als je über die wichtige Frage des privaten Eigentums, das sie bejaht:

> *Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.*

In der Verfass · vom 11. August 1919, die für die junge Republik in Weimar geschaffen worden war, hieß ein guter Grundsatz: *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.*

Dieser Artikel 153 der alten Reichsverfassung erscheint als eine in Sinn und Moral gleicherweise wertvolle Ausdeutung des Programmsatzes der Sozialdemokraten, der in diesem Geiste von Weimar verstanden werden sollte. Im Grundgesetz von 1949 lautet der Satz (Artikel 14, Absatz 2): *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*

✲

Es ist in den nichtsozialistischen Parteien modern (weil zweckmäßig) geworden, von der Notwendigkeit einer breiten Streuung von privatem Eigentum zu sprechen, und es gibt einige Vorgänge, die das Entstehen von Kapitaleigentum, von *Vermögen* sogar, vortäuschen. Sie führen die Masse der Vermögens- und Eigentumslosen über die Chancen irre, die ihnen durch solche unzureichenden Aktionen geboten und auch über die Distanz, in der sie in jedem Fall zu den traditionellen Eigentümern verbleiben werden. Aber wer nun mit ungewöhnlichen Mitteln (und zumeist in den Kalenderjahren, die vor einer Wahl zum Bundestag liegen) bemüht ist, Eigentum etwa durch Aktienbesitz zu schaffen, gibt mit diesem Beginnen zu, daß es nötig sei, eine Gerechtigkeit zu gewähren, die bisher nicht besteht.

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt, stellt das Programm der SPD fest, und es fügt hinzu, daß dies nicht *nur eine Folge massenhafter Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation* sei, sondern eben *im wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik*, welche die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt hat.

Hier soll und muß Wandel eintreten, nicht um einer Gleichmacherei willen, die ebenso unsinnig wie gefährlich für das Funktionieren der Wirtschaft wäre, sondern um das

einfache Gesetz einer auf den Markt begründeten Wirtschaft zu respektieren: Es müssen ständig genügend zahlungsfähige und dauerhaft willige Käufer vorhanden sein, um Disposition und Absatz der Produktion zu sichern. Da die Marktwirtschaft eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen, die solche Schichten entstehen lassen würden, nicht von sich aus bringt, muß die Politik des Staates diese Wirkung erzwingen. Die *Steuergesetzgebung* ist nach sozialen Gesichtspunkten so zu ändern, daß selbst eine Umverteilung auch des vorhandenen Eigentums in Deutschland ebenso eingeleitet wird, wie die hochkapitalistischen Vereinigten Staaten sie unter dem Präsidenten Roosevelt begonnen haben, die wußten, wie nützlich es der Prosperität ihrer Wirtschaft war.

Steigendes Einkommen führt zur *Vermögensbildung*, und nur dieser Weg ist gesund und läßt auf Dauerhaftigkeit des Willens der Sparer und auf Beständigkeit von Eigentum hoffen, zwei Voraussetzungen, die erst das Vermögen volkswirtschaftlich produktiv werden lassen. Freilich müssen die Lebensbedingungen entsprechend sein. Sicherheit muß herrschen; die ständigen politischen Experimente einer Regierung müssen aufhören, deren Außenpolitik seit Jahren als Fehlschlag bekannt ist und deren Innenpolitik diesen Fehlschlag nur noch beschleunigt und verstärkt hat. Das Vertrauen des Auslandes in die demokratische Zuverlässigkeit der Bundesrepublik wird immer wieder Belastungen ausgesetzt und hat sich fühlbar vermindert. Der Bürger aber braucht die Gewißheit einer ungefährdeten Entwicklung und ist nicht zur Vermögensbildung bereit, wenn er gefährlich leben muß, wenn er die Drohung einer möglichen Katastrophe empfindet. Alle Schichten, nicht nur einige gerade im Mittelpunkt konjunktureller Vorgänge stehende, müssen das Bewußtsein gewinnen, daß sie in gerechter Weise am Erfolg der Wirtschaft teilnehmen und nicht in der Ecke stehen oder zufällige und vorübergehende Besitzer (VW-Aktien, Preußag) sind. Nur unter solchen Voraussetzungen entschließen sich die aus vielen Erfahrungen berechtigterweise vorsichtig und mißtrauisch gebliebenen *kleinen Leute* zur Vermögensbildung — falls sie es überhaupt können. Steigendes Einkommen wäre möglich, wenn das Sozialprodukt, das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von Unternehmer und Arbeitnehmer, weiter vermehrt und wenn es gerecht verteilt wird.

Gerade bei dieser Betrachtung sollte die Notwendigkeit besonders deutlich werden, Struktur und Praxis des Wirtschaftens ordnenden Prinzipien zu unterwerfen und nicht dem Willen derer zu überlassen, die an den Kassen sitzen. Es kommt auf die *Löhne* an, auf die *Gehälter*, die den Arbeitnehmern zufließen, um es mit den Worten des täglichen Umgangs zu sagen. In einer intensiven Wirtschaft, deren Charakter so entscheidend vom Massenverbrauch bestimmt wird wie es heute in unserem Lande der Fall ist, erfüllen Lohn und Gehalt nicht nur die Funktion eines Entgelts für geleistete Arbeit und gewährte Arbeitskraft, sondern zugleich die eines wirtschaftlich nützlichen

Anreizes zur lebhafteren Entwicklung eines steigenden Bedarfs. Die Einkommens-, Lohn- und Gehaltspolitik, die von einer vorausschauenden und vorsorgenden Regierung betrieben wird, ist ein einflußreiches Mittel der wirtschaftspolitischen Führung durch den Staat und kann und soll als ein Regulator wirken, der die staatspolitisch unerträglichen und volkswirtschaftlich ungesunden riesigen Unterschiede des Einkommens- und Vermögensstandes im Volke ausgleichen hilft. Aber das darf nicht die einzige Maßnahme bleiben.

Die *Betriebsvermögen* sind in der Bundesrepublik in den letzten Jahren ungewöhnlich schnell und stark gewachsen, nicht alle, aber die allermeisten. Die Folge waren Investitionen; nicht wenige darunter waren kaum vertretbar oder blieben nur vertretbar, weil eine außerordentliche Konjunktur sie ertrug und die durch sie entstandene Belastung überdeckte. Aber es wurde auch, wie das SPD-Programm sagt,

> *ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig ist.*

Die Heranziehung der Betriebsvermögen zu allgemeinen kulturellen und wissenschaftlichen Aufgaben des Staates und der Gesellschaft wäre nicht einmal eine Zweckentfremdung der Mittel. Denn was an wissenschaftlichen Ergebnissen erarbeitet wird, auch was an allgemeiner oder gar fachlicher Bildung in den breiten Massen sicherer Besitz wird, das dient der Entwicklung der wirtschaftlichen Produktion, direkt und indirekt. Im vergangenen Jahrhundert hat es — leider nur jeweils kurze — Spannen der Erkenntnis dieser Art gegeben, die immer dann begannen, wenn der Druck der Ereignisse zu außerordentlichen Maßnahmen zwang. Die Einsicht, daß die sich ausbreitende Industrie einen höheren Grad der allgemeinen geistigen Entwicklung der Arbeiter verlangte, als sie bis dahin in den primitiven Schulen zu erreichen war, trug nicht wenig dazu bei, das Volksschulwesen in den deutschen Ländern zu fördern und aus seiner Aschenbrödelstellung zu befreien. Es ist heute mit Anerkennung die Tatsache zu nennen, daß Stiftungen aus der deutschen Wirtschaft manche wissenschaftliche Entwicklung ermöglicht oder gefördert haben. Aber das Verhältnis der Summen, die für solche Zwecke aufgewendet werden, zu denen, die den persönlichen Bedürfnissen jener Schichten zufließen, ist beschämend, ist *einer Kulturnation unwürdig.* Dies kann festgestellt werden, obwohl Stiftung und Spende noch immer Ehren und Titel, Wohlbehagen als Kulturmäzen oder auch rechnerischen Gewinn einbringen. Zwar wird von der inneren Beziehung des Betriebsangehörigen zum Betrieb bei Festen und Jubiläen viel gehalten. Viel weniger jedoch gilt es, wenn diese Verbindung durch ein materielles und gar beide Seiten bindendes Opfer hergestellt wird. Am allerwenigsten Verständnis würde jedoch zu erwarten sein, wenn durch Steuergesetzgebung

mannigfacher Art oder durch unmittelbare wirtschaftspolitische Gesetze ein fester Teil des Vermögenszuwachses in der Großwirtschaft in aller Regel dem Volke zugeführt werden würde, das auf solche Weise — wenn auch nur in bescheidenem Umfange — zu Eigentum gelangen könnte.

Die Sozialdemokraten sind mit der Forderung nach gerechter Vermögens- und Einkommensverteilung über ihre bisher bekannten programmatischen Ziele hinausgegangen*. Sie wissen, daß sie damit auf Neuland stehen und daß konkrete Vorschläge noch aus der Erfahrung zu entwickeln sind. Vor allem aber wissen sie, *daß die Lösung dieses Problems nur auf der Grundlage eines allgemeinen Fortschritts unserer Wirtschaftsordnung möglich ist* (Helmut Schmidt [Hamburg] als Berichterstatter des Parteivorstandes in Godesberg).

Die Sozialdemokraten haben in den Aussprachen über ihr Programm und vor allem auf dem Parteitag in Godesberg, wo es verabschiedet wurde, keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den zu erwartenden Erfolg der deutschen Gesamtwirtschaft für die nächsten Jahre und Jahrzehnte sehr hoch veranschlagen. Denn sie haben auch die Gefahr vor Augen gehabt, die sich ergibt, wenn die *Wirtschaft der Sowjetunion* zusammen mit der ihr befreundeter Staaten auf der Grundlage bisher ungemessener Reichtümer an Bodenschätzen und mit der Hilfe neuester Erfindungen und Entdeckungen den bewundernswerten Aufstieg zur Industrialisierung und Technisierung des Landes nicht nur fortsetzt, sondern noch wesentlich erweitert. Diesen Wettstreit hat die Wirtschaft des Westens — und nach der politischen und geographischen Lage Deutschlands vor allem auch die Bundesrepublik — nicht nur auszuhalten, sondern zu bestehen. Alle Anstrengungen auf allen Gebieten sind erforderlich, um den größtmöglichen Aufwand an geistiger Leistung, an Schulung, Ausbildung, Bildung und Können zu erzielen, der aus dem kleineren Reservoir des deutschen Volkes nur irgend erreicht werden kann, das mit dem russischen und anderen Nachbar- und Weltvölkern in friedlichem, aber gefährlichem wirtschaftlichen Wettkampf bleiben wird. Der Kommunismus wird nicht immer als ein *Proletarismus* auftreten. Auch er wandelt sich in den Formen seines Erscheinens, nach unerbittlicher Gesetzlichkeit, wie die Wandlungen der gesellschaftlichen Tatsachen in der Sowjetunion es ihm vorschreiben. Wäre er — mindestens in seiner Theorie — weniger abhängig von der Wirklichkeit oder

---

* Siehe Anhang: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Vermögensbildung, zur Steuer- und Finanzpolitik und die „Arbeitsunterlage", veröffentlicht im Protokoll des Parteitages von Hannover, Seite 719 ff.

politischen Macht nur des einen Landes, so wäre er auch heute schon als politische Kraft differenzierter und wahrscheinlich wirksamer. Sein Prinzip des Diktats, der Weisung, der Gleichschaltung macht ihn in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung auf die Dauer nicht stärker, sondern anfälliger. Man kann den Bedarf nicht dirigieren; von einem gewissen Zustand der gesellschaftlichen Situation an kann man ihn nicht einmal mehr kontingentieren. Aber der Kommunismus bleibt im weltpolitisch-wirtschaftlichen Wettstreit um so wettbewerbsfähiger, je mehr er sich bemühen wird, sein System der Starre, das aus der Tatsache der Konstruktion entsteht, mit dem der organischen Dynamik auszugleichen, das der Westen lebt. Dieses sich noch entwickelnde Konkurrenzverhältnis zwischen Kommunismus und freier Welt ist ein Appell an alle, die darüber nachzudenken berufen sind, welche wirtschaftliche Organisationsform jederzeit nötig ist, um den jeweils größten wirtschaftlichen Effekt zu erzielen, der allen zum Nutzen wird*.

Weil dies, der Nutzen für alle, die Wohlfahrt, Würde und Freiheit aller Menschen, das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, gibt es keinen Katalog von Sozialisierungsmaßnahmen. Die Sozialdemokratie, die nicht für eine ferne Zukunft, sondern für heute und morgen wirken will, durfte sich nicht auf eine Formel und schon gar nicht auf ein Dogma festlegen und verpflichten. Was immer *stetig wachsendem Wohlstand und einer gerechten Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft*, was einem *Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung* nützlich sein kann, das ist der politischen Arbeit und Mühe wert und das wird von der SPD getan werden.

Es war ein mutiger Entschluß, der von der Geschlossenheit und Kraft der Partei zeugt, daß sie sich von nichts anderem als von dem Willen zur Klarheit über ihre gesellschaftliche und politische Position in der Gegenwart leiten ließ, als sie dieses Programm und insbesondere auch ihre Auffassung über Eigentum und Macht festlegte. Kein anderes Kapital des ein Jahrhundert dauernden Wirkens dieser Partei ist so mit Tradition, Vorurteilen und Mißdeutungen belastet und so dem Vorwurf des Opportunismus ausgesetzt wie dieses. Mit dem neuen Programm ist kein Tor verschlossen worden, das zu notwendigen Maßnahmen führen könnte. Die Sozialdemokratie wird die aus der Spaltung der Atomkerne sich entwickelnde neue Grundindustrie niemals in private Hand geben. Das Programm zieht die Grenzen des

* 1964, zur Zeit der Durchsicht des Textes für die dritte Auflage, zeigen sich im Bereich des kommunistischen Wirtschaftsblockes bereits bemerkenswert deutliche Differenzierungen, die wiederholt bis zu unmittelbarer Fühlungnahme mit der verpönten Marktwirtschaft der kapitalistischen Staaten und zu direkten und wertenden Vergleichen führten.

Wollens der Partei eindeutig und läßt den Parteiorganen nicht die Möglichkeit, das zu tun, was ihnen gefällt, sobald die Partei die Führung im Staate übernehmen würde. Das Programm verpflichtet. Der Wille zum Realismus in der politischen Arbeit und zum politischen Wirken in diesem Lande und unter den gegebenen Verhältnissen war und bleibt beherrschend.

Bauern - frei und fortschrittlich

Noch immer wird in der politischen Agitation unter der Landbevölkerung eine Behauptung verbreitet, die so dumm wie niederträchtig ist: Die Sozialdemokraten wollen die Bauern enteignen! Wir hörten sie zuerst in unseren Jugendtagen in den Dörfern des Pyritzer Weizackers aus dem Munde deutschnationaler und anderer Gegner der SPD. Daß wir sie heute immer noch hören, sagt etwas über die Geistesverwandtschaft der heutigen mit jenen Reaktionären aus, deren Politik zum Nationalsozialismus führte.

Was die Bauern produzieren, das essen die Arbeiter; das Ergebnis der Agrarwirtschaft wird von den Massen der Arbeitnehmer in den großen und kleinen Städten abgenommen. Gehören beide wirtschaftlich nicht enger zusammen, als sie zusammenstehen? Die Gegner der Sozialdemokraten fürchten, daß sich diese Erkenntnis bei der bäuerlichen Bevölkerung ausbreiten könnte. Deshalb verleumden sie die Sozialdemokraten und ihr Wollen.

Die wirtschaftlichen Interessen des Großgrundbesitzes und die der Bauern sind nicht identisch, sie waren es nie, und sie sind es heute weniger als je vorher, wo die Frage nach der Veredelung landwirtschaftlicher Produkte durch die persönliche Arbeit des Bauern und seiner Familie im Vordergrund praktischer und nächstliegender Reformen steht. Diesen *Familienbetrieb*, der leistungsfähig sein muß, wenn er gedeihen will, muß eine sorgsame Agrarpolitik des Staates schützen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß *ein neuzeitliches Boden- und Pachtrecht* die Bauern auf dem von ihnen bearbeiteten Grundbesitz wirtschaftlich und sozial stärken soll:

Das private Eigentum des Bauern am Boden wird bejaht, so fügt das Programm ausdrücklich und in Wiederholung des im Wirtschaftsteil schon einmal aufgestellten Grundsatzes hinzu. Was in dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten über die Wirtschaftspolitik, ihre Bedeutung, ihre Struktur, ihre Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, ihre Bindung an die Pflicht zur Gerechtigkeit, über die Zweckmäßigkeit und Schutzbedürftigkeit des privaten Eigentums, über den Wettbewerb, über eine gerechte Steuerpolitik, über die Notwendigkeit der Vermögensbildung gesagt worden ist – alle Grundsätze des Programms gelten auch für die *Agrarwirtschaft*, die ein Teil der nationalen Volkswirtschaft ist. Sie untersteht mithin den gleichen Schutz- und Hilfsverpflichtungen, die der Staat eingehen muß, nicht minder auch den gleichen Leistungsverpflichtungen, die sie in einer freien Wirtschaft zu erfüllen hat. Jedoch wird von den Sozialdemokraten für die Agrarwirtschaft *die Abhängigkeit ihrer Produktion von unbeeinflußbaren Naturfaktoren* gesehen, und das Programm folgert daraus die Notwendigkeit besonderer Hilfs- und Schutzmaßnahmen.

Auch in der Agrarwirtschaft sind *strukturelle Veränderungen* eingetreten und werden immer wieder nötig sein. Die Kontinente unserer Erde sind durch Technik und Verkehr einander so nahe gerückt, die Nationalwirtschaften mit ihren sehr unterschiedlichen Leistungen und Produktionsarten sind so eng miteinander verbunden, daß eine Einwirkung aufeinander unausweichlich geworden ist. Die deutsche Landwirtschaft hat das bitter zu fühlen bekommen, als billiger argentinischer und kanadischer Weizen den Weltmarkt eroberte, Gemüse aus Holland, Obst aus Italien und Frankreich, ja auch aus Afrika und selbst aus asiatischen Ländern in reichem Maße zu uns kam, Fleisch und Fett von den breiten Flächen des Ostens und aus den rationell durchorganisierten und auf die Ausfuhr vorbereiteten Wirtschaften in Skandinavien den deutschen Markt zu beeinflussen begannen. *Schutzmaßnahmen* (Zölle) sind Behelfsmittel; sie strapazieren den einen Teil der Gesamtwirtschaft für den anderen, aber sie lassen keine Erleichterung entstehen und keine dauerhafte Lösung erkennen, wenn sie nicht mit gut ausgewogenen *Strukturmaßnahmen* verbunden werden.

Die heutige Struktur des Sektors Agrarwirtschaft im Gesamtgebiet der nationalen Volkswirtschaft in der Bundesrepublik ist weder modern noch zweckmäßig; sie ist, mehr als ihr und der Gesamtwirtschaft dienlich ist, traditionsbeschwert. Das wissen weitblickende Landwirte vor allem, und sie machen kein Hehl aus ihrer Sorge, wie dieser Zustand überwunden werden kann. Es ist nicht ihre Schuld, daß auch im ersten Jahrzehnt nach dem letzten Kriege und im Zeichen des Aufbaues der deutschen Wirtschaft, im Zeichen des *Wunders*, kein Ansatz für eine Änderung und grundsätzliche Besserung in der Lage der Landwirtschaft erkennbar geworden ist. Die Bundesregierung hatte auch auf diesem Gebiet kein Konzept, das eine konstruktive Agrarpolitik nötig gewesen wäre, um die Rückstände in der technisch und chemisch-biologischen Entwicklung einigermaßen aufzuholen, die vor allem auch durch die Zwangswirtschaft im Kriege entstanden waren. Man lebte in der offiziellen Regierungspolitik von der Hand in den Mund und versuchte sich mit den zwar bekannten, aber auf die Dauer nie bewährten Mitteln der Subvention durchzumogeln durch das Dickicht von gewiß schwierigen, aber nicht unlösbaren Aufgaben, deren Lösung die Zeit der

Hochkonjunktur und der neuen weltwirtschaftlichen Orientierung leichter gewesen wäre, als sie es in Zukunft sein kann. Einfuhr- und Vorratsstellen, die Preise treiben, sie aber nicht stabilisieren, nutzen weder dem Verbraucher noch der Landwirtschaft.

Diese braucht vielmehr Sicherheit für den Absatz ihrer Produkte, einen umsichtig *geordneten Markt*, der alle Faktoren berücksichtigt, Produktion, Handel, Bedarf, Kaufkraft, Auslandsangebot und Weltmarkteinfluß, angemessene Preise, die nicht durch unwirtschaftliche Zwischenschaltungen zum Nachteil der Verbraucher wie der Erzeuger verfälscht werden. Die Landwirtschaft zieht ihre wirtschaftliche Souveränität einer Abhängigkeit von staatlicher Hilfe vor, von jenen stets umstrittenen Subventionen und ihren unangenehmen, aber unvermeidlichen Begleiterscheinungen der öffentlichen Auseinandersetzung über *Liebesgaben*. Die Sozialdemokratie regt darum an, daß in sorgfältiger Planarbeit die deutsche Agrarwirtschaft den gegebenen Veränderungen angepaßt wird, damit sie

ihren vollen Beitrag zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft leistet und den in ihr tätigen Menschen einen angemessenen Lebensstandard sichert.

Die europäische Zusammenarbeit muß und kann auch für die Agrarwirtschaft Vorteile bringen, und es darf in den Planungen, die für eine Verbindung der europäischen Nationalwirtschaften angestellt werden, die besondere Struktur der deutschen Agrarwirtschaft — im weitesten Sinne — nicht geringere Beachtung finden als die der industriellen Teile der Gesamtwirtschaft. Die sozialdemokratischen Parteien in den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben in einem Agrarprogramm der Sozialisten für diesen Teil Europas die Konsequenzen aus der Tatsache der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gezogen und den Willen bezeugt, die Agrarwirtschaft nicht anders zu behandeln als die übrigen Sektoren der Wirtschaft.

Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Modernisierung der Landwirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern.

Mit diesem Satz geht das Programm der SPD auf die praktischen Folgen zu, die sich aus der Forderung nach der Verflechtung der deutschen Landwirtschaft mit der anderer Länder ergeben. Sie heißen: *Modernisierung* und *Technisierung*, und zwar in einem weit größeren Umfange, als wir es bisher allgemein in unserem Lande gewöhnt sind. Wer nicht nur auf großen amerikanischen Farmen den Stand der Technisierung bewundert hat, sondern auch in den kleineren Betrieben und in den durchaus vergleichbaren Bauernhöfen etwa Dänemarks, der weiß, wie groß der Nachholbedarf für viele Bauern in unserem Lande noch ist, und der weiß auch, daß dieser Bedarf nicht von ihnen allein und nicht überall aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann. Hinzu kommt — besonders aus dem Vergleich mit Dänemark — die unbezweifelbare Notwendigkeit einer systematischen theoretischen Belehrung aus den Erfahrungen anderer

Länder. Die Jahrzehnte der Autarkie sind noch nicht überwunden. Damals hat der Diktatur-Staat die Landwirtschaft in harten Formen bedrängt und zugleich in ihrer natürlichen Entwicklung im Wettstreit mit der ausländischen Agrarwirtschaft behindert — mögen das die Bauern nicht vergessen! Heute muß die Demokratie das wiedergutmachen und für schulische und andere Einrichtungen sorgen, für Reisen und Besichtigungen fremder Wirtschaften, für praktischen Erfahrungsaustausch jeder Art, um die Entwicklung nachzuholen, die aus angeblich *übergeordneten Gesichtspunkten* unmöglich war. Die von der SPD betonte *öffentliche* Aufgabe liegt hier auf der Hand und muß erfüllt werden, wenn nicht ein wichtiger Teil der deutschen Volkswirtschaft weiter unverantwortlich vernachlässigt werden soll, eine Haltung, die im Vergleich zur staatlichen Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen immer unverständlicher wird.

Es muß aber gesagt werden, daß weniger das Gesamtvolumen der *Staatshilfe* für die Agrarwirtschaft Gegenstand der Kritik zu sein braucht als Art und Grundsätze der Verteilung dieser Beträge und der Ausdeutung schutzgesetzlicher Maßnahmen. Es liegt im Interesse der Bauern wie der Gesamtwirtschaft, daß diese aktuelle Seite der Agrarpolitik immer wieder erörtert, immer von neuem überprüft wird, eben weil sich die Strukturen wandeln und die Bedeutung der unterschiedlich großen, unterschiedlich leistungsfähigen und unterschiedlich produzierenden Betriebe wächst und fällt.

Es liegt nicht minder im Interesse einer unabhängigen Agrarwirtschaft, daß sie in aufgeschlossener Gesinnung gewillt ist, die Verbesserung ihrer Produktionsbedingungen entgegen konservativen Wirtschaftsmethoden wirklich in ihrem gesamten Bereich durchzusetzen. Im Wettkampf um den deutschen Markt trifft sie auf harte Gegenspieler. Es ist zuerst und hauptsächlich *ihre eigene Sache*, sie durch Qualität und Originalität, durch Preise und andere Vorzüge zu überwinden. Das ist die Gesetzlichkeit des freien Wirtschaftens, der auch der Agrarsektor untersteht, unbeschadet der besonderen Rücksichten, die auf ihn zu nehmen sind, weil unbeeinflußbare Faktoren seine Mühe vergeblich machen können. Werden sie wirksam, so hat der Staat einzutreten. Der Verbraucher, zu dem die Landwirtschaft engere Kontakte hat als jeder andere Wirtschaftszweig, erhöht seine Ansprüche am Maßstab des Angebots; seine Befriedigung bleibt, so schwierig er das Geschäft macht, die Aufgabe. In der besonderen Lage der deutschen Landwirtschaft entstehen aus diesen Tatsachen Spannungen. Sie sollten durch eine vorsichtige Politik ausgeglichen werden, in der Landwirtschaft und Sozialdemokratie von Natur nicht Gegner, sondern Verbündete sind.

An dieser Tatsache werden Zweifel mit dem Hinweis laut, daß die Sozialdemokraten doch Freunde des *Genossenschaftswesens* seien. Es ist nicht erkennbar, wie daraus

ein Grund der Gegnerschaft gegen die Bauern und die Landwirtschaft insgesamt hergeleitet werden könnte. Das Genossenschaftswesen ist nicht zuletzt zum Nutzen der landwirtschaftlichen Betriebe erdacht und entwickelt worden und hat sich in Deutschland und noch mehr im nahen Ausland (man sehe etwa nach Dänemark) als außerordentlich segensreich für den Einzelbetrieb wie für die Gesamtheit erwiesen, die einer Genossenschaft angehört.

Die Förderung des Genossenschaftswesens ist der beste Weg, die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu steigern.

Auch in diesem Grundsatz des sozialdemokratischen Programms liegt eine Betonung in dem Hinweis auf die Selbständigkeit des bäuerlichen Betriebes, die gewahrt werden soll. Der kommunistische Versuch, den genossenschaftlichen Gedanken mit der Kolchosenwirtschaft zu verbinden und diese mit der guten Idee der gemeinsamen Bemühung zur Hilfe für jeden zu verteidigen, ist eine der Täuschungen mehr, die vorgenommen werden, weil man weiß, daß man keine überzeugende Neuerung anzubieten hat. Die Kolchose dient nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Absichten und ist in der deutschen Wirtschaft ein Fremdkörper. Die Genossenschaften der Bauern, der Winzer, der Obstzüchter und entsprechende Organisationen in vielen anderen Wirtschaftszweigen (Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften) haben längst ihren sicheren Platz in der Wirtschaftsordnung errungen. Sie bedürfen weiter der Pflege und Förderung, denn sie helfen mit, daß auch der kleinere und mittlere Betrieb sich die technischen Vorteile nutzbar machen kann, die dem großen eine vermehrte und verbesserte Produktion bringen. Die Genossenschaft gehört darum in die Überlegungen hinein, die der Bauer zur Sicherung seiner Existenz anstellt.

Eine befriedigende Lösung ihres Existenzproblems wird die Landwirtschaft nur erreichen, wenn sie als Teil der Gesamtwirtschaft aus eigener *Wirtschaftskraft* auf dem Markt und durch die Preise regulierend wirken kann. Die Chance, eine solche Position zu erringen, besteht für sie, wenn der industrielle Sektor und der Handel, wenn die übrige Wirtschaft und ihre Produktivität so leistungsfähig sind, daß sie einen hohen Bedarf befriedigen können, und wenn zugleich die Sozial-, Steuer- und Einkommenspolitik des Staates eine hohe Massenkaufkraft zuläßt, die befriedigt werden will. In diesen Sog des Schaffens und Verbrauchens wird die Agrarproduktion einbezogen. Die Landwirtschaft hat auf der anderen Seite aber auch keine Möglichkeit, sich von der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Staates zu distanzieren. Sie sollte lebhaft daran interessiert sein, daß die Kaufkraft der Massen gestärkt wird, daß die Markt- und Preispolitik der Regierung den Interessen der Verbraucher gerecht wird, denn dann sind auch die Interessen der Bauern gewahrt, und die gesamte Volkswirtschaft hat ihren Nutzen.

Untrennbar mit der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft verbunden ist die kulturelle und soziale Situation auf dem Lande. Sie ist heute wesentlich besser als noch vor einem halben Jahrhundert, Statistiken werden heute in der Bundesrepublik wahrscheinlich sogar eine bemerkenswert gute Entwicklung ausweisen. Aber es ist zu berücksichtigen, daß der industrialisierte Westen Gesamtdeutschlands schon immer eine bessere Möglichkeit der kulturellen und sozialen Einbeziehung des Landes in die Kulturarbeit im gesamten Gebiet bot und daß das Gefälle sich nach Osten stärker neigte. Auch in den westlichen Bereichen unseres Landes ist noch heute viel nachzuholen, um der ländlichen Bevölkerung gleiche Chancen der Teilnahme am kulturellen Geschehen zu bieten. Die *Landschule* bedarf besonderer Maßnahmen der Förderung und Entwicklung. Die *Landarbeiter* haben auch heute noch ein Los gezogen, das sie weit von vielen anderen Bewohnern der Agrargebiete trennt, ganz besonders auch von ihren Arbeitgebern.

Der Rückstand in der sozialen Gesetzgebung, von dem das Programm der SPD ausgeht, ist nicht allein schuld an dieser Tatsache, sondern auch ein mangelndes Verständnis der ländlichen Wirtschaft für die Notwendigkeit, dem Menschen auf dem Lande unverändert wie denen im Industriebetrieb Freiheit und Gerechtigkeit in Lohnzumessung, Lebensstandard und Lebensform zuzubilligen und zu gewähren und seine Würde genau so zu achten, wie man wünscht, daß die eigene als die des stolzen Bürgers auf eigenem Grund geachtet wird. Es wird eine schwierige Aufgabe, lange versäumte Möglichkeiten in einer absehbaren Zeit nachzuholen, die dadurch vielfach und sogar überwiegend dadurch ungenutzt geblieben sind, daß die stürmische Entwicklung der Industrie in Deutschland die verantwortlichen Regierungen immer nachdrücklich für die gewerbliche Wirtschaft beanspruchte, die konkurrenzfähig werden oder bleiben sollte. Für die Landwirtschaft fehlten weitgreifende Konzeptionen. Das begann schon im Kaiserreich. Die Bauern selber müssen jetzt helfen, die Kluft zwischen Stadt und Land auf allen Gebieten zu beseitigen, die allen schadet, wo immer sie ihren Platz in der Gesellschaft haben.